Regensburg und die Revolution 1848

Von Ludwig Mayer

Abkürzungen:

R. Z. = Regensburger Zeitung
R. T. = Regensburger Tagblatt

Quellenverzeichnis:

1. Zeitungen: Regensburger Zeitung;
Regensburger Tagblatt.

2. Archive:
HStM, MInn = Bayerisches Hauptstaatsarchiv München, Ministerium des Innern;
BStA, KdI = Bayerisches Staatsarchiv Amberg, Kammer des Innern;
R. A. R. = Städtisches Ratsarchiv Regensburg;
Rat. civ. = Schriften aus dem Katalog Ratisbonensia civitatis der Staatlichen Bibliothek (Kreisbibliothek) Regensburg.

INHALTSÜBERSICHT

Allgemeine Verhältnisse in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts 21
Die Ereignisse des März 33
Die Presse im Revolutionsmonat 44
Die Wahl eines Abgeordneten zur Nationalversammlung 47
Unruhen unter der Bürgerschaft 53
Regensburgs Bemühungen Hauptstadt des Reiches zu werden 56
Die führenden Männer 66
Die politischen Vereine 72
Auswirkungen der Revolution auf die Oberpfalz 79
Der Ausklang der Bewegung 1849 91

Allgemeine Verhältnisse in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts

Die Auflösung des Reiches im Jahre 1806 hatte Regensburg aufs schwerste getroffen. Im Mittelalter eine der führenden Handelsstädte des Südens, verlor die Stadt seit dem 15. Jahrhundert ihren bisherigen Glanz, litt schwer unter dem Dreißigjährigen Krieg und erreichte erst wieder größere Bedeutung, als von 1663 an der „immerwährende Reichstag" hier tagte.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0021-9
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

Auf Gedeih und Verderb waren wirtschaftliche Blüte sowie politisches Ansehen der Stadt seither verknüpft mit den Tagungen deutscher und europäischer Gesandten in ihren Mauern. Die Stadt lebte von ihren Besuchern, von den Festlichkeiten, die der Reichstag mit sich brachte. Die Handwerker waren angewiesen auf die Aufträge der Fremden. Es war trotz aller Blüte eine Scheinblüte, die nicht, wie im Mittelalter, aus dem Ansehen und der Kraft eines kapitalkräftigen und unternehmungseifrigen Bürgertums wuchs. Nur so konnte es geschehen, daß über Nacht aus dem Mittelpunkt des Reiches eine unbedeutende, stille, arme Stadt wurde. Die Verheerungen der napoleonischen Kriege — 1809 wurde Regensburg beschossen — und die jahrelangen Einquartierungen fremder Truppen fügten der Stadt noch weiteren Schaden zu. Carl von Dalberg, der bis zu seinem Tode im Jahre 1817 den Bischofsstuhl innehatte, war es, der der Stadt seine besondere Fürsorge angedeihen ließ und unter dem die ersten Schäden des Krieges geheilt wurden. Seine Umsicht galt neben der Armen- und Krankenfürsorge vor allem dem Bildungswesen der Stadt. Das Schulwesen wurde von ihm völlig neugeordnet.

Ein großer Teil der Regensburger Bürger und Handwerker war verarmt. Die städtische Armenfürsorge war auch für Jahrzehnte ein Hauptanliegen der Stadt. Mindestens 1320 Personen fielen 1816 der Armenfürsorge zur Last[1]. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl war die Anzahl der Handwerksbetriebe viel zu zahlreich. Die Regensburger Handwerker wachten eifrig darüber, daß sich dieses Verhältnis durch neue Niederlassungen nicht noch weiter verschlechterte, sie waren erbitterte Gegner der Gewerbefreiheit, und im Jahre 1848 nahm der Gewerbeverein entschieden Stellung gegen die befürchtete Einführung der Gewerbefreiheit. Die Handwerker waren zum großen Teil noch in den alten Zunftverbänden zusammengeschlossen[2]. Seit Beginn des 19. Jahrhunderts bestanden auch einige kleinere Industriebetriebe. Es gab eine Tabakfabrik (seit 1804) in Kumpfmühl; einen Spinnereibetrieb (seit 1812); eine Baumwollspinnerei (seit 1818), an deren Gründung ein englischer Edelmann beteiligt war; die Anfänge einer Runkelrübenzuckerfabrik (seit 1812) gehen auf die Kontinentalsperre zurück; die Bleistiftfabrik Rehbach, im Gebäude der ehemaligen Komturei des Deutschherrenordens, befand sich seit 1821 in Regensburg[3].

Die Stadt zählte im Jahre des Übergangs an Bayern 18600 Einwohner, zwei Jahre vor dem Ausbruch der Revolution waren es 32948. Seit 1810 war Regensburg Hauptstadt des sogenannten Regenkreises, der seit der neuen Kreiseinteilung im Jahre 1837 dann Kreis Oberpfalz-Regensburg hieß. Als Kreishauptstadt war die Stadt Sitz einer königlichen Kreisregierung, die Gebäude befanden sich, bzw. befinden sich noch heute auf dem Emmeramsplatz. Die Räte und Assessoren der kgl. Regierung bildeten neben den Beamten der Domänenverwaltung des in Regensburg residierenden Fürsten von Thurn und Taxis den größten Teil der gebildeten Oberschicht. Eben im Jahre 1848 beging das fürstliche Haus das 100-jährige Jubiläum seiner

[1] Rat. civ. 347.

[2] Josef Zimmermann, Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Regensburg im 19. Jahrh. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts, Diss. Frankfurt 1934.

[3] Zimmermann, Die wirtschaftliche Entwicklung . . .

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0022-4
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

Übersiedlung von Frankfurt nach Regensburg. Aus diesem Anlaß spendete der residierende Fürst Maximilian Karl von Thurn und Taxis der Stadt 3000 Gulden für wohltätige Zwecke.

Die Regensburger standen jederzeit treu zu ihrem König, sie waren ihm stets dankbar, daß er die Stadt durch den Bau der beiden Ruhmestempel Walhalla und Befreiungshalle so sehr auszeichnete. König Ludwig schätzte die Anhänglichkeit seiner Regensburger ebenfalls sehr, das geht besonders aus dem Briefwechsel zwischen dem Regierungskommissär Eduard von Schenk und dem König hervor. Als der König im Jahre 1830 zur Grundsteinlegung der Walhalla nach Regensburg kam, fuhr ihm der damalige Bürgermeister mit zwei Magistratsräten nach Landshut entgegen. Nachdem sie ihre Freude über die baldige Ankunft des Königs ausgedrückt hatten, sagte der König:

„Ich freue mich nach Regensburg zu kommen; ich war schon längst willens, diese Stadt zu besuchen, ich wollte aber zugleich die Legung des Grundsteins zur Walhalla damit verbinden. Ich kenne euere Lage sehr wohl; Regensburg hat viel durch den Reichstag verloren; diesen kann ich nicht ersetzen, was ich aber tun kann, soll geschehen und tue ich gern. Regensburg hätte bei seiner vorteilhaften Lage an dem mächtigen Donaustrome mit seinem milden Klima der Regierungssitz der bayerischen Regenten bleiben sollen. — Ich werde drei Tage in Regensburg bleiben, so lange bin ich noch in keiner Kreishauptstadt geblieben“[4]. Und bei seinem Einzug in Regensburg soll er gesagt haben: *„ . . . Ich wollte, daß ich die Macht hätte, Regensburg das zu ersetzen, was es durch den Reichstag verloren hat. Regensburg hat viel, sehr viel verloren“*[4].

Dieses stille und verarmte Regensburg, das erst in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts mit der beginnenden Industrialisierung auch auf wirtschaftlichem Gebiete wieder einen Aufschwung erlebte, hatte dennoch das Glück, in seinen Mauern Männer beherbergen zu dürfen, deren geistiges und politisches Streben und Wirken über den engeren Bereich der Stadt hinausging, auf Bayern übergriff und darüber hinaus befruchtend auf das ganze übrige Deutschland einwirkte. Es sind vor allem drei Männer, die für das geistige und politische Leben der Stadt von Bedeutung waren. Carl Martin Mauerer, der erste Bürgermeister Regensburgs, Eduard von Schenk, bis 1831 Innenminister, dann Generalkommissär des Regenkreises, und schließlich Johann Michael Sailer, Regensburgs bedeutendster Bischof im 19. Jahrhundert. Mauerer gewann über den Bereich der Stadt hinaus kaum einen Einfluß. Innerhalb der Stadt aber war er Mittelpunkt des gebildeten Regensburg. Als hochgeistige Persönlichkeit nahm er regen Anteil am kulturellen Leben seiner Zeit und betätigte sich selbst auch literarisch.

Weit wirksamer entfaltete sich Eduard von Schenk[5], der von 1828 bis 1831 Minister des Innern und für geistliche Angelegenheiten war, „zu seinen Lebzeiten als Dichter ebenso gefeiert wie als Minister geschmäht“. 1831 wurde er Regierungspräsident des damaligen Regenkreises und auch Staatsrat und Reichsrat Bayerns. Mit dem König, dessen einflußreicher Rat-

[4] Rat. civ. 519.

[5] Spindler M., Briefwechsel zwischen Ludwig I. von Bayern und Eduard von Schenk 1823—1841, München 1830. — Lempfrid W., Der bayerische Landtag 1831 und die öffentliche Meinung, in: Zeitschrift für bayer. Landesgeschichte, 24, 1, 1961 S. 2 ff.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0023-0
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

geber er war, verbanden ihn auf politischem wie auf künstlerischem Gebiet gemeinsame Interessen. Von ihm sagte Ludwig I., daß es seinem Herzen wohl wohl tat, ihn gefunden zu haben. *„Der herrliche Dichter, voll edler Begeisterung"*, wie ihn der König nennt, hatte als Vorstand des Regenkreises (1831—1841) Zeit und Muße, seinen schöngeistigen Bestrebungen nachzugehen, und man spricht geradezu von einem Regensburger Romantikerkreis, dessen Mittelpunkt Eduard von Schenk und Michael Sailer waren.

Am bedeutendsten wurde jedoch Johann Michael Sailer, der 1821 als Generalvikar und Bistumskoadjutor nach Regensburg kam, 1829 dann in Regensburg Bischof wurde. Sailer starb 1832. Wie Schenk stand auch Sailer dem König sehr nahe. Sailers Wirksamkeit war in der damaligen Zeit sehr groß. Allein schon der persönliche Einfluß, der von ihm ausging, zog alle, die mit ihm zusammenkamen, in seinen Bann. Der in Norwegen geborene Naturforscher Henrik Steffens, der Sailer besuchte, als er noch an der Universität Landshut wirkte, schreibt, daß ihm der Besuch bei Sailer für sein ganzes Leben unvergeßlich wurde.

„. . . Aber Sailer wußte den ernsthaftesten Gesprächen eine durchaus freie Bedeutung zu geben. Sie traten völlig natürlich hervor, sie nahmen bald eine rein menschliche, bald eine streng wissenschaftliche, dann selbst andächtige Wendung; immer aber drang das stille Element reiner christlicher Hingebung durch alle Gegenstände hindurch, und eine gläubige Zuversicht, eine unsägliche liebevolle Freundlichkeit und Milde leuchtete aus allem hervor, was er sprach und äußerte . . ."[6]. Der Reformierung der Klerikerbildung galt seine besondere Fürsorge. Innerhalb der katholischen Pädagogik der Neuzeit nimmt Sailer einen hervorragenden Platz ein. Ein großer Teil seiner vielbändigen Gesamtausgabe besteht aus Schriften pädagogischen Inhalts. Als Sailer von Landshut nach Regensburg kam, folgte ihm hierher Melchior von Diepenbrock, der in Landshut studierte. Diepenbrock wurde bald Sailers Sekretär, dann Domdekan und war von 1842 bis 1844 Generalvikar. Später wurde er Fürstbischof von Breslau, 1848 war er in der Paulskirche.

Diese wenigen Namen mögen zeigen, daß sich Regensburg, trotz seines politischen und wirtschaftlichen Niedergangs ohnegleichen, auf kulturellem und geistigem Gebiet doch eines hohen Ansehens erfreute.

Ein selbständiges politisches Leben kann für eine Stadt wie Regensburg in den ersten Jahrzehnten des neuen Jahrhunderts nicht erwartet werden. Die Masse des Kleinbürgertums stand den Ereignissen teilnahmslos und passiv gegenüber. Die gebildete Oberschicht war zu gering, als daß liberale Ideen hätten wirksam werden können. Die einzige Zeitung, über die die Stadt bis in die dreißiger Jahre hinein verfügte, hatte Mühe, es mit der Zeit auf dreihundert Abonnenten zu bringen[7].

Wie alle anderen Zeitungen in jenen Jahren einer scharfen Pressezensur war sie farblos, ohne eigene Meinung und füllte ihre Spalten mit Meldungen, die sie aus anderen Blättern übernahm. Das änderte sich erst im Jahre 1848, als die Freiheit der Presse verkündet wurde.

[6] H. Steffens, Was ich erlebte, (= Sammlung Dieterich, Band 12).

[7] Norbert Mayer, Die Presse Regensburgs und der Oberpfalz von 1806 bis zum Weltkrieg, in: VO 87, 1937, 3—130.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0024-6
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

Die Briefe Eduard von Schenks geben an verschiedenen Stellen Aufschluß über die in der Stadt herrschende Gesinnung.

„ . . . Ich kenne einen Großteil der Bürgerschaft Regensburgs ganz genau und bin von ihrer treuen, festen Anhänglichkeit an Ew. Majestät überzeugt, wie von meinem Dasein. Allerdings gibt es auch hier, wie in jeder größeren Stadt, mehrere revolutionär gesinnte Individuen, allein sie gehören nur der Klasse der Quieszenten, Advokaten, Ärzte und Taxischen Beamten an; einige derselben sind Praktikanten und Akzessisten, auf welche ich, — insofern sie der Administration angehören, — ein besonderes wachsames Auge habe und deren Benehmen und Gesinnungen bei Gelegenheiten zu Anstellungen gehörig berücksichtigt werden dürfte. Von den hiesigen Staatsdienern weiß ich höchstens zwei bis drei, deren Gesinnungen als ultraliberal und zum Revolutionsschwindel hinneigend bezeichnend werden können. Unter diesen steht Regierungsrat Beisler obenan, obgleich er ein ausgezeichneter Arbeiter, trefflicher Votant ist und ich sonst sehr gut mit ihm auskomme. Er hat übrigens ein in politischer Beziehung ganz unverfängliches Referat, nämlich das Stiftungswesen. Sonst ist das ganze Regierungskollegium in beiden Kammern ohne Ausnahme durchaus zuverlässig, festhaltend an monarchischen Grundsätzen“[8].

Zum erstenmal nahm man Anteil an den politischen Ereignissen im Jahre 1830. Die Begeisterung für den polnischen Befreiungskampf ging auch in Regensburg nicht spurlos vorüber. Für die polnischen Flüchtlinge hatte man durch eine Sammlung 223 Gulden zusammengebracht, der Freiherr von Oefele und der Arzt Dr. Karl Herrich hatten zu dieser Sammlung aufgerufen[9].

1832 hatte sich in Regensburg erstmalig so etwas wie ein politischer Klub gebildet. Wenn dieser Kreis von Männern auch fest darauf bestand, daß die Vereinigung keinen politischen Charakter trage, so geht doch aus den vorhandenen Schriftstücken hervor, daß ihre Ansichten mit den Zeitbestrebungen in Widerspruch standen[10]. Der Anlaß dazu war folgender: Im Januar 1832 hatte der König neben anderen Abgeordneten dem Freiherrn von Closen und dem Freiherrn von Tauffkirchen den Eintritt in die zweite Kammer verweigert, weil sie Staatsbeamte waren[11]. In Würzburg erschien daraufhin am 7. Februar 1832 im „Bayerischen Volksblatt“ ein Aufruf des Redakteurs dieses Blattes, Dr. Eisenmanns, an das bayerische Volk, worin dieses zur Dankbarkeit dem Abgeordneten Freiherrn von Closen gegenüber aufgefordert wird, da er auf seine Staatspension verzichtete, um in die Kammer eintreten zu können. Es wurde zu einer allgemeinen Subskription für diese und alle anderen Abgeordneten aufgefordert, die im Kampfe für die gesetzliche Freiheit des Vaterlandes Schaden erleiden. In einer späteren Nummer (Nummer 22 vom 21. Februar) bringt das Volksblatt einen Aufruf von Regensburger Bürgern, die sich diesem Verein angeschlossen hatten. *„Wir halten es für unsere Pflicht, jenen Herren, welche sich in Folge ihres Aufrufes im Volksblatte an die Spitze einer Nationalsubskription gestellt*

[8] Max Spindler, Briefwechsel . . . , S. 217.
[9] R. Z. vom 27. Juli 1831.
[10] für das Folgende: BStA, KdI 13687.
[11] M. Doeberl, Entwicklungsgeschichte Bayerns, Bd. III, München 1931, S. 102.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0025-2
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

haben, für ihr patriotisches Unternehmen, so wie für die Einladung zur Bildung von Filial-Comités, verbindlichst zu danken. Zugleich zeigen wir ihnen an, daß wir heute zu einem Verein zusammengetreten sind, der bezweckt, jenen Vaterlandsfreunden tätig zu danken, die im redlichen gesetzlichen Kampfe für unsere verfassungsmäßige Freiheit zu Schaden kommen sollten; . . ." Dem Verein gehörten an: Der Appellationsgerichtsrat Freih. von Armansperg als Vorstand, der Advokat E. Rudhart als Sekretär, der Advokat Litzlkirchner, der fürstl. Thurn und Taxissche Domänendirektor v. Seyfried, der fürstl. Thurn und Taxissche Domänenassessor Freih. von Thon-Dittmer, außerdem noch einige Regensburger Bürger. Die Regierung des Untermainkreises hatte den Generalkommissär des Regenkreises, Freih. von Schenk, in Kenntnis gesetzt, daß in Regensburg eine Filiale bestehe. Dieser schritt nun sofort dagegen ein. Durch den Stadtmagistrat wurden zuerst die bürgerlichen Mitglieder zu Protokoll vernommen, so daß sie sich darüber beschwerten, daß man nur sie heranziehe, während man die anderen, vor allem den Vorstand und Sekretär, nicht zur Verantwortung ziehe. Im April erklären zuerst die bürgerlichen Mitglieder ihren Austritt aus dem Verein, am 30. Juli schließlich auch die adeligen Mitglieder. Thon-Dittmer erkennt weder die Ungesetzlichkeit des Vereins noch die Rechtmäßigkeit des gegen seine Mitglieder angestrebten Verfahrens an. Ende Juli berichtet das Ministerium an das kgl. Appellationsgericht des Regenkreises, daß Graf von Armansperg und der Advokat Rudhart in der Zeitschrift „Die Zeit" die Verordnung vom 1. März 1832, welche die Bildung politischer Vereine untersagte, als verfassungswidrig bezeichneten.

Am 16. Juni hatte der Verein in Regensburg eine aus mehreren Punkten bestehende „Abgedrungene Erklärung" abgegeben. In den ersten drei Punkten wird betont, daß der Verein noch weiter bestehe. Am Schlusse dieser Schrift heißt es dann — und damit geht diese Erklärung über den faktisch gegebenen Anlaß hinaus: Es ist unwahr, *„4.) als sei den Bürgern nur dasjenige zu tun erlaubt, wozu sie ein Gesetz ausdrücklich ermächtige; 5.) als sei ein Gesetz vorhanden, welches den Bürgern direkt oder indirekt verbiete, Gesellschaften, wie sie immer Namen haben mögen, seien sie auch nicht geheim, ohne Zustimmung der Regierungsgewalt zu bilden, oder gebildeten, nicht geheimen Gesellschaften beizutreten; . . . . Wir erklären ferners, daß wir die Verordnung vom 1. März 1832, die Aufforderung zur Bildung politischer Vereine betr., als verfassungsverletzend betrachten, und unsere Rechte bei der nächsten Ständeversammlung verfolgen werden; — daß wir den Schreiber jenes Artikels*[12]*, der die Monarchie über die bürgerliche Freiheit stellt, für einen gefährlichen Feind des Thrones und des Landes ansehen . . .".*

Der damalige Domänenassessor, dann von 1836 bis 1848 Bürgermeister von Regensburg, seit März 1848 Staatsminister des Innern Freiherr von Thon-Dittmer sagte, als er am 30. Juli 1832 zu Protokoll vernommen wurde, *„daß zu einer Zeit, wo die tägliche Erfahrung lehrt, wie selbstän-*

[12] gemeint ist ein Aufsatz in der bayerischen Staatszeitung *„über politische Vereine"*, der zum Ärger des Vereines auch in den Regensburger Zeitungen abgedruckt war.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0026-7
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

dige Staaten, in dem Glauben, ihre Souveränität nach innen zu schützen, sich der Bevormundung auswärtiger Mächte preisgeben und dabei die Unabhängigkeit ihrer eigenen Staatsbürger hintansetzen, daß zu einer solchen Zeit auch konsequent fortgefahren werde, die Einzelnen zu bevormunden, und in ihren unveräußerlichen staatsbürgerlichen Rechten zu beschränken, war vorauszusehen . . .". Mit solchen Ausführungen ist selbstverständlich die Staatsregierung nicht einverstanden, und weil ein Benehmen dieser Art *„durchaus dem Standpunkte eines Beamten und treuen Untertanen nicht entspricht"*, so ist seine vorgesetzte Stelle zu verständigen und zu veranlassen, daß sein *„ungeeignetes Benehmen"* ad protocollum verwiesen werde. Und so erhält er auf Befehl der Staatsregierung einen Verweis wegen Teilnahme an politischen Vereinen. Vier Jahre später wurde dieser Mann Bürgermeister von Regensburg.

Wenn auch diesem Verein selbst keine besondere Bedeutung zukam, so hatten die damit verbundenen Äußerungen doch gezeigt, daß in der Stadt eine kleine Partei vorhanden war, die zwar nicht revolutionär gesinnt, aber doch mit den bestehenden politischen Verhältnissen, mit der Knebelung der Presse und dem Verbot der Vereinsbildung nicht einverstanden war. Für Thon-Dittmer hätte die Teilnahme daran zum Verhängnis werden können. 1836 nämlich wurde ein neuer Bürgermeister gewählt. Der bisherige, Dr. Brügel, kam nicht mehr in Frage, da er eben erst mit Mühe einer strafrechtlichen Untersuchung entgangen war und sich außerdem durch „unbegreifliche Eitelkeit und ungeheuren Leichtsinn" auszeichnete[13]. Auch die Regensburger Bürger wendeten sich in einer Adresse gegen die Wiederwahl Dr. Brügels. Gewarnt wird auch vor dem ersten Rechtsrat Satzinger, der dann 1848, nachdem Thon-Dittmer nach München ins neue Ministerium berufen wurde, die Bürgermeistergeschäfte führte und trotz seiner früheren schlechten Qualifikation 1849 zum Bürgermeister gewählt wurde. Über Satzinger schreibt von Schenk 1836 an den König, daß er *„ungeachtet seiner Kenntnisse und seines Fleißes durch seinen Hang zum Trunk und Spiel, so wie durch den allgemeinen, wenn gleich nie gesetzlich begründeten Ruf der Bestechlichkeit die Achtung der Bürger größtenteils verloren"* habe.

Über Thon-Dittmer schreibt von Schenk an den König:

„Wohl sind den Gemeindebevollmächtigten, sowie dem ganzen Publikum Regensburgs die früheren politischen Gesinnungen und Grundsätze des Freiherrn von Thon-Dittmer bekannt. Er hat dieselben nie verhehlt, er hat sie vielmehr in den damaligen öffentlichen Blättern, besonders im Würzburger Volksblatte, in Trinksprüchen bei Festmahlen und noch in der Mitte des Jahres 1832 in schriftlichen und mündlichen Erläuterungen bei dem hiesigen Stadtmagistrat über den sogenannten, zunächst die Unterstützung des Freiherrn von Closen beabsichtigenden Vereinen öffentlich zur Schau getragen.

Ich müßte mein innerstes Gefühl, ich müßte die mir heiligsten Grundsätze meines ganzen Lebens verleugnen, wenn ich solche Gesinnungen, wie sie Frh. von Thon-Dittmer damals geäußert, entschuldigen oder beschönigen wollte. Sein politisches Benehmen in den Jahren 1831 und 1832 zog eine innere Scheidewand zwischen mir und ihm und ich habe mich ihm seitdem nie anders genähert, als wenn es meine amtliche Stellung oder gesellschaftliche Rücksichten erheischten.

[13] Darüber sowie über das Folgende und über Thon-Dittmer HStM MInn 43932.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0027-3
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

Indessen sind seit jener Zeit vier volle Jahre dahingegangen, und wie hat sich in diesen Jahren die Lage der Dinge verändert! Gebrochen ist seitdem die Fahne des revolutionären Liberalismus, um welche sich früher nebst vielen Verführern auch viele Verführte und Verblendete sammelten; in Deutschland wie in Frankreich und Italien sind die Bestrebungen und Hoffnungen dieser Partei an der Kraft und Weisheit der Fürsten und an der Treue oder an der Sehnsucht der Völker nach Frieden und Ruhe gescheitert; der größte Teil der Verirrten und Verblendeten ist jetzt gänzlich enttäuscht und zu besseren Einsichten und Grundsätzen zurückgekehrt. Bayern selbst hat das auffallendste Beispiel solcher Rückkehr an den meisten Oppositionsmännern seiner Kammer der Abgeordneten in der Sitzung des Jahres 1834 erlebt.

Ob auch Frh. von Thon-Dittmer zu jenen Bekehrten gehört, wage ich nicht zu verbürgen. Seine näheren Bekannten, auch der ganz verläßliche Stadt-Kommissär Frh. von Du Prel, behaupten es, und die Gemeindebevollmächtigten nehmen es als bestimmt an. Außer Zweifel ist, daß er seit dem Jahre 1832 sich nie mehr zu irgend einer Handlung oder öffentlichen Äußerung hat hinreißen lassen, welche auf seine politischen Gesinnungen ein nachteiliges Licht werfen könnte. Auch bei der Generalversammlung der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft war die Art, wie er seine frühere, Euerer Durchlaucht nicht unbekannte Opposition zurücknahm, offen und ehrenhaft.

Ich glaube hiernach, so wie nach seinem ganzen Charakter allerdings annehmen zu dürfen, daß auf ihn, als Bürgermeister, im strengen Vollzug der Gesetze und Verordnungen, so wie in Handhabung der öffentlichen Ordnung und Ruhe mit vollem Vertrauen gezählt werden könne, — ich weiß jedoch nicht, ob er neben dieser, unter allen Umständen von ihm zu erwartenden Gesetzlichkeit des Wirkens und Handelns auch jene freudige Anhänglichkeit an die allerhöchste Dynastie und jenes aufrichtige Anschließen an das Regierungssystem immer betätigen werde, die von dem Bürgermeister einer der ersten Städte des Königreiches gefordert werden müssen. — . . . . . Er ist ein durchaus rechtlicher Mann, ein ganz offener Charakter ohne Falsch und Rückhalt, ein sehr tüchtiger, gewandter und gebildeter Geschäftsmann, besitzt würdevolles Äußere und — was ihn für die Polizei- und Gemeindeverwaltung noch besonders empfehlen würde, — eine größtenteils unabhängige Existenz“ [14].

Thon-Dittmer stand von 1836 bis 1848 an der Spitze der Stadt und erfüllte das in ihn gesetzte Vertrauen. Als späterer Minister des Innern war er aber den Aufgaben, die das Revolutionsjahr an ihn stellte, nicht sehr lange gewachsen. Selbst die Presse Regensburgs mißbilligt das Verhalten ihres früheren Bürgermeisters. Als er Ende 1848 in Regensburg für die Landtagswahlen kandidierte, nimmt der „Verein für deutsche Einheit und gesetzliche Freiheit“ Stellung gegen Thon-Dittmer. Das Regensburger Tagblatt schreibt im November, Thon-Dittmer habe durch eine mehrmonatige Verwaltung bewiesen, daß *„seine Begabung für den hohen Posten nicht ausreiche, den er bisher begleitete, und daß Gesinnungs-Bravheit und Willensgüte allein den Staatsmann nicht ausmachen“*. Man habe vernommen, schreibt die Zeitung weiter, Thon-Dittmer sei für ein Handels- und Verkehrsministerium bestimmt, da aber gerade die Besetzung dieses Ministe-

[14] Über Thon-Dittmer auch bei M. Spindler, Briefwechsel . . . , S. 346 und S. 456. Der König trug starke Bedenken, Thon-Dittmers Wahl zum Bürgermeister von Regensburg zu bestätigen. In der Kammer von 1840—1843 war er ein Wortführer der gemäßigt-liberalen Richtung. 1845 wurde ihm der Eintritt in die Kammer verweigert. Als im Juni 1840 der Kronprinz sich für einige Tage in Regensburg aufhielt, behandelte er Thon-Dittmer zwar *„sehr wohlwollend und freundlich“* — v. Schenk meldet es seinem Vater —, sprach jedoch nie allein mit ihm.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0028-9
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

riums, von welchem das Staatswohl in besonderem abhängt, den besten Mann erfordere, so sei es angebracht, schon vorher zu warnen. Man spreche ihm die Fähigkeit dazu nicht definitiv ab, *„jedenfalls aber ruht sie noch als ein verschleiertes Geheimnis in ihm, und wir wollen sie lieber rechtzeitig bezweifeln, als die Erfahrungen erneuert sehen, die am Polizeiminister nur darum gemacht wurden, weil die, welche von Thon von früher genau kannten, diskret schwiegen, und sich nur vertraulich in die Ohren raunten: „Es ist der rechte Mann nicht!“* “[15].

Nachdem Thon-Dittmer in der ersten Märzwoche nach München berufen wurde, war die Stadt fast ein Jahr lang ohne Bürgermeister. Als fungierender Bürgermeister zeichnet von dieser Zeit an der bisherige erste Rechtsrat Georg Satzinger[16]. Seine endgültige Wahl zum Bürgermeister erfolgte erst am 10. Februar 1849[17]. Mit der Wahl Satzingers war aber die Bürgermeisterstelle nicht auf das glücklichste besetzt. Er selbst hatte schon seit Jahren immer wieder, zum erstenmal 1832, um seine Versetzung eingereicht. Er bemühte sich um eine Landrichterstelle. Diese Bemühungen setzte er auch noch 1848 fort, als es bei der Bürgermeisterwahl zu Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Gemeinde kam. 1848 schreibt Satzinger an das Ministerium: *„In meiner dermaligen Stellung bin ich ohne mein Zutun hinsichtlich der Wiederbesetzung der Bürgermeisterstelle dahier die Ursache eines Zwiespaltes bei den Gemeindebevollmächtigten dieser Stadt geworden, und werde, wie ich fürchte, nie allgemeines Zutrauen erlangen können, wenn man mich auch bei der wieder stattfindenden Wahl zum Bürgermeister berufen würde, weil ich im Vollzuge des Gewerbsgesetzes nach der damals von den vorgesetzten Stellen angedeuteten Richtung einer ausgedehnteren Freiheit in diesem Betreff das Wort geführt habe“*. Er war in

[15] R. T. Nr. 308, 7. November 1848 (Beilage).

[16] geboren 1790 zu Tayding bei Vilshofen, seit 1817 als Assistent beim Stadt- und Appellationsgericht in München, 1818 als Stadtschreiber beim Magistrat Schongau, seit 1821 als rechtskundiger Magistratsrat in Regensburg.

[17] Über Satzinger: HStM, MInn 26833 und R. A. R. 273/18a.

Nachdem Thon-Dittmer nach München gegangen war, hatte man die freigewordene Bürgermeisterstelle ausgeschrieben. Die Frist war schon abgelaufen, da trafen erst einige Bewerbungen ein, aus denen an dieser Stelle auszugsweise einige Sätze aus dem *„politischen Glaubensbekenntnis“* der Bewerber wiedergegeben werden mögen.

Der kgl. Landrichter Jos. Flor. von Dall'Armi aus Laufen in Oberbayern schreibt: *„Man kann sich in unserer Zeit nicht um eine Stelle des Volksvertrauens bewerben, ohne auch von Politik zu sprechen; daher mögen Sie mir erlauben beizufügen, daß meine Ansichten auf der Grundlage eines gemäßigten Fortschrittes unter zeitgemäßer Entwicklung, nicht aber der des Umsturzes oder gar des Rückschrittes beruhen, und von jeher beruht haben. Dahlmann, Raumer und die Briten sind meine Gewährsmänner, nicht die Historisch-pol. Blätter; ohne jedoch die Bedeutung dieser zu verkennen . . . . .“*

Er drückt sich sehr vorsichtig aus.

Ein anderer, ein kgl. Landgerichtsassessor aus Dingolfing, schreibt: *„Politische Gesinnung: ich bin für konstitutionelle Monarchie, welche, dem Rückschritt fremd, Volksfreiheit auf breitest gesetzlicher Basis gewährt. Dabei bin ich in tiefster Seele freudig ergriffen über Deutschlands neu auftauchende Morgenröte. — Ich verabscheue politische wie religiöse Sonderheitswühlerei, Ultramontanismus, Jesuitismus, Heuchelei und Frömmelei.“*

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0029-7
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

den ersten Jahren seiner Tätigkeit in Regensburg Referent des Gewerbewesens gewesen und hatte auf diesem Gebiet eine Freizügigkeit vertreten, die in schroffem Gegensatz zu den Auffassungen der hiesigen Gewerbetreibenden, auf die schon anfangs hingewiesen wurde, stand.

Satzinger war katholisch, daher bestanden die Katholiken auf seiner Wahl, was den Protestanten nun wieder nicht recht war. *„In der Stadt Regensburg besteht nämlich schon seit sehr langer Zeit, wie in vielen anderen paritätischen Gemeinden kein Einverständnis zwischen den katholischen und protestantischen Bürgern, und alle Wahlverhandlungen zeugten laut von diesen religiösen Parteiungen“* [18]. Zu diesen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Gemeinde, die seine Amtsführung erschwerten, kamen noch unglückliche Familienverhältnisse. Seine Frau lebte bereits seit 1830 in geistiger Umnachtung und hatte die Wahnvorstellung, daß sie in Regensburg verspottet und verfolgt werde. Auch nach seiner Wahl zum Bürgermeister setzte er seine Bewerbung um eine Landrichterstelle fort. Nicht einmal nach seinem Ausscheiden aus dem Bürgermeisteramt hatte er Ruhe, man machte ihn für eine Veruntreuung eines Magistratsbeamten in Höhe von 1500 Gulden haftbar.

Satzinger stand den Ereignissen des Jahres 1848 kühl und ablehnend gegenüber. Zugeständnisse macht er nur, wenn es unumgänglich notwendig ist. Während die zum großen Teil fortschrittlich gesinnten Gemeindebevollmächtigten für die Öffentlichkeit der Sitzungen eintreten, lehnt der Magistrat zunächst ab, schließlich muß man doch nachgeben: *„Nach den dermal sich geltend machenden Zeitverhältnissen wird man wohl den Anträgen auf Öffentlichkeit des Verfahrens in Gemeinde- und Partei-Sachen nicht länger widerstehen können . . .“* [19]. So beantwortet Satzinger den Antrag der Gemeindebevollmächtigten betr. die Öffentlichkeit der Sitzungen. Am deutlichsten kommt seine Haltung zum Ausdruck in den Monaten April und Mai 1849, wo es um Anerkennung oder Ablehnung der Reichsverfassung ging. Darüber jedoch später.

Ein Wort noch über die Presse in Regensburg, die eine Hauptquelle für die Ereignisse im Revolutionsjahr darstellt [20]. Daß sie ein Ausdruck der politischen Gesinnung der Bürgerschaft gewesen wäre, kann in den Jahren des Vormärz unter einer scharfen Pressezensur nicht angenommen werden [21].

[18] Dafür ein Beispiel: Am 14. März 1840 richten die Katholiken Regensburgs eine Beschwerde an den König, worin sie sich über die Beeinträchtigung von seiten der Protestanten beklagen. Im Gremium der Gemeindebevollmächtigten und im Magistrat wollen sie möglichst alle Katholiken ausschließen. Nach den jüngsten Gemeindeersatzwahlen im Jahre 1839, wo in die frei gewordenen Stellen nicht ein Katholik gewählt wurde, befinden sich jetzt unter den 36 Gemeindebevollmächtigten nur zwei Katholiken, ebensoviele im Magistrat. Dabei sind mehr als $^2/_3$ der Einwohner katholisch. Treffend ist die Antwort Abels, daß eine Änderung der Wahlordnung nicht die Aufgabe seiner Majestät sei, und daß es der Katholiken eigene Schuld sei, wenn sie sich, obwohl in der Mehrheit, zurücksetzen ließen. HStM, MInn 58757.

[19] R. A. R. 272/12.

[20] Norbert Mayer, Die Presse Regensburgs und der Oberpfalz . . . , in: VO 87, 1937 Seite 53—89.

[21] Mit 9 Blättern im ganzen steht Regensburg zusammen mit Würzburg an vierter Stelle hinter München (28), Augsburg (23), Nürnberg (11). Die Zeitungen waren: Intelligenzblatt für Oberpfalz und Regensburg, Regensburger Wochenblatt (beide

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0030-8
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

Seit 1813 gab es in Regensburg die erste Tageszeitung von Bedeutung, die „Regensburger Zeitung", vorher *„Regensburgische politische und gelehrte Zeitung"*. Ihren farblosen Charakter — sie entnahm ihren Inhalt ausschließlich anderen Blättern — verlor sie erst im Revolutionsjahr, in dem der liberale Literat Dr. Pangkofer[22] seine Leitartikel über alle auftauchenden Tagesfragen schrieb, über Judenemanzipation, über Freiheit der Presse, über den Grundbesitz der Kirche, über das Verhältnis zwischen Preußen und Bayern, usw. Über die Ziele dieses Blattes heißt es im Juni 1848, in welchem Monat die Zeitung Abonnenten für das zweite Halbjahr werben will: *„Wie bisher wird die R. Z. die Zeitereignisse in freisinniger und ruhiger Weise besprechen. Die redlichen Freunde der guten Ordnung, die im Bestehenden nicht das Interesse des Schlendrians und Standesvorrechtes, sondern die Erhaltung der ewigen Grundlagen des Staates und der Gesellschaft suchen, und die aufrichtigen Freunde der Freiheit, welche die Freiheit für Alle wollen, nicht ausschließend nur für sich und ihre Partei, werden in unserm Blatt ein ihren Ansichten zusagendes Organ finden. Wir werden überhaupt jenen Gebrauch von der Freiheit der Presse machen, zu dem sie verpflichtet ist im Interesse der Wahrheit und des Rechtes, wie wir bisher glauben mit rücksichtsloser Gesinnungsfestigkeit dargetan zu haben"*[23].

Die Haltung der „Regensburger Zeitung". die vor allem auch dem katholischen Bevölkerungsteil gerecht wurde, war den Liberalen zu gemäßigt, daher hatten sie schon 1837 ein eigenes Blatt gegründet, das „Regensburger Tagblatt", das von Josef Reitmayr, einem der führenden Männer der Regensburger Liberalen, herausgegeben wurde. Was dieses Blatt vor allem kennzeichnet, ist seine antiklerikale Einstellung, die auch vor Beschimpfungen und Schmähungen der katholischen Konfession nicht

Zeitungen sind Verordnungsblätter, das erste für den Kreis, das zweite für die Stadt), Regensburger Tagblatt und Regensburger Zeitung, Conversationsblatt und Unterhaltungsblatt als Beilagen dieser Zeitungen, Ambrosius und Katholischer Hausfreund (beide katholisch), sowie eine botanische Zeitschrift unter dem Titel „Flora". — J. Brunner, Die bayerische Postzeitungsliste von 1848, Zeitschr. für bayer. Landesgesch. 1930, S. 481 ff.

[22] Josef Anton Panghofer ist am 21. 7. 1804 zu Riedenburg a. d. Altmühl geboren als Sohn eines Patrimonialgerichtshalters. 1830 wurde er Rentenverwalter und Gerichtshalter auf dem Gut Hexenagger bei Riedenburg; es wurde 1837 verkauft. Dr. Panghofer trat nach einmonatiger Tätigkeit als Redakteur des 1838 neugegründeten, antikirchlichen „Regensburger Tagblatt" in das Privatleben zurück und beschäftigte sich literarisch. Er galt als vortrefflicher Dialektdichter. Von 1840 bis 1844 war er Sekretär und Kassier des Historischen Vereins für Oberpfalz und Regensburg. Seine Vereinstätigkeit befriedigte in keiner Weise. Am 16. Oktober 1848 — zwei Tage vor der dritten Generalversammlung dieses Jahres — trat er aus dem Verein aus. Am 2. Juli 1849 stellte der Historische Verein durch den Anwalt Rudhart Klage gegen ihn, da er trotz wiederholten Ersuchens auch den letzten ihm gegönnten Termin von vier Wochen zur Vorlage der noch ausstehenden Rechnung über die ganze Geschäftsperiode von 1840 bis 1844 verstreichen hatte lassen. Nach dieser Schmach und Schande zog sich Dr. Panghofer nach München zurück; er starb dort am 15. 9. 1854 an der Cholera. VO 13, 1849 S. 419 u. 422. Gg. Blößner, Geschichte des human. Gymnasiums Amberg, Amberg 1929 S. 207. N. Mayer, Die Presse Regensburgs und der Oberpfalz . . . , S. 54 u. 63.

[23] R. Z. Nr. 161, 10. Juni 1848.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0031-4
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

halt machte. Im Jahre 1848 öffnete dieses Blatt jedem Einsender bereitwilligst seine Spalten, wenn er nur tüchtig über Ultramontanismus und Jesuitismus zu schimpfen vermochte. Die Führung der Regensburger Zeitung war eine viel solidere und sauberere als die des Tagblattes, gerade im Revolutionsjahr. Beide Blätter bekriegten sich besonders in diesem Jahr, wobei sich das Tagblatt nicht gerade durch eine vornehme Kampfführung auszeichnete. Es ist daher gar nicht verwunderlich, daß das Tagblatt eine höhere Auflagenzahl erreichte als die Regensburger Zeitung, das erste 800, das zweite 500 im Jahre 1848.

Aus politischen wie aus religiösen Gründen waren gegen das Tagblatt des öfteren Beschwerden erhoben worden. 1845 fragt das Ministerium bei der Regierung in Regensburg an, wie es möglich sei, daß trotz der Zensur im „Konversationsblatt“[24] ein Artikel „Kommunismus“ habe erscheinen können[25]. Darin heißt es, der Kommunismus sei das Schreckgespenst unserer Tage. Wenn jemand es wagt, sich über die körperliche und geistige Verwahrlosung des Volkes auszusprechen, so ist er ein Kommunist, ebenso der, welcher es als Unrecht empfindet, daß an der Hochschule der bornierte Kopf adeliger Eltern studiert und mehr Unterstützung erhält als der Sohn armer Eltern. Gleichheit von Recht und Pflicht hat man in Kommunismus umgetauft.

Noch öfters kommt es zu Beschwerden wegen religiöser Übergriffe. Das Ministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten legt Beschwerde ein gegen ein Gedicht *„Draußen vor der Kirche“*, das ebenfalls im Conversationsblatt veröffentlicht worden war und das das religiöse Empfinden in empörender Weise verspottet[26]. In Regensburg selbst beklagt sich das Bischöfliche Ordinariat häufig über die antiklerikalen Ausfälle des Tagblattes. *„Es ist eine Tatsache, die wir beinahe täglich zu beklagen haben, daß ein Teil unserer öffentlichen Tagespresse ihre schöne und nützliche Aufgabe nicht, wie sie es sollte, erfaßt, und namentlich ihre Freiheit zunächst darin sieht und suchet, ihre Privatansicht geltend zu machen, aber Alles, was dieser gegenüber, andern wahr und ehrwürdig ist, mit leidenschaftlichem Ungestüm und rücksichtslos zu bestreiten“*. Auf dem Gebiete der Politik werden *„eine Masse entschiedener Irrtümer, schiefer und ganz irriger Ansichten und Urteile, ja geradezu destruktive Grundsätze ausgesprochen“*, bei denen *„jeder besonnene und wohlmeinende Mensch“* fragen müsse: *„Wozu sollen diese Dinge dem Volke nützen?“* Vor allem aber die katholische Kirche, *„ihre Lehren, ihre Gebräuche und Bekenner“* werden *„zum Gegenstand gemeiner Spötterei, mehr oder minder versteckter Angriffe . . .“*. Gemeint ist das Regensburger Tagblatt, das sich in jüngster Zeit über die katholische Reliquienverehrung in gehässiger Weise ausließ und damit alles überbietet, *„was dieses Blatt vielleicht seit langem wider unsere Religion und Kirche Schmähliches gebracht hat“*[27].

[24] Beide Blätter haben eine eigene Unterhaltungsbeilage, unter dem Namen „Conversationsblatt“ für das Tagblatt, „Unterhaltungsblatt“ für die Regensburger Zeitung.

[25] HStM, MInn 25110/b u. Conv.-Bl. Nr. 122, 10. Okt. 1845.

[26] HStM, MInn 25110/b.

[27] „Die öffentliche Tagespresse“, Erlaß vom 25. Febr. 1848 in: J. Lipf, Oberhirtliche Verordnungen und allgemeine Erlasse für das Bistum Regensburg vom Jahre 1250 bis 1852, Regensburg, 1853, S. 506 ff.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0032-0
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

Nachdem auch die Regensburger Zeitung dem Zeitgeist huldigte, schufen sich die Katholiken 1849 ihr eigenes Blatt, das „Bayerische Volksblatt", das im benachbarten Stadtamhof erschien, bald aber an den Verlag Pustet in Regensburg überging. Am 24. November 1849 sagt eine bischöfliche Verordnung: *„Namentlich empfinden wir alle Tage erneuerten Schmerz darüber, daß, gleichsam unter unseren Augen und nach der Hauptstadt unsere Diözese sich nennend, zwei Zeitungen (das Regensburger Tagblatt und die Regensburger Zeitung), welche unter schönen Redensarten und mit keck absprechenden Behauptungen wahres Gift in die Herzen der Leser träufeln, erscheinen und täglich in alle Teile unseres Bistums ausgesendet werden"*[28]. Unter den Blättern *„guter Richtung"* wird empfohlen das in Stadtamhof erscheinende „Bayerische Volksblatt". Wenn dieses Blatt aus Mangel an Abonnenten einginge, heißt es, so bestünde weit und breit kein Organ mehr, welches für die Interessen der Religion, für Wahrheit und Recht eintrete, um den *„Verführungskünsten der schlechten Presse zu begegnen"*.

Die Ereignisse des März

Am 24. Februar 1848 erfolgte die Abdankung des französischen Königs Louis Philipp. Die Zeitungen geben schon seit Tagen den Nachrichten aus Frankreich viel Raum, die Verhandlungen in der französischen Kammer werden ausführlich geschildert. Die Nachricht von der Abdankung Louis Philipps wird hier erst am 29. Februar bekannt. Von diesem Zeitpunkt an kommt Leben in das bisher ruhige Zeitungsbild. Einen Tag später, am 1. März, kündigt die R. Z. an, daß sie Anstalten getroffen habe, in Anbetracht der hohen Wichtigkeit der Ereignisse in Frankreich, die neuesten telegraphischen Depeschen und sonstigen außerordentlichen Nachrichten, wie sie der Redaktion früh morgens durch die Fränkische Post zukommen, auf Extrablättern schnellstens zur Kenntnis ihrer Leser zu bringen. Um 9 Uhr vormittags können die Blätter in der Zeitungsexpedition abgeholt werden.

Am 1. März besteht über die Vorgänge in Frankreich kein Zweifel mehr. Frankreich ist eine Republik, so heißt es im Sperrdruck. Die Ereignisse in Frankreich werden vorerst noch sehr bedauert, vor allem der greise König ist ein Gegenstand des Mitleids. Man spricht, wenigstens in der R. Z., von einem traurigen Ereignis. Bisher fanden sich in der Presse aber ausschließlich Berichte anderer Zeitungen, eine eigene selbständige Stellungnahme zu den jüngsten Ereignissen gibt es bisher noch nicht. Am 3. März erfolgt eine breite Schilderung der Vorgänge in der französischen Kammer vom 24. Februar, dem Tage der Abdankung. Am gleichen Tage kommen auch die ersten Nachrichten aus deutschen Städten. In Nürnberg, in Berlin, in Stuttgart gärt es unter der Bevölkerung, da und dort finden Bürgerversammlungen statt, werden Beurlaubte zurückgerufen.

Erst am 5. März bringt die R. Z. einen eigenen Kommentar zu den bisherigen Ereignissen, geschrieben von dem ständigen Sprecher der R. Z. in den folgenden Monaten, dem Literaten Dr. J. A. Pangkofer. *„Es gilt und ist an der Zeit, allenthalben und augenblicklich die Gesinnungseinigkeit der*

[28] Lipf, ebda., S. 554 ff.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0033-6
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

gesamten Deutschen dem Auslande gegenüber sowohl als vor den Fürsten und Regierungen Deutschlands zu betätigen durch den entschiedenen Ausspruch aller, denen Ordnung, Gesetz und Fortschritt — überhaupt das Wohl des Vaterlandes am Herzen liegt. Darum sollen auch die Bürger unserer alten Stadt nicht länger säumen, dem Beispiele der deutschen Städte, Nürnbergs insbesondere zu folgen und die schöpferische Kraft des Beispiels fortzupflanzen von Stadt zu Stadt durch alle deutschen Gauen". Was soll man tun? Er fordert eine Adresse an den Monarchen, die ihm unverbrüchlichste Treue und Anhänglichkeit, die ihm aber auch *„die gerechten Wünsche der deutschen Völker und des bayerischen Volkes insbesondere, speziellst zur ungesäumten Erfüllung dringendst ans Herz legt"*[1]. Möchten die Vorstände unserer Stadtbehörde diesen Gedanken sich aneignen und ihn in einer öffentlichen unverzüglichen Bürgerversammlung zur Sprache bringen. Inzwischen hatten die Stadtbehörden auch eine Adresse an den König beschlossen, der Text liegt zur Unterschrift im Beratungszimmer der Gemeindebevollmächtigten auf. Die Absendung erfolgt am 6. März.

Die Adresse der Regensburger Bürger trägt, verglichen mit denen anderer Städte, einen sehr gemäßigten und bescheidenen Ton[2]. *„Eine ernste Zeit ist eingetreten"*, so beginnt sie. Wie die meisten Bürger anderer Städte, so folgen auch die *„Bewohner der ihrem Könige und Vaterland immer gleichtreuen Stadt Regensburg"* einem *„heiligen Drange"*. Sie nähern sich ihrem König um so lieber, da sie wissen, daß er stets, wo es um die deutsche Sache ging, die Interessen des deutschen Vaterlandes vertreten habe. Wohl haben sie *„ernste Wünsche in Beziehung auf die inneren Verhältnisse Bayerns und dessen Verwaltung"*, aber die Bürger Regensburgs halten es nicht für ihre Aufgabe, diese Wünsche selbst an seine Majestät heranzubringen. Dies sei vielmehr Aufgabe *„Seiner Königlichen Majestät getreuen Stände"*, und sie haben volles Vertrauen, daß von seiten des Königs alles hinweggeräumt würde, was sich feindlich zwischen Regierung und Volk drängen könnte. Den Ereignissen im Westen sowie *„der nicht genug zu fürchtenden Einmischung von Norden her"* müsse ein einiges Deutschland entgegengesetzt werden, auf keinen Fall dürfe Deutschland zum Schauplatz fremder Parteikämpfe werden infolge seiner inneren Zerrissenheit. Die Geschichte früherer Jahre sei eine Mahnung. *„Dazu bedarf es aber mehr als eines Aufrufes des deutschen Bundestages"*. Die deutschen Fürsten müßten zusammen mit dem Volke auftreten, die Bundesbeschlüsse aber würden erst durch die Vertreter des Volkes zum wahren Ausdruck deutscher Gesinnung.

Damit kommen die Regensburger Bürger zu ihren zwei Bitten:

1. In einem außerordentlichen Landtag soll der König den Ständen des Reiches diejenigen Vorlagen machen, *„welche die Zeit und ihre Entwicklung gebieterische heischt, und das Volk überall verlangt und erwartet"*.
2. Die Bürger Regensburgs hoffen von ihrem *„wahrhaft deutschen Könige"*, daß er die Berufung eines allgemeinen deutschen Parlamentes veranlassen werde, *„um dadurch der Vertretung des Bundes dasjenige ernste Gewicht und feste Vertrauen wieder zuzuwenden, dessen sie jetzt, wir sagen es offen, überallhin im Vaterlande entbehrt"*.

[1] R. Z. Nr. 65, 5. März 1848.
[2] R. T. Nr. 67, 7. März 1848.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0034-2
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

Die Adresse schließt mit dem Hinweis auf den Ernst der Lage. Nur so sei der Schritt der Regensburger Bürger zu verstehen. Sie verkennen es nicht, daß der Schritt, den sie unternehmen, ein *„außergewöhnlicher und außerlicher“* ist. Seine kgl. Majestät möge diesen Schritt nicht mißdeuten, Liebe zum Vaterland und *„echte Anhänglichkeit und Treue“* sind die Motive. In solchen Zeiten wird es aber auch in dem *„Kreise schlichter Bürger zur Pflicht, sich selbst, dem König und Vaterland Rede zu stehen“*.

Verglichen mit den Adressen der Münchner oder Nürnberger Bürgerschaft — die Nürnberger fordern allgemeine Wahlfreiheit, aktive und passive, unbedingte Pressefreiheit, öffentliches Gerichtsverfahren mit Geschworenengerichten, Vereidigung des Militärs auf die Verfassung; auch die Münchner Adresse ist in ihren Forderungen stürmischer — kann man die Adresse der Regensburger Bürger mit einer Bittschrift vergleichen[3].

Auch die „Regensburger Zeitung“ ist mit diesem Schriftstück nicht zufrieden, was sie in einem Artikel[4] zwei Tage später zum Ausdruck bringt. Den städtischen Behörden wird vorgeworfen, daß die Adresse schon abgefaßt vorlag und nicht, wie man es in Anbetracht einer solchen Sache und den Zeitumständen entsprechend hätte erwarten müssen, in einer allgemeinen Bürgerversammlung zur öffentlichen Beratung vorgelegt wurde. Dergleichen könne nur durch den Eildrang entschuldigt werden. Was den Inhalt betrifft, so stellt der Verfasser fest, daß die Adresse *„zu breit“*, *„zu sententiös“* sei, *„nicht so kernhaft und entschieden, wie die Unmittelbarkeit des Moments sie erheischt hätte“*. Wenn man außer den schon erwähnten Bürgeradressen Münchens und Nürnbergs auch diejenigen kleinerer Städte heranzieht, so z. B. die Bamberger, so kann man es schon verstehen, warum die R. Z. meint, daß die Forderungen auch der Regensburger Bürger deutlicher hätten dargelegt werden sollen. (Die Bamberger z. B. legen ihre Forderungen in 14 Punkten vor, darunter Gewissens- und Lehrfreiheit, Verantwortlichkeit der Minister, Ausgleichung des Mißverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit).

Auch mit der allzu passiven und ängstlichen Haltung der Stadtverordneten ist man nicht zufrieden. Den Gemeindebevollmächtigten, die nun bei dieser Gelegenheit einmal ein öffentliches Lebenszeichen gegeben, wird geraten, auch in anderer Beziehung dem guten Beispiel bayerischer Städte, Münchens, Augsburgs, Nürnbergs, zu folgen und die Öffentlichkeit ihrer Verhandlungen und Umgestaltung ihrer Wahlordnung zu beraten und bei den vorgesetzten Stellen zu beantragen. *„Hinweg mit allen Heimlichkeiten. Alle Beteiligten haben das Recht, die Motive kennenzulernen, nach denen ihre Betrauten stimmen und handeln. Vorwärts Oben und Unten!“* Eine weitaus schärfere Kritik übt das Tagblatt:[5] *„Auch hier wurde eine Adresse an den Thron verfaßt; jedoch nicht wie in anderen Städten im Strome des öffentlichen Lebens, sondern in dem geheimen Verhandlungszimmer der Gemeindebevollmächtigten, in welches überhaupt die Luft der Öffentlichkeit noch keinen Zugang gefunden hat. — Nicht abzusehen ist, warum das, was unsere inneren Zustände drückt, keine bestimmte*

[3] Beide Adressen veröffentlicht in der R. Z., die Nürnberger in Nr. 65 vom 5. März 1848, die Münchner in Nr. 66 vom 6. März 1848.

[4] R. Z. Nr. 68, 8. März 1848.

[5] R. T. Nr. 66, 6. März 1848.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0035-7
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

Formel erhalten, warum das alles dem etwaigen Ermessen der Stände anheim gegeben sein soll, die doch nur die Kommitirten des Volkes sind. Warum soll nicht gesagt werden, daß wir volle Pressefreiheit verlangen, — eine Polizeigesetzgebung, welche der maßlosen Willkür ein Ende macht, — öffentliches Verfahren und Geschwornen, die ganz andere Bürgschaft einer raschen, unparteiischen Rechtspflege bieten, als das geheime Schreiberwesen, — eine andere Wahlordnung, daß nicht mehr die Interessen weniger zur Vertretung kommen. — Entschiedenheit tut vor allem not und es ist nicht zu fürchten, daß diese, wie die Adresse glaubt, mißdeutet werden möchte. Sicherlich ist es der Ausdruck zahlreicher Bürger, daß die Adresse öffentlich beraten und beschlossen, daß bestimmte Bitten gestellt werden, um nicht andern Städten mit zurückgehaltenem Atem nachzulaufen".

Die Auflösung der Kammer der Abgeordneten, die am 3. März erfolgte, wird mit Zufriedenheit vermerkt. Eine Reform des Wahlwesens wäre dringend notwendig, damit die freie Stimme des Volkes in der Kammer für alle Zukunft verlautbart, unverfälschbar für immer. An dem Zweikammersystem hält man entschieden fest, in den großen Rat gehört vor allem die Intelligenz, so heißt es am Ende dieses Kurzkommentars[6].

In diesen erregten Tagen begeht Regensburg seinen Fasching. Dabei benützt man die neu errungenen Freiheiten, um sich über manche Mißstände der Zeit lustig zu machen. So erscheinen im Faschingszug emmanzipierte Jungfrauen; die deutsche Flotte; neapolitanischee Fischer, in der Flagge die Worte *„freiwillige Konstitution"* zeigend; die Zensur auf dem Paradebette, umgeben von den leidtragenden Zeitungen; der Bundestag und das Frankfurter Sängerfest, die Sänger riesige Vorlegeschlösser vor dem Munde.

Am 6. März abends überbringt eine Stafette aus München dem Regensburger Bürgermeister Frh. von Thon-Dittmer ein Handschreiben des Königs[7]. Thon-Dittmer reist noch in der gleichen Nacht nach München ab. Regensburg ist so in dieser erregten Zeit ohne Bürgermeister. Die Geschäfte des Bürgermeisters führt der bisherige erste Rechtsrat Georg Satzinger, bis er im Februar 1849 zum Bürgermeister gewählt wird.

Nun bringt auch die R. Z. einen zusammenfassenden Kommentar zu den jüngsten Ereignissen[8]. *„Frankreich, vor einigen Tagen noch eine Monarchie, um deren Gunst und Hilfe die absoluten Staaten — Regierungen gebuhlt, ist heute eine Republik, vor der sie zittern".* Dieser Wandel aber wurde verschuldet *„durch die Sünden eines Monarchen, Falschheit, Hinterlist, Niederträchtigkeit".* Ob der Zustand von Dauer sein wird, soll nicht untersucht werden, *„aber das ist sicher, heutzutage ist bei Mäßigung und Besonnenheit eine Republik möglicher als je".* Nur Rußland hätte ein Interesse daran, sich in die Geschäfte des Freistaates zu mischen. Für Deutschland, *„das die Despotie haßt und keine Sympathie hat für die Republik"*, sei nun auch die Stunde der Ernte gekommen. In allen Adressen an die Fürsten seien die gleichen Forderungen laut geworden. An den Fürsten liege es nun. Sie haben zu zeigen, daß sie ein deutsches Herz in der Brust

[6] R. Z. Nr. 66, 6. März 1848 (Extrabeilage).
[7] R. Z. Nr. 68, 8. März 1848 (Beilage).
[8] R. Z. Nr. 67, 7. März 1848.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0036-3
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

tragen, daß ihnen die Macht und das Wohl des gemeinsamen Vaterlandes wahrhaft heilig ist. Deutschland will nicht mehr als Macht und Achtung im Auslande, Bürgschaft gegen Willkür im Innern, freie Entwicklung seiner Staatsform, Evolution, nicht Revolution, Gesetz und Ordnung, ein scharfes Gleichgewicht von Rechten und Pflichten. *„Ist das mehr als billig?" „Es ist die Grundbedingung jedes Staates, der Bestand haben soll".* Nur treuherzigste Offenheit und natürlichste Redlichkeit kann die Staaten aufrechterhalten, nicht aber Heimlichkeit und Überschlauheit. Es gibt kein besseres, treueres, besonneneres als das deutsche Volk, aber auch kein kühneres. *„Entschlossen stellt es sich zwischen Anarchie und Despotie".* Ihre schlechten Ratgeber sollen die Fürsten wegwerfen, ihre Weisheit hat die jüngste Geschichte zur Torheit gemacht. Dafür sollen sie sich an das Volk anschließen. Die Fürsten werden gewarnt: *„Aber handelt und gewährt unverzüglich! Wer schnell gibt, gibt doppelt! Die Stunde drängt unaufhaltsam. Ein Federzug rettet Deutschland und Euch! Mit ihm steht und fallt ihr!"* Konstitutionelle Herrscher, Verfassungsfürsten sollen sie sein. Sie sollen handeln, *„bevor die Gewalt des Schlechten die Massen überwältigt".* Preußen wird aufgemuntert, auf seiner schon beschrittenen Bahn vorwärtszuschreiten. Österreich aber soll sich Deutschland versöhnen, es soll die *„dreißigjährige Schuld am Vaterlande tilgen". „Sieh, wir wollen die Erinnerung mit unseren Freudentränen wegwaschen im Momente, in dem Du die Hand schlägst in die Entgegengebotene!"* Wenn nur Volk und Fürsten zusammenhalten, dann braucht man weder den Feind im Westen noch im Osten zu fürchten, dann wird auch Gott die Deutschen nicht verlassen. *„Und Deutschlands Fürsten und Volk werden sein und bleiben: Von Gottes Gnaden!"*

Nach der Verkündigung des Gesetzes über die Freiheit der Presse erscheint auch in Regensburg die *„Erste Nummer des Blattes ohne Zensur!"*, wie es gleich unter dem Kopfe heißt[9]. *„Das Schwert des Wortes, dessen Spitze die Treue, dessen Schärfe das Recht, dessen Geist der Mut, gehandhabt von der Kühne der Wahrheit hat ersiegt eine unerwartete, glanzvolle Zukunft".* Die glücklichst Stunde Bayerns hat geschlagen, überall Jubel, Freude, höchstes Entzücken. *„Sah ich doch gestern die Freudentränen eines 86-jährigen Greises, hörte ich den Jünglingsjubel von seinen Lippen: Heil Wittelsbach und Bayern".* Die goldenen Fesseln und Ketten sind nun von Händen und Füßen geschmolzen. Es gilt nun die neue Errungenschaft in rechter Weise zu verwerten. *„Hinweg alle Parteiungen! Doch die Farben der Ansichten müssen sein und bleiben, aber sie seien die reinen Kinder des einen Lichts".*

Zu einer Freudenkundgebung war es am 8. März im Neuhaussaal gekommen, wo der Regierungspräsident Frh. von Zu-Rhein vor einer Bürgerversammlung, die dort zu gesellschaftlichen Zwecken zusammengekommen war, die kgl. Proklamation vorlas, *„diese mit Flammenschrift in der Geschichte Bayerns strahlende Urkunde der Wiedergeburt unseres Vaterlandes".* Überall, auf Straßen und in Gassen, sammelten sich Menschen, Abdrücke der Proklamation in Händen haltend, in den Gaststuben wurde sie von den Tischen herab verlesen. Viele hatten Schleifen und Kokarden angelegt,

[9] R. Z. Nr. 69, 9. März 1848.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0037-9
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

abends zog man jubelnd durch die Straßen, unter Hochrufen auf den König. Möchte doch auch bald Preußens edler Monarch *„das große Zauberwort sprechen"*, fügt der Berichterstatter hinzu.

Am Abend des 8. März ist Regensburg und das benachbarte Stadtamhof festlich erleuchtet. Durch die Straßen hallt der Jubel der Bevölkerung. Die Landwehr sorgt für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, *„welche von den untersten Regionen her, wo der Begriff der Freiheit nicht der klarste sein mag, einige Male bedroht schien"*. Am darauffolgenden Tag fand mittags eine Volksversammlung im Rathaussaale statt. Die Einladung war von dem fungierenden Bürgermeister Satzinger ausgegangen. Man verhandelte wegen der Unterzeichnung einer Adresse an den König als Ausdruck des Dankes für die gewährte Pressefreiheit. Nach kurzer Debatte wurde die vorgetragene Adresse abgelehnt, nach einem dreimaligen Hoch auf den König ging man auseinander. Warum auch, fragt die R. Z., soll man da noch danken, wo ohnehin die Jubelrufe der begeisterten Bevölkerung über die Grenzen des Landes hinauf zum Himmel donnern, an das Ohr seiner kgl. Majestät, des *„deutschen Mannes auf bayrischem Thron"*. Trotzdem geht es nicht ohne Dankesadresse. Einige Tage später, am 18. März, findet im großen Neuhaussaal eine allgemeine Versammlung zur Feststellung einer Adresse an die Stände statt. Der Magistrat und das Gremium der Gemeindebevollmächtigten beschließen eine Dankesadresse an den König, *„in welcher die Gefühle der treuen Bürger unserer Stadt niedergelegt werden sollen"*[10]. Sie liegt am 22. März zur Einsicht und Unterzeichnung auf.

Am Abend des 9. März fand noch eine Feier im Theater statt, das festlich erleuchtet und geschmückt war. Nach einem Prolog, der auf die jüngsten Ereignisse einging, spielte das Orchester Webers Jubelouvertüre, darauf sang man die bayerische Volkshymne und das Nationallied *„Was ist des Deutschen Vaterland?"*. Damit war des Jubelns noch kein Ende. Die Freudendemonstrationen dauern auch in den nächsten Tagen noch an, so melden die Zeitungen.

Der Regierungspräsident spendet aus Anlaß des Pressegesetzes, womit der König die *„Mündigkeit seiner Bayern feierlich anerkannt"*, hundert Gulden zum Wohle der Armen mit der Aufforderung an die Bürger Regensburgs, sich in diesen Tagen der Armen besonders anzunehmen.

Zum Dank für die gewährten Freiheiten und zum Frommen des Vaterlandes finden für alle Konfessionen am 15. März feierliche Dankgottesdienste statt. An den Türen der katholischen Kirchen der Stadt war ein Anschlag angebracht, der zu einem Hochamt im Dom einlud, *„um dem Allmächtigen für die Rettung des Vaterlandes und insbesondere des Herrscherhauses aus drohender Gefahr zu danken, und um die Erhaltung des inneren und äußeren Friedens, sowie um den Segen des Himmels für König und Vaterland zu bitten"*[11].

Am 10. März wurde das hiesige Linienregiment Gumppenberg unter starker Beteiligung der Bevölkerung auf die Verfassung vereidigt[12]. Der *„Staat im Staate"* hat nun aufgehört, die *„letzte Schranke des Miß-*

[10] R. Z. Nr. 82, 22. März 1848.
[11] R. Z. Nr. 74, 14. März 1848 (Extrablatt).
[12] R. Z. Nr. 71, 11. März 1848.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0038-5
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

trauens zwischen Thron und Volk" ist gefallen. Offiziere und Soldaten sind nun *„vollständige Mitbürger des Staates"*. Bisher stand das Militär außerhalb, war der staatlichen Einheit gefährlich. Die Armee ist zur Verteidigung des Vaterlandes gegen das Ausland bestimmt, wenn es aber gilt, im Innern den Gesetzen Hochachtung und Aufrechterhaltung zu verschaffen, dann steht sie von nun an auf seiten der Bürgerschaft. Es gibt nun keine dynastischen Kriege mehr, die gegen die Interessen des Vaterlandes verstoßen, ebenso undenkbar ist ein Konflikt zwischen Bürgerschaft und Militär. Abends findet eine musikalische Abendunterhaltung statt zur Feier der Vereidigung des Militärs auf die Verfassung.

Die R. Z. ist auch gar nicht damit einverstanden, daß Truppen der Landwehr für private Zwecke, diesmal für den Fürsten von Thurn und Taxis, verwendet werden. Am Morgen des 24. März fuhren zwei Kompanien des Landwehrregiments auf dem Wasserwege nach Wörth, um im Thurn- und Taxis'schen Herrschaftsbezirk Ordnung zu schaffen in ein paar Gemeinden, die sich gewaltsam Holz- und Streurechte aneignen wollten. Es wird zwar mit Befriedigung vermerkt, daß der Fürst seinen dortigen Gerichtsholden schon Nachlässe und Erleichterungen gewährt hat, auch hat er der *„finanziellen Strenge seines obersten Verwaltungs-Amtes durch kluge Güte Schranken gesetzt"*. Möge er weiterhin für seine Untertanen sorgen. Man solle aber nicht versuchen, heißt es, die Landwehr für private Zwecke zu mißbrauchen. Sie darf nach den gesetzlichen Bestimmungen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung nicht außerhalb des Weichbildes verwendet werden. *„Dies so nebenbei, um zu zeigen, daß die Presse ihre rücksichtslose Aufmerksamkeit nach allen Seiten richtet"*[13]. Man muß doch Gebrauch machen von der jüngst gewährten Freiheit der Presse.

Vor allem aber muß es Aufgabe der Presse sein, das Volk aufzuklären über den wahren Begriff der Freiheit und über den rechten Gebrauch derselben. Das Volk war zwar mündig erklärt worden, aber es mangelt doch allenthalben an dem richtigen Gebrauch der neuen Freiheiten[14]. Je nach der moralischen und politischen Bildung hatte die kgl. Proklamation vom 6. März sich in den einzelnen Gesellschaftsklassen verschieden ausgewirkt, am *„wunderlichsten natürlich in jener Sphäre, in der nicht die gar richtigsten Begriffe von Freiheit, am wenigsten von politischer, zu Hause sind"*. So war es verschiedentlich zu kleineren Ausschreitungen gekommen, hauptsächlich, weil der allgemeine Volksjubel mit den Karnevalstagen zusammenfiel. Es ergibt sich daher für die Journalistik die Pflicht, das Volk über den rechten Begriff der Freiheit aufzuklären und die politische Bildung zu fördern. Dieser Aufgabe wolle sich die R. Z. in Zukunft widmen.

Der Ernst, mit dem sie für die Ausbreitung und Förderung der neuen Märzerrungenschaften eintritt, hindert aber die R. Z. nicht, einige Tage später die folgenden Verse zu veröffentlichen[15]:

[13] R. Z. Nr. 85, 25. März 1848.
[14] R. Z. Nr. 72, 12. März 1848.
[15] R. Z. Nr. 74, 14. März 1848.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0039-3
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

Die ehrenwerten Bürger.

Ein Bürger fand die neue Welt,
Ein Bürgersmann war Tell, der Schweizerheld,
Ein Bürger sah zuerst die neueren Planeten,
Ein Bürger fand die Bahnen der Kometen,
Ein Bürger war es, der den Druck erfand.
Ein Bürger hat das Blatterngift verbannt,
Und Washington und Franklin waren Bürger.

Der Rücktritt König Ludwigs wird in der Presse sehr nüchtern aufgenommen. Man ist schon an alle möglichen Ereignisse gewöhnt, meint der Kommentator, es überrascht nichts mehr. *„König Ludwig I. ist vom Throne herab gestiegen, Maximilian II. ist hinauf gestiegen"*, und zwar, das wird eigens vermerkt, *„mit erhobener Rechten zum Eidschwur auf die Verfassung"*. Was liegt schon daran, wer nun König ist, die Hauptsache ist, wenn die Verfassung gewahrt bleibt, der König regiert ja nicht mehr. In seinen Abschiedsworten an die Bayern sagte der scheidende Monarch: *„Eine neue Richtung hat begonnen, eine andere als die in der Verfassungsurkunde enthaltene, in welcher ich nun im 23. Jahre geherrscht"*. Ganz richtig, meint der Kommentator dazu, *„in so ferne fortschreitende Entwickelungen der Verfassungsgrundlage ein Überschreiten derselben genannt werden können, oder die Blume im Widerspruch mit der Pflanze begriffen werden dürfte"*. Der neue König hat das *„Dokument des Fortschritts"* unterzeichnet, wird mit Genugtuung vermerkt, Rückschritte sind nicht mehr zu befürchten[16].

„Ein starkes, freies Bürgertum
Ist künftiger Könige Macht und Ruhm!"

so schließt dieser Artikel, der wohl die Meinung des Verfassers ausdrückt, aber doch nicht die der Bevölkerung. An anderer Stelle ist nämlich davon die Rede, daß das Gefühl der Bestürzung in der Stadt sehr groß ist.

Als am 23. März das hiesige Infanterieregiment Gumppenberg und das Landwehrregiment zusammen auf dem Emmeramsplatz den Eid auf den neuen König ablegen, da wendet sich die R. Z. gegen das ewige Schwören, das nun, nachdem ein neuer König den Thron bestiegen hat, durch das ganze Land geht. Wozu denn auf den König auch noch schwören, will man denn nicht begreifen, daß im Verfassungseid alles enthalten ist? Erst jüngst hat das Militär den Konstitutionseid geschworen und nun muß es schon wieder schwören. Ob man denn bei dem vielen Schwören dem Eid überhaupt noch seine Bedeutung beimißt?[17]

Wie in den anderen Städten bildete sich auch in Regensburg ein Freikorps. Am 16. März richtete das Komitee, das sich mit der Aufstellung des Freikorps befaßte, ein Gesuch an die Kreisregierung, daß man sich entschlossen habe, zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit ein Freikorps zu bilden, mit dem ausschließlichen Zweck, *„uns durch zeitige Übung im Gebrauch der Waffen und ähnlichen Erfordernissen in so weit geschickt zu machen, daß wir im Falle ausbrechender Unruhe sogleich*

[16] R. Z. Nr. 83, 23. März 1848.
[17] R. Z. Nr. 85, 25. März 1848.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0040-4
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

als zweckmäßig organisierte waffengeübte Schar uns der Nationalgarde anschließen, um so dem Ganzen ersprießlichere Dienste leisten zu können, was trotz des besten Willens ohne vorherige Waffenübung nicht der Fall sein kann"[18]. Es wird um Überlassung der notwendigen Schußwaffen und Seitengewehre gebeten.

Im Rathaus, wo alle, die sich in die Listen eingezeichnet hatten, am 17. März zusammenkamen, werden Vorschläge, insbesondere zur Bewaffnung, gemacht. Mit den Waffen steht es aber vorerst sehr schlecht. So macht sich die Presse darüber lustig: *„Unter diesen (Vorschlägen) erregte die beantragte Art und Weise der Bewaffnung ein allgemeines ironisches Lächeln, denn es waren ihrer sicherlich die meisten in der achtungswerten Versammlung, die in der eisenbeschlagenen Pike, welche die einzige und alleinige Waffe des Sicherheitsgardisten sein soll, eine Rückkehr zum mittelalterlichen Spießbürgertum, oder gar eine unglückliche Nachahmung des deutschen Nachtwächters aus der Zopfzeit ahnen mochten. Der Vorschlag erschien um so barocker, als nirgends im gesamten deutschen Vaterlande ein solcher bis jetzt gemacht worden ist, und als selbst die Ranzen- und Gurkengarde, welche noch vor kaum 14 Tagen an mehreren Orten ihre belustigende Rolle spielte, ein ernsteres Aussehen hatte, als ein Bataillon nachtwächterartig ausgerüsteter Sicherheitsgardisten"*. Der deutsche Bürger hat das Recht, die gleichen Waffen zu tragen wie das Heer und die Landwehr, und man wird noch so viele Gewehre haben, um 500 Mann Freikorpssoldaten — so viel waren bis jetzt beisammen — ausrüsten zu können. *„Warum also eine Waffe in Vorschlag bringen, welche bereits seit zwei Jahrhunderten in den Zeughäusern begraben liegt? Man sieht es gleichwohl, daß der deutsche Michel die Augen noch nicht wach gerieben hat, und daß ihm die mächtige Zipfelmütze noch gar gewaltig um den Nacken baumelt"*[19].

Die Bildung des Freikorps schreitet aber rasch voran, am 21. März fand in den verschiedenen Literas die Wahl der Anführer statt, und einen Tag später beginnt man bereits mit den Übungen. Als Waffe wählte man schließlich die Muskete. Aus dem Zeughaus in Ingolstadt wurden für die Regensburger Stadtwehr 2000 Gewehre angefordert. An der Türe eines Gewölbes im Rathaus, wo man nach der Verteilung der aus Ingolstadt eingetroffenen Waffen die leeren Kisten untergebracht hatte, fand man einen Zettel angeklebt: *„Waffen-Depot für die Republik"*. Man vermutete die nach der Verteilung übriggebliebenen Waffen in diesem Raume. Der Stadtmagistrat mißt diesem Anschlag aber keine besondere Bedeutung zu[20].

Die Stadtwehr bestand im Juni 1849 noch immer. In diesem Monat erhielt sie sogar in der Person des Christoph Rehbach, Teilhaber der Bleistiftfabrik J. J. Rehbach, ihren neuen Kommandanten, nachdem ihr erster Kommandeur, Major von Pusch, am 8. Mai 1849 dem Landwehr-Kreiskommando, dem die Stadtwehr unterstand, seinen Rücktritt angezeigt hatte, da die von der Stadtwehr beschlossene Adresse betr. die Anerkennung der Reichsverfassung mit den Bestimmungen seiner Dienstverpflichtungen nicht im Einklang stand.

[18] BStA, KdI 9770.
[19] R. Z. Nr. 79, 19. März 1848.
[20] BStA, KdI 13685.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0041-0
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

Unter Leitung des Regierungspräsidenten Frh. von Zu-Rhein hatte sich im März 1848 ein anderes Komitee gebildet, das sich mit der Aufstellung einer freiwilligen berittenen Schutzwehr befaßte. Bis zum 21. März hatten sich bereits 32 Mann eingezeichnet. Seine Durchlaucht, der Fürst von Thurn und Taxis, stellte für diesen Zweck 4 Pferde zur Verfügung. Der Mangel an Pferden steht einer Verstärkung dieses Korps sehr im Wege.

Auch die Studenten des kgl. Lyzeums bilden zusammen mit den oberen Gymnasialklassen ein Freikorps, das 120 Mann stark wurde. *„So edel nun auch die Motive sind, welche diese Bitte veranlaßten, so erscheint dieselbe doch immer, als von Gymnasial-Schülern ausgehend, als gewagt und ihnen nicht zustehend"*, das ist die Meinung des Rektorats[21].

Mitte März war der Landtag wieder zusammengetreten. Die treibenden Kräfte des politischen Regensburgs, voran der Arzt Dr. Karl Gerster und der Buchhändler Reitmayr, hatten zusammen mit anderen, darunter der Advokat Dr. Rudhart und der Arzt Dr. Karl Herrich, einer Bürgerversammlung eine Adresse an die Stände vorgelegt, die nun deutlicher als die Adresse in den ersten Märztagen an den König die *„dringendsten Wünsche"* ausspricht[22]. Nur dann, wenn die ständischen Beschlüsse in Übereinstimmung mit der öffentlichen Meinung sind, ist das neue Recht ein aus der Nation hervorgehendes, volkstümliches. Die Unterzeichneten danken für die kgl. Proklamation vom 6. März. An der Kammer liege es nun, *„daß die kgl. Verheißungen ohne Ausnahme, im wohlwollendsten Sinne baldigst verwirklicht werden. Wir leben in der Überzeugung, daß das Heil eines jeden einzelnen deutschen Staates nur dann möglich sei, wenn zunächst und vor allem unser großes Vaterland ein einiges, freies, kräftiges und vom Ausland geachtetes Deutschland ist"*. Die Abgeordneten mögen dafür sorgen, daß eine auf verfassungsmäßigem Wege vom Volke gewählte Vertretung am Bundestag herbeigeführt werde, daß der deutsche Bund sich um Schleswig-Holstein annehme, daß die seit dem Jahre 1819 erlassenen volksfreiheitsfeindlichen Bundestagsbeschlüsse, die im Widerspruch mit der Verfassung stehen, aufgehoben würden. Zur Förderung der nationalen Einheit soll der Zollverein auf alle zum deutschen Bund gehörigen Länder ausgedehnt werden. Die Kammer soll die Pressefreiheit gesetzlich begründen und verhüten, *„daß die Zensur unter was immer für einem Vorwande oder unter was immer für einer Form wiederkehren könne"*. Ein Gesetz über die Verantwortlichkeit der Minister soll ausgearbeitet werden. Zur Vervollständigung der Wehrhaftigkeit wird gefordert eine Verbesserung der Landwehrordnung mit Beschränkung der Dispensation und der Zurückstellung von der persönlichen Dienstleistung. Armen Untertanen müsse der Staat mit Mitteln aushelfen, damit sie die von ihren Grundherrn geforderten Ablösungssummen aufbringen könnten. Das sind die Hauptpunkte einer Adresse an die Stände, die am 24. März mit einer großen Zahl von Unterschriften nach München ging.

Die Studierenden des Lyzeums hatten die Gelegenheit ebenfalls benützt und wiesen in einer Adresse an die Kreisregierung auf einige Mißstände im Studienwesen hin, die man jetzt nach den jüngsten Zeitereignissen

[21] BStA, KdI 13685.
[22] R. T. Nr. 85, 25. März 1848 (Beilage).

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0042-6
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

als veraltet ansehen müsse und die außerdem *„den Geist junger, nach Wissenschaft strebender Männer nur niederzudrücken vermögen“*[23].

Die Studenten bitten um Abschaffung der bisherigen Fortgangsnoten, die den Eindruck erwecken, als werde das Studium nur der guten Noten wegen, gleichsam als Handwerk betrieben. Die Studenten sehen darin eine Beleidigung. Die Religion vor allem sei viel zu erhaben, als daß man sie an kgl. Gymnasien und lateinischen Schulen klassifizieren sollte. Sie bitten um die Genehmigung, einen literarischen Verein unter der Leitung eines Professors errichten zu dürfen. Die Isoliertheit, in der sich die hiesigen Studierenden befinden, wirke sich hemmend auf ihre wissenschaftliche Ausbildung aus. Außerdem wolle man ihnen gestatten, anständige Gasthäuser besuchen zu dürfen. Durch die Aufhebung dieses Verbotes würde dann der Besuch niedriger Kneipen von selbst aufhören, *„wozu sich leider einige unserer Mitkandidaten herabgelassen haben sollen“*.

Nachdem das Militär künftig nicht mehr durch Hutabnehmen grüßen wird, sollen sich auch die Zivilisten den militärischen Gruß zum Vorbild nehmen und sich von der *„modernen Höflichkeit“* lossagen und durch bloßes Berühren der Kopfbedeckung grüßen. Die Presse bringt in den folgenden Monaten laufend Namen von Bürgern, die sich für die neue militärische Grußart entschlossen haben. Jeder dieser Männer leistet einen Beitrag für die Armenkasse in Höhe von 15 Kreuzern, wofür ein Abzeichen in Gestalt einer rot-weißen Schleife verabreicht wird, welches an der linken Seite der Kopfbedeckung getragen werden soll. Allzu lange scheint aber die Begeisterung für den modernen Gruß nicht angehalten zu haben. Am 4. Januar 1849 findet sich nachfolgender sarkastischer Artikel in der R. Z.[24].

„Aber diese schönen Tage der Begeisterung für Gleichheit auf den Gassen wenigst sind längst vorüber, ein seltener Consequenter noch zeigt das Freiheitsbändchen drei Zoll überm Scheitel, und allenthalben schwingt die rückkehrende Albernheit wieder Hüte und Kappen. Und wenn sie mir so begegnen die Reaktionäre des April in der Dezemberkälte mit der ununterbrochenen Telegraphenbewegung, so geht mir ein doppeltes Zucken durch die Gesichts-Muskeln, rechts zum Lachen, links zum Weinen, wie dem Hanswurst; aber meinen Filz rücke ich um keinen Preis. Aber noch absurder ist, da ziehen einige gar den Hut mit samt der verbleichten Schleife, — o ihr Mühltreter der Gewohnheit; ja so ist es: dem Deutschen wächst die abgelegte Torheit wieder nach, wie dem geschorenen Pudel die Wolle, und auf die reproduktive Eigenschaft der deutschen Natur wird so glücklich spekuliert. Nun denn ihr 285 Verschworenen! Nehmt hin dies Memento, das euch mein stets bedecktes Oberhaupt zuruft mit freundlicher Warnung; denn anno 49 werde ich euere Namen schonungslos wieder abdrucken lassen, um sie im Gedächtnis des Publikums aufzufrischen, wahrhaftig nicht zur Ehre euerer Konsequenz. Also aufgemerkt! Ich leid's nun einmal nicht, daß ihr mir und euch und der Verständigkeit untreu werdet“.

Vorerst ist man aber noch begeistert, und seit Freitag, dem 7. April 1848, weht auf dem Rathausturm die deutsche Fahne, umgeben von acht kleineren Fahnen in den bayerischen Farben.

[23] R. T. Nr. 75, 15. März 1848.
[24] R. Z. Nr. 4, 4. Januar 1849.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0043-1
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

Die Presse im Revolutionsmonat

In der Presse werden die laufenden Ereignisse meist in langen Artikeln besprochen. Jetzt, nachdem die Freiheit der Presse verkündet worden war, braucht man kein Blatt mehr vor den Mund zu nehmen. Man darf über alles sprechen, auch über die Vergangenheit, wo man nach den Sündenböcken sucht, nach denen, welchen die Völker ihre dreißigjährige Knechtschaft zu verdanken haben. Nach der Vergangenheit beschäftigen sich die Artikelschreiber vor allem mit der Zukunft, die sie in hellstem Glanze sehen. Nun muß alles werden. Deutschlands Einheit wird nicht mehr lange auf sich warten lassen. Aber auch der Haß zwischen den Völkern, zwischen den Menschen untereinander, das Mißtrauen zwischen Regierenden und Regierten, das alles wird schwinden. Daneben gibt es aber fast kein Gebiet des öffentlichen Lebens, das nicht geeignet wäre, Stoff für einen längeren oder kürzeren Leitartikel zu liefern. Über die zukünftige Struktur Deutschlands, ob Bundesstaat oder Staatenbund, ob Monarchie oder Republik, über Erbkaisertum oder Wahlkaisertum, darüber wird schon gesprochen und geschrieben, bevor diese Fragen in Frankfurt akut werden. Der ständige Kommentator und Verfasser der Leitartikel in der Regensburger Zeitung ist der Literat Dr. J. A. Pangkofer. Wöchentlich schreibt er für die R. Z. mehrere Artikel, in der ersten Zeit, im März und April, fast täglich. Er macht seine Leser darauf aufmerksam, daß die unter seinem Zeichen geschriebenen Aufsätze aus einem geschlossenen und konsequenten System von Ansichten über Politik und Staatswirtschaft hervorgehen, wie er sie in Nr. 16 dieses Blattes summarisch dargelegt hat[1]. Im Januar 1849 verteidigt er sich in der R. Z. in einem *„Selbstapologie"* überschriebenen Aufsatz vor seinen Verleumdern und Verdächtigern, die ihm vorwerfen, aus seinen Artikeln *„röche man den roten Republikaner heraus"*, und daß er um Lohn auch anders schreiben würde. Seit seinen Jünglingsjahren, schreibt er, sei er in Poesie und Prosa stets für Freiheit und Wahrheit eingetreten, früher unter dem Druck der Zensur, jetzt in den Tagen der Pressefreiheit[2].

Die Artikel des März stehen vorerst unter dem Zeichen der Abrechnung mit der Vergangenheit. Die Pressemeldung, daß Louis Philipp in England gelandet ist, gibt Anlaß zu einer kurzen Betrachtung über das Verhältnis der Fürsten zu ihren Völkern[3]. Das Mitleid, das man überall dem alten Monarchen entgegenbringt, ist falsch am Platze. *„Gefallene Könige werden kein Mitleid mehr finden, weder bei ihren Zeitgenossen, noch in der Geschichte jemals; denn Könige können sich nur selber stürzen durch Mißbrauch des Rechts und Verletzung der Pflichten. Ihr Recht und ihre Pflicht besteht allerdings darin, die Völker zu beglücken; aber man beglückt niemand gegen Willen und Wunsch"*. Draum müssen die Fürsten auf die Wünsche der Völker hören und sie erfüllen, sofern sie gerecht und billig sind, denn *„sie sind Fürsten um der Völker willen, und nur dadurch von Gottes Gnaden"*. Gott, der die ungerechten Fürsten zu Fall bringt, straft auch die ungerechten Völker. Aber auch die Fürsten sind Menschen,

[1] R. Z. Nr. 82, 22. März 1848.
[2] R. Z. Nr. 10, 10. Januar 1849.
[3] R. Z. Nr. 72, 12. März 1848.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0044-7
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

und die Völker mögen ihre Schwächen verzeihen, solange sie nicht rechtsverletzend für die Völker sind. Und zum Schlusse heißt es, der Papst, als der Gerechteste unter den Sterblichen, solle ein ernstes Wort der Mahnung und Warnung an die Fürsten richten, um die Weltgeschichte in die Bahnen der Gerechtigkeit zu lenken.

In einem anderen Artikel, *„Dankadresse an Metternich, dem man alles verdankt“*[4], läßt er seine Wut an dem ehemaligen österreichischen Staatsminister aus. Wem hat Deutschland seine jüngsten Erfolge zu verdanken? Frankreich oder den romanischen Völkern im Süden? Nein, gerade denen, die alles verhindern wollten, die dreißigjährige Mühe aufwendeten, um alles zu verhindern durch Schlauheit, List, Niederträchtigkeit, Meineid. Dem *„Repräsentanten, der Personifikation des schlechten Systems“*, Metternich natürlich. Ihm solle man eine Dankesadresse nachschicken. Er ist an allem schuld, er hat ganz Europa inspiriert, aber wir müssen ihm danken, und *„mag ihm das diplomatische Herz brechen ob diesem Dank“;* denn er hat Deutschland stark und einig gemacht.

Ein anderer Artikel befaßt sich mit dem deutschen Bund, mit seiner Stellung zum deutschen Volk[5]. Hätte der deutsche Bund, der eine Gründung von Fürsten ist, Bedeutung und Kraft gewinnen sollen, so hätte er volkstümlich werden müssen, er aber ist volkswidrig, von der Nation mißachtet und gescheut. Durch seinen Aufruf an die Deutschen, unter der Einwirkung der Ereignisse im Westen, worin sie zur Eintracht und Ruhe ermahnt werden, habe er überall nur Heiterkeit hervorgerufen. Es ist traurig, daß die oberste Behörde einer Nation zur Mißachtung noch die Lächerlichkeit ernten muß. So ist ihm der neuerwachte Genius des Volkes zuvorgekommen, deutsche Deputierte haben sich in Heidelberg versammelt. Bald werden sie als deutsche Nationalversammlung zusammentreten, und was bleibt dem Bunde anderes übrig, als sie zu adoptieren, denn in ihm steckt keine schaffende Kraft mehr. Der Betrachter kommt zu einer Vorschau. Wie in den Einzelstaaten, so werden in der Nationalversammlung *„die republikanischen Formen in einer monarchischen Einheit Kraft und Bestand gewinnen, — wir werden eine Zentralgewalt — oder wie sonst genannt — erleben, in der Fürsten und Völker zusammenwirkend die erste wahre Eintrachtstat feiern“*. Aber wie wird nun das Verhältnis zwischen der Zentralregierung und den einzelnen Landesregierungen? Das stellt er sich denkbar einfach vor. *„Die Antwort ist ganz einfach“*. Alles, was die Einheit Deutschlands betrifft, nach außen wie nach innen, gehört in das Bereich der Zentralregierung, das sind z. B. Flotte, Heer-, Gesandtschafts-, Handelswesen, Verträge mit fremden Nationen, Entscheidung über Krieg und Frieden. *„. . . nach außen also aktiver Natur; nach innen mehr passiver, einwirkend auf Harmonie der Gesetzgebung, des Handels und des Verkehrs“*. Konflikte kann es da kaum geben, und wenn solche aufkommen, zwischen Zentralregierung und Einzelstaaten, zwischen diesen untereinander, zwischen Regierungen und Fürsten, so ist *„die National-Repräsentation auch das Schiedsgericht“* zwischen Einzelstaaten und dem Zentrum, und über die Entscheidung gibt es keinen Zweifel mehr; denn *„die Urteile dieses National-*

[4] R. Z. Nr. 80, 20. März 1848.
[5] R. Z. Nr. 78, 18. März 1848.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0045-3
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

gerichts sind sanktioniert von der Allmacht der öffentlichen Meinung . . .". So wird aus einem toten Körper ein begeisterter Leib. Und dessen erste Stimme, so schließt diese zukunftsfrohe Betrachtung, wird sein: *„Ein Te Deum! Amen"*.

Auch mit den außenpolitischen Fragen beschäftigt man sich. Wird es einen Krieg geben? fragt die R. Z.[6]. Kaum, meint sie. Die beste Gewähr für den Frieden bietet die Anerkennung der französischen Republik durch England. Sollten Österreich, Preußen oder Rußland ein Interesse daran haben, die Republik anzugreifen, so würde es ihnen an den notwendigen Subsidien von seiten Englands fehlen. Österreich ist außerdem im Innern mit sich selbst beschäftigt, es gibt Konflikte zwischen Regierung und Volk, dazu hat es in Italien einen wunden Fleck. Deutschland aber würde einen Angriffskrieg Preußens oder Österreichs nicht unterstützen, da es selbst, vor allem aber die süddeutschen Staaten, mit der französischen Republik sympathisiere. Wenn es nun schon keinen Angriffskrieg gibt, wie steht es dann mit einem Verteidigungskrieg? Voraussetzung dafür wäre ein Angriff von seiten der französischen Republik. Die jüngste französische Republik unterscheidet sich aber himmelweit von der aus der ersten Revolution hervorgegangenen. Die Tendenzen jener Zeit sind nicht die der jetzigen französischen Regierung. Da die jetzige französische Republik eine neue Organisation der Arbeit durchzuführen beabsichtigt, hat sie jedem Angriffskrieg entsagt. Auswärtige Kriege gibt es also kaum. *„Zu fürchten wäre nur, wenn eine deutsche Großmacht — etwa Preußen gegen Sachsen — in heilloser Verblendung die Regierungen gegen die Anforderungen des Volkes, gegen die zeitgemäßen, und den süddeutschen konstitutionellen Staaten bereits zugestandenen Anforderungen durch militärische Interzessionen unterstützen wollte, ja dann hätten wir Krieg, Bürgerkrieg — Umsturz alles Bestehenden, zuerst der Throne"*.

Nur das kleine Dänemark kann seinen Appetit auf Schleswig-Holstein nicht zähmen, während alle Völker, wie auf Verabredung, sich ruhig halten und einander nicht stören[7]. Aber gut so, dann wird gleich für immer Ruhe geschaffen. Diese Krisis ist bald vorüber, eine kleine Übung für deutsche Freischaren, wenn sich nicht fremde Völker dreinmischen; denn dann gibt es Krieg.

Aber wer sollte ein Interesse daran haben außer Rußland? Der Zar sieht sich durch die neuen Weltbegebnisse mit seiner Eispolitik gänzlich isoliert und ist dem Haß aller Völker preisgegeben. Aber wenn schon Krieg, dann wird halt *„das Schlußexperiment der europäischen Umgestaltung"* ein bißchen blutiger, aber dafür um so schneller ablaufen. Wie sieht es dann aus? *„Dänemark wird national begrenzt; Schleswig-Holstein frei; der Sundzoll hört auf; die Ostsee-Provinzen mit Altpreußen sollen zum deutschen Bund; Polen erhebt sich und befreit sich, Deutschland gibt an dasselbe die angerissenen Gebiete zurück und sühnt freiwillig die alte Sündenschuld, dafür empfängt es die Donaumündungen und die offenen Dardanellen"*.

„Der moralische Grundsatz muß zum politischen werden in der Staatsgeschichte. Liebe deinen Nächsten wie dich selbst", so heißt es in einem

[6] R. Z. Nr. 77, 17. März 1848.
[7] R. Z. Nr. 85, 25. März 1848.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0046-9
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

anderen Artikel, *„Polen und Sühne“*[8], der sich mit der polnischen Frage beschäftigt. *„Übrigens wird Deutschland — als Deutschland schon demnächst ein bißchen in der Weltpolitik mitsprechen, was leicht ein ganz klein wenig Einfluß auf Kleinasien haben könnte, Syrien, Ägypten etwa, und veranlaßte dieser Einfluß Zivilisation und christliche Ansiedlung und Bevölkerung, so wäre dies der Welt gerade keine Schande“.*

In zwei Artikeln rechnet das Tagblatt mit Friedrich Wilhelm von Preußen ab[9]. *„Wir verwerfen diesen König, den unser Parlament nicht berufen, unser Vertrauen nicht erwählt hat, der sich selbst aufwerfen will als Oberhaupt, um an den reinen Purpur unseres neuen Reiches die blutbefleckte Hand zu legen“.* König Wilhelm IV., der vor kaum einem Jahr noch aussprach, daß ihn keine Macht der Erde dazu bewegen könne, Rechte zu garantieren und eine Volksrepräsentation zu berufen, der es ablehnte, ein konstitutioneller Herrscher zu sein, *„der eine brutale Soldateska aus seiner Hauptstadt erst dann entfernen ließ, als das heldenmütige Berlin nach einer furchtbaren Bluttaufe siegreich und großmütig aus dem heißen Kampfe hervorging“,* möchte sich nun an die Spitze der deutschen konstitutionellen Bewegung stellen. Das edle preußische Volk darf bei der deutschen Bewegung nicht fehlen, *„allein der König von Preußen hat seinen hohen Ruf nicht verstanden, und sich unfähig gemacht, ihn zu erfüllen. Das deutsche Volk wird daher gegen seinen jetzigen Entschluß das entscheidendste Veto einlegen“.*

Die Wahl eines Abgeordneten zur Nationalversammlung

Nachdem durch die Presse die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung für den 28. April bekanntgegeben worden waren, begann man auch in Regensburg mit den Vorbereitungen zur Wahl. In den ersten Apriltagen vereinigte sich ein kleiner Kreis von Männern zur Besprechung vaterländischer Interessen, besonders im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen zur deutschen Nationalversammlung. Zunächst sollte jeder seine Freunde und Bekannten einladen zu einer größeren öffentlichen Zusammenkunft. Diese fand am 15. April im Gasthaus zum „Goldenen Lamm“ statt. Sie wurde von Dr. Gerster, dem spiritus rector des sogenannten Lammklubs, mit einem Vortrag eröffnet. Er wies auf das rege deutsche Leben und auf die Bildung politischer Vereine in anderen Städten hin. Regensburg werde hierin nicht zurückstehen. Freiheit und Gesetzmäßigkeit sei der Wahlspruch, der Bayern selbst von seinem König gegeben worden sei. Keiner darf des anderen politischen und religiösen Glauben unterdrücken. Man soll auch nicht gleich jeden Mann, der ein warmes Herz und ein lebendiges Wort für das Vaterland hat, der jedem Kastengeist sich widersetzt und in jedem Menschen Gottes gleiches Ebenbild erkennt, als Wühler, Aufwiegler, Republikaner verdächtigen; denn dieses Verdächtigen sei stets eine Waffe der Reaktion, des Konservatismus und der Stabilitätsmänner gewesen. Eine Republik halte er für die deutschen Zustände nicht geeignet,

[8] R. Z. Nr. 91, 31. März 1848.
[9] R. T. Nr. 88, 28. März und Nr. 90, 30. März 1848 (Beilage).

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0047-5
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

aus innerster Überzeugung trete er für die konstitutionelle Monarchie ein[1].

Nach einigen Debatten beschloß man von der Gründung eines Volksvereins wie eines politischen Klubs vorerst noch abzusehen und nur für die Wahlen tätig zu sein. Man wählte zu diesem Zwecke ein Komitee, welches eine Liste von Wahlmännern anfertigen, diese zur Begutachtung vorlegen und in einer öffentlichen Versammlung allgemeine Übereinstimmung erzielen sollte.

Eine andere Gruppe Regensburger Bürger hatte sich am 16. April in der „Glocke" zusammengefunden. Diese Versammlung, etwa zu $^5/_6$ aus Bürgern, der Rest aus Beamten, Advokaten und Ärzten bestehend, traf ebenfalls Vorbereitungen zur Wahl.

Diese beiden Klubs hielten, jeder für sich, eine öffentliche Volksversammlung ab, der Glockenklub am 17. April, der Lammklub am 18. April im Neuhaussaal. Da die beiden Vereinigungen die gleichen Absichten verfolgten, nämlich die Aufstellung von Wahlmännern, so tauchte der Wunsch auf, die Ausschüsse beider Klubs zu verschmelzen. Schließlich kam man aber zu dem Entschluß, separate Listen von Wahlmännern aufzustellen und diese dann am Schluß zu vereinigen. Der Lammklub, ursprünglich schwächer als der Glockenklub, verstärkte seinen Ausschuß um vier Mann, um ihn der Stärke nach dem anderen Klub anzugleichen. Der Glockenklub stellte vor allem für die äußeren Wahlbezirke Kandidaten auf. Im ganzen entstand schließlich eine Liste von 72 Wahlmännern.

Alle diese Versammlungen fanden unter großer Anteilnahme der Öffentlichkeit statt, verliefen aber im allgemeinen ruhig. *„Es ist erfreulich zu sehen"*, schreibt die Presse[2], *„wie auch hier die Teilnahme am politischen Leben zu erwachen beginnt. Wer hätte dies nach jahrelanger Bevormundung, welche jede selbständige Regung unterdrückte, jedes Wort an polizeiliche Genehmigung band, ahnen mögen! Ein politischer Takt, jene Sicherheit, mit welcher z. B. der längst freie selbständige Engländer auftritt, kann freilich noch nicht erwartet werden; die Übung wird jedoch bald das rechte Geleise finden lassen"*. Im übrigen ist die Zahl gesinnungstüchtiger Männer hier auch nicht geringer als an anderen Orten, wenn man auch hier nicht so viel Lärm macht wie anderswo. Es beweist, daß auch hier eine achtbare Bürgerschaft nach Einigung und nach einer friedlichen Lösung der stürmischen Fragen der Zeit strebt. Einen *„freundlichen Rat"* möchte die R. Z. aber doch geben: Immer den Hauptzweck im Auge behalten, um Kleinigkeiten nicht streiten, persönliche Meinungen zurückhalten, das ist dann patriotisch und parlamentarisch klug. Aber das gibt sich schon im Laufe der Zeit, das gehört zu den parlamentarischen Kinderkrankheiten.

Die Liste der Wahlmänner findet in der Presse keine Billigung[3]. Sie müßte doppelt so stark sein. Charakter und Gesinnung der Leute könne man zwar nicht anzweifeln, aber mit der politischen Einsicht ist es nicht so weit her. Viele wüßten nicht einmal, worum es sich überhaupt handelt. Und wenn es die Wahlmänner nicht einmal wüßten, wie können sie dann in ihrer Gesamtheit den für den Reichstag geeignetsten Mann erkennen? Den Wählern wird geraten, sich distriktsweise zu versammeln und die

[1] R. T. Nr. 110, 19. April 1848.
[2] R. T. Nr. 111, 20. April 1848.
[3] R. Z. Nr. 114, 24. April 1848.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0048-0
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

Wahl ihrer Leute ganz selbständig zu besprechen. *„Wir wollen uns hüten, den Gewählten schon vor der Abreise mißbilligen zu müssen“.* Wahlberechtigte verschiedener Bezirke finden sich auch am Vorabend der Wahl zusammen, um sich über die Wahl der Wahlmänner zu besprechen. Diese fand am 25. April statt, die Wahl des Abgeordneten am 28. April.

Am 24. April hält das Tagblatt eine Vorschau auf die kommende Wahl. Die meisten Augen richteten sich auf den Kreisrat Reitmayr und auf den Gutsbesitzer Adolph von Zerzog. Beide sind Ehrenmänner, schon seit Jahren, nicht erst seit gestern, entschieden freisinnig, mit hoher politischer Bildung und Einsicht begabt, sie würden ihren Rang einnehmen unter den Besten der Versammlung. Die Zeitung bringt selbst einen Mann in Vorschlag, Bürgermeister Behr aus Würzburg, der längere Zeit in Regensburg weilte. Man soll diesem edlen Märtyrer der Freiheit wenigstens eine Ersatzstimme geben[4].

Am 29. April fand die Wahl des Abgeordneten statt. Nach einleitenden Worten des Regierungskommissärs von Podewils wurde von dem Arzt Dr. Popp in einer Rede vor den Wahlmännern der Gutsbesitzer Adolph von Zerzog empfohlen, der *„mit wenigen Worten“* seine Bereitwilligkeit zusicherte. Aber gleich aus dem ersten Wahlgang ging mit 77 unter 132 Stimmen der Kreis- und Stadtgerichtsrat Reitmayr hervor. Mit einem *„kraftvollen Ja“* nahm er die Wahl an, in *„kurzer ergreifender Rede“* trat er für Recht, Ordnung und Gesetzmäßigkeit ein, für konstitutionelle Monarchie, für Deutschlands Eintracht und für die Treue zum bayerischen König. Als Ersatzmänner wurden gewählt der Gutsbesitzer Adolph von Zerzog und als zweiter Ersatzmann der pensionierte Gymnasialprofessor Franz Michael Rötschmayer, der seit 1838 politische Leitartikel im „Regensburger Tagblatt“ schrieb. Reitmayr war auch in den Bezirken Neunburg v. W. und Weiden zum Abgeordneten gewählt worden; da er dem Ruf Weidens folgte, so trat an seine Stelle der erste Ersatzmann A. v. Zerzog.

Waren die Regensburger bei dieser Wahl betrogen worden? Wurde ein Mann ihr Deputierter in Frankfurt, der ihr Vertrauen nicht besaß? Ganz schien man in Regensburg mit dem Ergebnis der Wahl nicht einverstanden gewesen zu sein. Die Augsburger Postzeitung nimmt zur Wahl in Regensburg Stellung, sie hatte eine Zuschrift aus Regensburg erhalten. Es heißt da[5]: Es wurde nicht der *„vorgeschobene Kandidat eines hiesigen Klubs“,* nämlich Zerzog gewählt, sondern mit großer Mehrheit der Kreis- und Stadtgerichtsrat Reitmayr, obwohl Zerzog von Dr. Popp unmittelbar vor der Wahl vorgeschlagen worden war. Erst durch dessen Einfluß wäre dann Zerzog, der, dieser Meldung zufolge, sonst wohl ganz durchgefallen wäre, als Ersatzmann gewählt worden. Da nun auch in anderen Wahlbezirken, in Weiden und Neunburg v. W., die Wahl auf Reitmayr gefallen war, so verzichtete dieser zugunsten Zerzogs. Damit ist nun der Schreiber dieser Zeilen nicht zufrieden. Man zweifelt an der Tüchtigkeit Zerzogs für diesen Posten.

„Hätten wir jemand zu ergötzenden Feierlichkeiten, zum Ausbringen lustiger, mitunter aber auch roher und gegen wirkliche oder vermeintliche Gegner wegwerfender Trinksprüche nach Frankfurt zu senden, so würden

[4] R. T. Nr. 113, 24. April 1848.
[5] Abgedruckt im R. T. Nr. 125, 6. Mai 1848.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0049-9
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

wir mit dem Wechsel vollkommen zufrieden sein. Nun aber handelt es sich dort um die Vertretung der wichtigsten Interessen des Vaterlandes, wozu nicht bloß eine lebendige Phantasie und ein warmes Herz, sondern auch ein durchgebildeter Geist gehört. Darum ist die Unzufriedenheit mit der bevorstehenden Zession eine weitgreifende, um so mehr, als auch sonst noch die betrübendsten Gerüchte zu unsern Ohren kommen".

Reitmayr wird der Vorwurf gemacht, daß er gewußt habe, daß er auch anderswo gewählt werde und daß er für diesen Fall den von ihm zum ersten Ersatzmann Vorgeschlagenen seinen Rücktritt zu dessen Gunsten zugesichert habe. Die Wähler wären also betrogen worden, nicht Zerzog, sondern Reitmayr habe dem Wahlergebnis nach ihr Vertrauen. Zerzog sei aber nur auf sein (Reitmayrs) *„eindringliches Fürwort hin, aus Gefälligkeit gegen seine Person"* und aus *„übertriebener Generosität"* zum Ersatzmann gewählt worden. Reitmayr verteidigt sich gegen diesen Vorwurf. Er habe nicht gewußt, daß er noch anderswo Aussicht auf einen Wahlerfolg hätte. Er habe nach dem Wahlgang nicht seine Wahl für Regensburg angenommen, wonach auch die Frage des Wahlkommissärs lautete, sondern nur die Wahl eines Abgeordneten, die Entscheidung darüber, welches Mandat er im Falle einer Doppelwahl annehmen werde, habe er sich vorbehalten, es sei ihm auch von der kgl. Regierung die Entscheidung darüber freigestellt worden, was nicht hätte geschehen können, wenn man seine Zusage beim Wahlakt in Regensburg als Annahme der Wahl für Regensburg betrachtet hätte. — (Er hatte demnach also doch erwartet, daß er noch in einem anderen Wahlbezirk gewählt werden würde!) — Er selbst habe sich nirgends um seine Wahl beworben, da ihm seine Berufspflichten nicht ausreichend Zeit für höhere politische Studien gelassen hätten. Daß er im Falle einer Doppelwahl wirklich erklärt habe, zugunsten Zerzogs zurücktreten zu wollen, könne man ihm nicht vorwerfen, da er in mehreren größeren Versammlungen in Regensburg Zerzog als Abgeordneten vorgeschlagen habe.

Zerzog hatte dennoch das Vertrauen des größten Teils der Wählerschaft. Als später im September, bei der Abstimmung in der Paulskirche über den Waffenstillstand mit Dänemark, der „Nürnberger Kurier" in einem Aufruf an alle Urwähler die Aufforderung richtete, alle diejenigen Abgeordneten zurückzuberufen, die in der Abstimmung vom 5. September nicht für die Sistierung des Waffenstillstandes stimmten, — in diesem Aufruf war auch Zerzogs Name genannt, er hatte bei der Abstimmung gefehlt, — da erklären die Regensburger Wähler, daß sie keinen Grund haben, das bisherige parlamentarische Verhalten Zerzogs zu mißbilligen, und daß sie überzeugt sind, daß Zerzog stets auf eine der Ehre Deutschlands angemessene Weise stimmen werde[6]. Etwas später nimmt auch der Volksverein in Regensburg und Stadtamhof gegen Zerzog Stellung und erklärt, daß er dem Abgeordneten nicht in allen seinen Abstimmungen beipflichten könne[7].

Aber schon vor der Wahl war Zerzog neben Reitmayr unter den Männern genannt, die als Abgeordnete in erster Linie in Frage kommen. In einer Volksversammlung am 24. April wurde von Dr. Popp ein Aufruf Adolph

[6] R. Z. Nr. 260, 18. September 1848.
[7] R. Z. Nr. 264, 22. September 1848.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0050-0
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

von Zerzogs verlesen. In diesem Aufruf wird an die Opferwilligkeit appelliert, um für die großen Aufgaben der Zeit Geldmittel zur Verfügung zu haben. Für die Rüstung und Vermehrung des Heeres, für eine zu gründende Flotte, für die Beschäftigung der Arbeiter, für die Unterstützung der Industrie und des Handels brauche man mehr Geld, als die öffentlichen Kassen zur Verfügung hätten, nicht zuletzt für die zahlreichen Armen und Minderbemittelten unseres Volkes[8].

Das Tagblatt spricht dann einige Tage später von einem *„Aufruf Adolphs von Zerzog an die deutsche Nation“*[9]. Man wird wohl keinen Mißton finden bei den erhabenen Gedanken dieses Mannes, wenn man seine *„schlichte, jedoch nichts destoweniger entschieden würdige Weise seines Tuns und Lebens bereits beachtet hat“*. Man ist überrascht, daß seine Worte in der Öffentlichkeit eine andere Auslegung gefunden haben, wo man sie im Sinne einer unfreiwilligen Abtretung des Eigentums an Minderbemittelte und einer unerlaubten Gemeinschaft, d. h. als Kommunismus, auffaßte.

Sein Wesen kennzeichnen bereits die wenigen Worte, die er am Tage seiner Wahl an die versammelten Wahlmänner richtete[10]. Sie schlossen mit folgenden Sätzen: *„Wollt ihr von eurem Deputirten schöne und lange Reden in den Zeitungen lesen — da müßt ihr euch einen andern suchen! — Wollt ihr, daß ich Regensburg über Bayern und Bayern über Deutschland setze — so müßt ihr einen andern wählen — wollt ihr gar einen, der ja oder nein sagt, wie gerade der Tageswind weht — da bin ich gar nicht zu brauchen! — Ich verpflichte mich nur zu zwei Dingen: 1.) Für die konstitutionelle Monarchie alle Kräfte des Leibes und der Seele einzusetzen und 2.) Alle Fragen, um die es sich handeln wird, fleißig und gewissenhaft zu prüfen — und nur so abzustimmen, wie ich es vor Gott, vor meinem Gewissen und vor dem Vaterlande verantworten kann“*.

Am 3. Mai zogen Mitglieder des Gesangvereins, begleitet von Hunderten größtenteils junger Männer, vor das Haus Zerzogs (Lit. J, Nr. 37) und sangen dort einige vaterländische Lieder. Als er heraustrat und die Vereinsmitglieder *„mit biederem Worte und Händedrucke“* begrüßte, wurden ihm donnernde Hochs gebracht, und man erklärte, *„wie sehr man ihn liebe um seines männlich kargen, aber stets bereiten Wortes willen, das unverwandt jederzeit auf die Ehre des heiligen deutschen Vaterlandes als sein einziges Ziel losgeht“*. Man hatte zu diesem Zwecke ein Lied auf die Singweise des Prinz-Eugen-Liedes gedichtet, das in seinem Inhalt eine Anerkennung für Zerzog ausdrückte. Dieses wurde ihm, in würdiger Weise ausgestattet, übergeben, damit er es zum Volkstag nach Frankfurt mitnehme, zugleich als Ergebenheits-, Huldigungs- und Verpflichtungsadresse und als Ausdruck der Denkweise der versammelten Männer[11].

[8] R. T. Nr. 115, 26. April 1848.
[9] R. T. Nr. 116, 27. April 1848 (Extrabeilage).
[10] R. T. Nr. 124, 5. Mai 1848.
[11] Das Lied besteht aus sieben Strophen. Die erste und vorletzte Strophe lauten:

1. Als Germania, die edle Frauen,
Wollt' den Kaiser wied'rum schauen,
Der sie so verlassen hat;
Ließ sie künden in den Landen,

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0051-6
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

Am Tage nach der Wahl schreibt Dr. Pangkofer in der R. Z.[12], daß die beiden Klubs, der Glocken- und Lammklub, ihre hinterhältigen Absichten gehabt hätten, indem es ihnen nicht nur darum zu tun war, Listen von Wahlmännern aufzustellen, sondern auch darum, Deputationskandidaten zu *„bugsiren"*. Daneben sei dann noch ein dritter Klub anonym aufgetaucht, der seine Wahllisten an den Kirchentüren verteilen ließ. Ein anderer Artikel[13] erhebt Vorwürfe gegen die *„Ultramontanen"*, die auf ihre Weise, ohne jeden politischen Takt, versuchten, die Wahlen zu beeinflussen.

Der *„durch seinen ultramontanen Verlag in ganz Deutschland wohlbekannte Buchhändler M."* (Manz) ließ unter der Aufschrift *„ein Verein aufrichtiger Anhänger eines gemäßigten Fortschrittes"* ein Verzeichnis von Wahlmännern drucken und durch einen *„unwissenden Gärtner und durch einen ebenso unwissenden Zimmermann in und vor der Domkirche und vor der Emmeramer Pfarrkirche selbst während des Gottesdienstes"* verteilen. Unter den Namen konnte man auch solche *„wackerer Geistlicher"*, welche den Wahlumtrieben dieses *„ultramontanen Broschürenlieferanten"* bestimmt fernstehen, lesen, daneben auch die Namen liberaler und gesinnungstüchtiger Männer, die zur Täuschung der Wählerschaft ohne deren Wissen in die Liste eingeschmuggelt wurden. In der Tat lassen mehrere Honoratioren der Stadt, der fungierende Bürgermeister Satzinger, der Apotheker Leixl u. a. durch die Presse erklären, daß sie mit der Art und Weise, wie am Ostermorgen an Kirchentüren Wahlkandidatenlisten verteilt wurden, nicht einverstanden seien. Die Pfarrgeistlichen erklären, daß die Aufstellung der Listen aus dem Rechte freier Besprechung und Mitteilung hervorgegangen sei, und daß diese auf Wunsch vieler veröffentlicht wurden, dagegen sei die Verteilung an den Kirchentüren ohne ihr Wissen geschehen. *„Weiß ja doch ohnehin bald jedes Kind, daß der Radikalismus jede entschieden positive und zumal katholische Gesinnung „ultramontan" nennt"*[14].

Am 11. Mai reisten die Abgeordneten Zerzog und Reitmayr (dieser für den Bezirk Weiden) nach Frankfurt ab. Von vielen Einwohnern bekamen sie Ehrengeleite bis Etterzhausen. Tags zuvor hatte man ihnen noch ein Ständchen gebracht. Am 13. Mai trafen die oberösterreichischen Parlamentsabgeordneten mit dem Dampfschiff unter Kanonendonner in Regensburg ein.

Daß sie schickten ihre G'sandten
Wohl nach Frankfurt in die Stadt.
6. Am acht und zwanzigsten April so eben
Gab es da ein helles Leben,
Bis man fand den rechten 'raus;
Ward gekämpft auf allen Seiten,
Taten alle herzhaft streiten:
'S war fürwahr ein harter Strauß.

(Conversationsblatt Nr. 58, 17. Mai 1848).

[12] R. Z. Nr. 120, 30. April 1848.
[13] R. T. Nr. 116, 27. April 1848.
[14] R. T. Nr. 118, 29. April 1848 (Beilage).

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0052-1
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

Unruhen unter der Bürgerschaft

Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß sich die Handwerker der Stadt in einer sehr schlechten, fast hoffnungslosen Lage befanden, die keine Aussicht auf baldige Besserung bot. Seit den Märzereignissen hielten die ärmeren Bürger der Stadt die Zeit für günstig, um ihre Beschwerden öffentlich auszusprechen und dem Stadtmagistrate vorzulegen[1]. In mehreren Bürgerversammlungen wurden die Beschwerdepunkte festgelegt und von einem Komitee dem Magistrat übergeben. *„... es ist herangenaht die goldene Zeit, wo es jedem, auch dem ärmsten Bürger erlaubt ist, frei und offen aufzutreten, und die bedeutende Frage aufzuwerfen: Was heißt das Wort Bürgerrecht? Es ist gekommen die (Gott sei gedankt) selige Stunde, wo man fragen kann, und darf: Muß der Bürger beim Eintritt ins bürgerliche Leben bloß darum 60—80—100 Gulden für ein leeres Blatt Papier worauf mit wenigen Worten die Bürgerrechtsprestanta geschrieben stehen, zahlen; während dem er gleichsam wie ein stummer Hund an den großen Baum des schon längst bedauerlichen Schicksals hingeschmiedet, und mit dem Sklavenjoche der Zeit gekettet, von jedem auch dem geringsten Polizei-Soldaten, mit Stolz und Verachtung über die Achsel angesehen und mit dem Vorwurfe belastet werden muß, den oder jene notigen Bürger muß oder wird auch bald der Magistrat zu ernähren haben“.* So schrieb der bürgerliche Nagelschmiedemeister Sauer an das Komitee der Bürgerversammlung und bat, daß man ihm erlauben möge, seine im einzelnen angeführten Beschwerden selber vorzutragen.

Am 10. April übergaben Regensburger Bürger *„als Comité-Mitglieder der in jüngster Zeit zur Verbesserung der städtischen Einrichtungen stattgehabten Bürgerversammlungen“* ihre 6½ Bogen umfassende Beschwerdeschrift dem Magistrat. *„Die unterzeichneten Bürger von Regensburg, mächtig durch die gegenwärtigen Zeitverhältnisse angeregt, fühlen sich gedrungen einem wohllöblichen Stadtmagistrate ihre Wünsche und teilweisen Beschwerden vorzutragen, der sichern Überzeugung lebend, daß die Gemeinde-Bchörde es sich zur größten Aufgabe machen wird, nach besten Kräften abzuhelfen, um dadurch die Gemüter zu beruhigen, und das Vertrauen zu erstarken“.*

Einen Hauptbeschwerdepunkt bilden die Gemeindelasten. Die Stadt erhob trotz der großen Ausgaben keine Gemeindeumlagen, diese wurden erst im Jahre 1869 eingeführt. Bis dahin wurden die laufenden Ausgaben durch Lokalaufschläge gedeckt, durch Aufschläge auf Getreide, Mehl und Fleisch. Um die Aufhebung dieser Lokaltaxen, wie auch um die Abschaffung der Marktgebühren, wodurch die Produzenten vom Markt abgehalten, den Zwischenhändlern aber zum Nachteil der ganzen Bevölkerung der meiste Gewinn zukommen würde, geht es ihnen hauptsächlich. Die Beschwerdeführer geben auch Mittel an, wie das dadurch entstehende Defizit ausgeglichen werden könne. So solle der Staat für die Polizeiverwaltung eine größere Summe bereitstellen. Sie verschlingt jährlich 30000 Gulden, wovon die Stadt vom Staate nur 8000 erhält. Es ist eine bekannte Tatsache, so heißt es, daß bei besonderen Anlässen die Bürger stets zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung mit herangezogen werden. Den Magistrats-

[1] Für das Folgende: R. A. R. 272/11.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0053-7
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

räten wird empfohlen, auf die ihnen gebührenden Remunerationen zu verzichten, außerdem möge man die Zahl der Bediensteten bei der Verwaltung und der Polizei vermindern, sowie die Stelle eines Schrannenmeisters abschaffen. Im einzelnen werden 13 Beschwerdepunkte angeführt. Punkt 7 bittet um mehr Höflichkeit und Achtung der Polizeisoldaten dem Bürger gegenüber. Punkt 11 verlangt, daß man die kgl. Regierung veranlasse, *„daß von ihrer Seite die Gemeinde nicht mit Aufnahmen belästigt wird, wo man im voraus versichert ist, daß die Aufgenommenen der Armen-Cassa zufallen"*.

Der Magistrat verspricht, daß er Abhilfe schaffen werde, wo es ohne Beeinträchtigung der Einnahmen geschehen könne, er erwartet aber auch — und damit appelliert er an den Biedermeiersinn seiner Untertanen —, *„daß anderseits die Bürger- und Einwohnerschaft das bisherige anhängliche Vertrauen zu ihren Gemeindebehörden erhalte und befestige, die Entwicklung der neuen Einrichtung mit Geduld abwarte und sich einander selbst die Hand reiche, um gemeinschaftlich eher und sicherer an das Ziel des gesellschaftlichen Verbandes — Friede, Sicherheit, Glück und Segen, zu gelangen, — daß insbesondere gute Familien- und Hauspolizei gehalten, die Kinder fleißig zum Schul- und häuslichen Unterricht ermahnt, nicht dem Straßenstreunen überlassen, die Lehrlinge ordnungsmäßig beschäftiget, vom Herumlaufen abgewöhnt, nicht in der Abend- noch weniger zur Nachtzeit auf die Straßen gelassen, überhaupt alle Angehörigen zu einem stillen, soliden und gesitteten Betragen aufgefordert werden, auf daß Ordnung, Liebe, Arbeitsamkeit und Mäßigkeit, die Grundlagen der wahren und dauerhaften Glückseligkeit auf Erden, stets mehr erblühen und erstarken können"*.

Mit einer solchen Antwort geben sich aber die Bürger nicht zufrieden, sie verlangen eine sofortige Abhilfe in den Punkten, wo dies unverzüglich möglich sei. Vor allem protestieren sie gegen die angehängte *„Sittenpredigt"*, hauptsächlich deswegen, weil diese im Tagblatt nicht abgedruckt wurde, während sonst die Antwort des Magistrats im R. T. veröffentlicht worden war. Warum, fragen sie, wurde diese Sittenpredigt nicht wiedergegeben? Hat sich der Magistrat wohl gescheut, seine Machtlosigkeit in der Handhabung einer ordentlichen Sittenpolizei einzugestehen, oder soll es etwa ein Tadel gegen die vorgebrachten Beschwerden sein? In einem Bericht an die Kreisregierung über die Bürgervorstellung stellt der Magistrat fest, daß die Polizeimannschaft in neuester Zeit wie ein höchst verhaßtes Organ verfolgt und auf alle mögliche Weise verhöhnt und herabgewürdigt werde.

Nur einmal im Revolutionsjahr wurde die öffentliche Ruhe und Ordnung in der Stadt ernstlich bedroht. Der Anlaß dazu war alles andere als politischer oder sozialer Natur[2]. Im benachbarten Stadtamhof war am Abend des 10. Juli eine Rauferei zwischen Soldaten des hiesigen 4. Regiments und solchen des 8. Regiments aus Passau ausgebrochen. Als die Mannschaft der Hauptwache nach Stadtamhof marschierte, um dort die Ordnung wieder herzustellen, wurde der die Abteilung kommandierende Offizier von einem Mann aus dem Bürgerstand aufs gröbste beschimpft. Als der Offizier ihn arretieren wollte, da er sich weigerte, seinen Namen zu nennen, verschwand er unter der Volksmenge und regte diese so auf, daß sie die Soldaten von rückwärts angriff und ihnen die Gewehre zu ent-

[2] R. Z. Nr. 192, 12. Juli und R. Z. Nr. 196, 16. Juli 1848.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0054-3
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

reißen versuchte, so daß sie sich mit dem Bajonett zur Wehr setzen mußten. Die Volksmenge zog daraufhin zur Stadt vor das Rathaus und warf im Magistratsbüro und später auch im Reichssaal, in dem Soldaten des Passauer Regiments einquartiert waren, mit großen Pflastersteinen die Fenster ein. Unbewaffnete Soldaten wurden auf dem Weg zu ihren Quartieren von der Volksmenge mißhandelt und verletzt. Versuche des Regierungsdirektors von Hohe, die Menge zu beschwichtigen, waren vergebens. Nun wurde Generalmarsch geblasen. Kaum hatten die Tamboure der Landwehr, denen eine Bedeckung von fünf Mann mitgegeben worden war, das Rathaus verlassen, so wurden sie mit Steinen und auch mit Waffen angegriffen und in der Nähe des Goldenen Kreuzes so stark bedrängt, daß zwei Soldaten von der Schußwaffe Gebrauch machen mußten, worauf die Verfolgung für den Augenblick eingestellt wurde. Eine andere Patrouille von acht Mann, die zur Hauptwache geschickt wurde, um dem Stadtkommandanten zu melden, daß die Angriffe gegen das Rathaus immer ernster werden, wurde ebenfalls mit Steinwürfen und Pistolenschüssen so hart angegriffen, daß kein Mann unverletzt blieb. Als die Soldaten Feuer gaben, verteilte sich das Volk und blieb von da an ruhig. Inzwischen waren auf den Generalmarsch hin die Landwehr und Stadtwehr erschienen und hielten die wichtigsten Punkte der Stadt bis ein Uhr nachts besetzt. Getötet wurden zwei Handwerksgesellen, acht erhielten Verwundungen, einer davon soll einen Schrotschuß erhalten haben, der von keinem Soldaten stammen konnte. Neun Soldaten wurden geringfügig verwundet.

Die kgl. Regierung wie auch die Presse betonen, daß die Unruhen weder politischen noch sozialen Charakter trugen. Es waren lediglich einige Übelgesinnte gewesen, die die niederen Volksklassen aufgereizt hatten, sich in die Streitigkeiten der Soldaten einzumischen. So beklagenswert diese Vorfälle auch seien, so hat sich doch im großen und ganzen die Ordnungsliebe wieder bewährt, von welcher der entschieden größte Teil der Bewohner der Stadt beseelt ist. Die Regierung appelliert an die Gutgesinnten: *„Sie werden nicht dulden, daß der auch jetzt wieder erworbene Ruhm des Festhaltens der hiesigen Stadt an Gesetz und Ordnung in Mitte einer vielbewegten Zeit durch die böswilligen Aufreizungen einzelner Exzedenten in einem Augenblick geschmälert werde, in welchem das erfreuliche Ereignis der Wahl des deutschen Reichsverwesers die Herzen aller echt deutschen Patrioten mit Jubel erfüllt und zur neuen tatkräftigen Unterstützung der gesetzlichen Ordnung aufmuntert“.*

Die Tagesereignisse wirken sich erregend auf alle Bürger aus, auch auf Wissenschaftler und Forscher. *„Es ist nicht zu verwundern, wenn in einer so sturmbewegten Zeit wie in der jetzigen, wo die Herrschaft der Politik alle wissenschaftlichen Bestrebungen in den Hintergrund zu drängen sucht, der Eifer im Betriebe des stillen Studiums der Geschichte erkaltet und nur wenige Früchte historischer Forschungen der Öffentlichkeit entgegenreifen“.* So klagt der Chronist des Historischen Vereins für Oberpfalz und Regensburg, der fürstl. Domänenrat Josef Mayer in seinem Bericht über das Geschäftsjahr 1848[3]. Joseph Rudolph Schuegraf[4], einer der be-

[3] VO 12, 1848 S. 327.

[4] Hugo Graf von Walderdorff, Joseph Rudolph Schuegraf, der verdiente bayerische Geschichtsforscher, in: VO 27, 1871 S. 341 f. u. 388.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0055-9
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

deutendsten Geschichtsforscher des oberpfälzisch-niederbayerischen Raumes, nimmt zu den Zeitereignissen Stellung in den streitbaren Flugschriften *„Welcher Mittel bedient sich die Demokratie, um die Fürsten zu stürzen und die Völker zu blenden?"* und *„Untreue schlägt den eigenen Herrn oder Übermut führt zum Falle. Charaktergemälde von Revolutionsmännern alter und neuer Zeit"*.

Die Zeitlage beleuchtet auch folgende literarische Notiz[5] der „Regensburger Zeitung" vom 22. November 1848.

„In einer Zeit, wie die unsrige, wo der Kampf der politischen Parteien die Aufmerksamkeit des Publikums so sehr auf sich zieht, daß die Schöpfungen der Wissenschaft und der Kunst fast ganz außer acht gelassen werden und nur noch die Zeitungen bereitwillige Leser finden, wo die Presse als Werkzeug der ungebundensten Leidenschaftlichkeit in scheußlichen Flug- und Kreuzerblättern eine Literatur zu Tage fördert, die statt zu bilden und zu veredeln, schamlos den Raub am Eigentume und den Mord der politischen Gegner vergöttert und das Volk in die tiefste Barbarei zurückzuwerfen droht, — ist es doppelt erfreulich, wahrzunehmen, daß die ernsten und humanisierenden Studien doch hie und da noch ein Asyl haben, in dessen schimmernder Einfriedung, ungestört von den Wirren einer bis zum Grunde aufgeregten Welt sie ihre stille, keusche Tätigkeit entfalten können. Eine solche Erscheinung bildet der eben im Drucke vollendete zweite Teil von Schuegrafs „Geschichte des Domes von Regensburg und der dazu gehörigen Gebäude" . . . Der Historische Verein der Oberpfalz und von Regensburg, unter dessen Auspizien das Werk zur Vollendung gebracht wurde, hat sich hiedurch in der Tat ein großes Verdienst um die vaterländische Geschichte und Kunstgeschichte erworben. . . . Ehre den Männern, welche inmitten der tosenden Revolutionsstürme treu die heilige Flamme der Wissenschaft bewachen".

Regensburgs Bemühungen Hauptstadt des Reiches zu werden

Die Deputation der Nationalversammlung, die Erzherzog Johann die Nachricht von seiner Wahl zum Reichsverweser nach Wien brachte, kam am 2. Juli durch Regensburg. Der amtliche Bericht des Stadtmagistrats vom 3. Juli lautet: *„Die Deputation kam — nachdem sie sogleich zur Walhalla fuhr — erst abends neun Uhr dahier an, wurde feierlich mit Lebehoch's empfangen und erhielt nebst dem Personal des Magistrats und der Gemeindebevollmächtigten von vielen Bürgern und Honoratioren Besuche, wobei man wacker redete, zechte und überhaupt sehr lebhaft sich unterhielt"*[1].

An diesem Tage flatterten von vielen Häusern Fahnen in den deutschen Farben, und da, wo die Eile eine Anschaffung von deutschen Fahnen nicht erlaubt hatte, behalf man sich mit den bayerischen Farben, die man durch eine angehängte dreifarbige Schleife dem festlichen Ereignis

[5] VO 13, 1849 S. 417 f.
[1] R. A. R. 10/9.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0056-4
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

anpaßte. Bis Etterzhausen waren Mitglieder des Stadtmagistrats und Abgeordnete der Gemeindebevollmächtigten mit vielen Einwohnern der Stadt der Deputation entgegengefahren. Umgeben von einer Schar berittener Bürger zogen die hohen Gäste zur Stadt und fuhren sogleich zu Schiff nach Donaustauf, um die Walhalla zu besichtigen. Erst am Abend trafen sie in der Stadt ein. Hier stiegen sie im Gasthof zu den „Drei Helmen" ab[2]. Vor dem Absteigequartier hatte sich eine tausendköpfige Menschenmenge eingefunden, die durch viele Hochrufe die Männer an die Fenster lockte. Es war für Regensburg ein nationales Fest, als die Deputierten das Wort ergriffen und vom Fenster aus zur Menge sprachen. Herr Dr. Jucho aus Frankfurt *„dankte für den herzlichen Empfang und des Volkes Teilnahme, er sprach von der Vorzeit Regensburgs, das fast zwei Jahrhunderte lang die damaligen Vertreter Deutschlands in seinen Mauern gehabt, er wies hin, wodurch das alte Reich zerfallen, wie 1815 ein neuer deutscher Bund gegründet worden, wie aber die Fürsten ihre Versprechungen nicht gehalten, weshalb das Volk seine ihm widerrechtlich vorenthaltenen Rechte und Freiheiten wieder sich habe erringen müssen usw. und schloß mit einem Hoch auf Regensburg"*. Die Rede wurde öfter durch stürmische Rufe der Menge unterbrochen, am Schlusse dankte man dem Redner mit einem begeisterten Hoch.

Um zehn Uhr begab sich der Liederkranz mit seinen Fahnen und mit Wachsfackeln versehen vor das Absteigequartier und brachte den Gästen eine Serenade. Nach dem Vortrag des deutschen Bundesliedes von Perfall und der Hymne von Abbé Vogler begrüßte Dr. Gerster in *„kräftig gereimter Sprache"* die Abgeordneten und schloß mit einem Hoch auf die Gäste und alle, *„welche tagen in Frankfurt für die Freiheit um des Volkes Rechte, und ihm die freie Wahl gewahrt"*. Darauf sprach vom Fenster aus Herr Raveaux, Abgeordneter von Köln. Er wies in einer mit Begeisterung vorgetragenen Rede zuerst auf das Bundeslied hin, wie dieses Zeugnis gebe von der deutschen Gesinnungsweise und dem Streben und dem Halten an der deutschen Eintracht; er rühmte, wie das bayerische Volk, im Herzen Deutschlands liegend, seine deutsche Gesinnung bezeige, daß es stets seine Ehrenhaftigkeit bewiesen und seinen Fürsten treue Anhänglichkeit bezeigt habe, und dieselbe dem neuen Reichsverweser, unbeschadet der Rechte der eigenen Fürsten, auch betätigen werde. Dr. Gerster dankte dem Redner mit einem Hoch für seine schönen deutschen Worte. Darauf ergriff Heckscher aus Hamburg das Wort und dankte in „inhaltsschweren" Worten für den feierlichen Empfang, welcher der Deputation in Regensburg zuteil geworden. Der Liederkranz sang darauf: *„Was ist des Deutschen Vaterland?"* Beim Abendessen in den „Drei Helmen" wurden verschiedene Toaste ausgebracht, von denen der des Herrn Raveaux am meisten Anklang fand.

Früh um $^1/_2$5 Uhr reiste die Deputation auf einem Dampfboot der kgl. Regierung nach Wien weiter. Hoch am Maste wehte die deutsche Fahne, die Fahnen der einzelnen deutschen Staaten überragend. Auch die Dampf- und Segelschiffe in der Nähe des künftigen Freihafens hatten alle die dreifarbige deutsche Flagge aufgezogen.

Am 16. Juli traf der Reichsverweser, von Frankfurt kommend, auf seiner Reise nach Wien in Regensburg ein.

[2] Für das Folgende: R. T. Nr. 182, 4. Juli 1848.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0057-0
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

Das R. T. begrüßt ihn in seiner Ausgabe vom 16. Juli mit einem Festgedicht:

Nun kommst Du wie der Morgenschein
Und dieses Kommen zeugt und kündet:
„Es will Johann Euch Bürge sein
Des schönen Tags, der sich entzündet."
Heil Dir! Wir ruh'n in Deinem Wort
Mit freiem, freudigem Vertrauen,
Unsrer Errungenschaften Hort
Wird uns der Einheit Tempel bauen.
Und Gottes Engel werden gern
Zum heil'gen Werk die Hand Dir bieten,
Auf daß des Vaterlandes Stern
In Ehren leuchte und in Frieden!

Bereits am 8. Juli hatte ein Sonderblatt der Presse die Bevölkerung aufgefordert, zum Empfang des Reichsverwesers Vorbereitungen zu treffen. Aus den Reihen des Magistrats und der Gemeindebevollmächtigten wurde ein Ausschuß gebildet, der sich mit den Vorbereitungen für einen feierlichen Empfang befaßte. Am Vorabend des festlichen Tages, am 15. Juli, fand schon ein *„nationales Vorfest"*[3] statt. Das Landwehrregiment war zu einer feierlichen Parade ausgerückt. Von der jungen Fürstin Therese von Thurn und Taxis empfing es die Fahnenbänder in den neuen Nationalfarben. Als sich die Nachricht von dem Eintreffen des Königs verbreitete, rief dies unter der Bevölkerung eine *„enthusiastische Fröhlichkeit"* hervor, so berichtet die Stadt an die kgl. Regierung in ihrem zusammenfassenden Bericht über die Feierlichkeiten[4]. Schon an diesem Tage waren die Häuser der Stadt mit Flaggen, Fahnen, Blumen und Girlanden geschmückt. König Max traf erst um Mitternacht in der Stadt ein, er wurde am östlichen Burgfrieden, bei Burgweinting, von Landwehr, Kavallerie und berittener Stadtwehr empfangen und zur Stadt geleitet. Vor seinem Absteigequartier, am Goldenen Kreuz, hatte sich eine große Volksmenge eingefunden. Trotz der späten Stunde herrschte überall großer Jubel, sofort waren die Häuser der Umgebung festlich beleuchtet.

Am Morgen des 16. Juli, es war ein Sonntag, prangte die Stadt in festlichstem Schmucke. Aus nah und fern strömten die Menschen herbei. Um $^1/_2$2 Uhr kündete das Donnern von Signalschüssen den Reichsverweser an. König Max fuhr ihm über Stadtamhof nach Winzer entgegen. Landwehr und städtisches Freikorps standen Spalier. Um zwei Uhr zog der Reichsverweser, an der Seite von König Max, in die Stadt ein unter unendlichem Volksjubel, festlichem Glockengeläute und Kanonendonner. Am Fuße der Steinernen Brücke wurde er von den Behörden der Stadt, an der Spitze der fungierende Bürgermeister, empfangen. Jungfrauen *„aus allen Ständen"* überreichten ihm einen Eichenkranz und Blumen und trugen ein Gedicht vor, *„das in hohen Tönen die einstige Größe des Reiches und der Stadt beschwor"*.

Steige nieder, Geist der alten Kaiser!
Die einst ruhmgekrönt dahier getagt,

[3] R. Z. Nr. 196, 16. Juli 1848.
[4] R. A. R. 10/9.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0058-6
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

Sammle die verwelkten Lorbeerreiser;
Denn des Reiches neuer Morgen tagt.
Sei willkommen hier an unsern Marken,
Öst'reichs Johann, Deutschland's treuster Sohn!
Laß an Deinem Anblick uns erstarken,
Bringe Trost der Hütte, — Schutz dem Thron!

Recht und Ordnung mit der Freiheit bringe,
Schmettre nieder der Empörung Wucht
Und des Friedens grüne Palme schlinge
Um das Schwert der Satzung und der Zucht!
Mögen schwere Wolken rings sich türmen,
Deinem Willen trau'n wir, Deinem Wort —
Retter aus des Vaterlandes Stürmen,
Sei gesegnet, Deutschlands Stolz und Hort![5]

Vom Balkon des goldenen Kreuzes zeigte sich der Reichsverweser zusammen mit dem bayerischen König dem jubelnden Volke. Daß er, der „Bürger- und Friedensfürst", im einfachen Zivilkleide war, und ohne Ordensschmuck, wird eigens vermerkt. Von der Begleitung des Erzherzogs wurde auch an die Bevölkerung Regensburgs, wie in anderen Städten, der Aufruf *„An das deutsche Volk"* verteilt, die Presse druckte ihn ab. Aber nur eine Stunde verweilte der Reichsverweser in der Stadt. Noch vor drei Uhr fuhr er mit dem Dampfschiff *„Stadt Regensburg"* in Begleitung des bayerischen Königs weiter nach Passau.

Einer der Männer, die den Reichsverweser auf seiner Fahrt mit dem Schiff bis Straubing begleiteten, gibt eine Schilderung über den Verlauf dieser Fahrt. Dieser Mann ist voll Begeisterung und zu Tränen gerührt bei dem Anblick der beiden Fürsten. *„Die Liebe für die engere Heimat und das große weite Vaterland schmolzen zusammen wie Grundton und Terz zu einem vollen Akkord"*[6].

Dieses gute Volk verdient auch ein gutes Regiment, schon um seiner Treue willen. Die Worte Schillers, die dieser den Marquis Posa sprechen läßt, klingen ihm im Ohr:

Ein kräftiges, ein großes Volk — und auch
Ein gutes Volk — und Vater dieses Volkes!
Das, dacht' ich — das muß göttlich sein".

Überall auf der ganzen Fahrt empfängt ihn Jubel und Begeisterung. Schon auf der Brücke von Donaustauf salutierten Landwehrmänner. Überall Hüteschwenken, Winken mit Tüchern, und dazu schießen die Böller. Der Schiffsmörser ist heiß geworden vom Gegensalutieren. Was ihn am tiefsten bewegt, ist jene unerschütterliche Pietät im Herzen des Volkes für den Regenten, die keine Zeit, kein Sturm, kein Treubruch, kein Unrecht auszulöschen vermag. *„Darin liegt die sicherste Gewährschaft für den Fortbestand unserer Verfassungsformen, an denen alle Proklamationen und Verunglimpfungen von Demokraten und Autokraten zerschellen werden, wie die Woge am* Felsen"

Die Zeitung aber, die schon in mehreren Artikeln Regensburgs neue

[5] R. Z. Nr. 197, 17. Juli 1848.
[6] R. Z. Nr. 198, 18. Juli 1848.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0059-4
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

Glanzzeit als Mittelpunkt eines geeinten Vaterlandes prophezeite, schreibt: *„Wenn wir vor mehreren Wochen schon Regensburg als die geeignetste Parlamentsstadt bezeichneten, so lassen bekanntgewordene Äußerungen des Reichsverwesers angenehmen Hoffnungen Raum“.*

Vierzehn Tage später, am 2. August, kam Erzherzog Johann auf seiner Rückreise noch einmal durch Regensburg[7]. Obwohl der Reichsverweser alle Ehrenbezeigungen für diesmal von vornherein abgelehnt hatte, hatte die Stadt wieder ein festliches Kleid angelegt. Als sich der Reichsverweser mit seiner Gattin und seinem Sohn am Fenster des Goldenen Kreuzes zeigte, wurde der Platz von einem gegenüberliegenden Balkon aus mit bengalischem Feuer beleuchtet. Der Aufenthalt dauerte wieder nur wenige Stunden.

Waren aber die Hoffnungen, in Regensburg bereits die künftige Parlaments- und Hauptstadt des neuen Reiches zu sehen, wirklich so berechtigt? Regensburg bemühte sich jedenfalls in den nächsten Monaten sehr darum. Einige Äußerungen des Reichsverwesers, die aber doch nur dem Augenblick entsprungen sind, denen kaum eine besondere Bedeutung beigemessen werden konnte, hatten die Presse zu solchen Sätzen veranlaßt.

Schon Anfang April nahm die R. Z. zu dieser Frage Stellung[8]. Der Verfasser, Dr. Pangkofer, führte der Reihe nach die Städte an, die nach seiner Meinung, historisch gesehen, Anspruch erheben könnten, künftig Bundeshauptstadt zu werden. Aachen, die alte Kaiserpfalz, liegt zu abseits, zu nahe am Feind, wenngleich die Tradition noch am ehesten für diese Stadt spreche. Das gleiche gilt für Wien. So komme also nur Regensburg in Frage, eine der ältesten Städte des Reiches. Mit konkreteren Vorschlägen befaßt sich das Tagblatt am 8. Juli[9]. Regensburg, schon im grauen Altertum Residenz deutscher Kaiser und Könige, später Reichsstadt, in der zu verschiedenen Zeiten Reichstage stattfanden, dann, nach dem Dreißigjährigen Kriege, Sitz des permanenten Reichstags, hat durch das Zusammenstürzen des alten Reiches am meisten unter allen deutschen Städten an Ansehen verloren und seinen Wohlstand eingebüßt. Nachdem nun neuerdings die deutsche Eiche wieder zu grünen anfängt und sich das deutsche Volk auch sein Reichsoberhaupt gewählt hat, ist es hohe Zeit, die Frage zu erörtern, welche Stadt die Ehre genießen wird, die Residenz des Reichsoberhauptes zu sein. Nur Regensburg, der historische und geographische Mittelpunkt des deutschen Vaterlandes, ist vorzugsweise vor allen Städten geeignet, die Residenz des deutschen Reichsoberhauptes zu werden. Seine herrliche Lage an dem größten und mächtigsten Strom, der unter einem einigen und starken Deutschland bald die verkehrsreichste und belebteste Wasserstraße werden wird, auf der sich nötigenfalls in einem Tage Wien erreichen läßt, seine geringe Entfernung von dem Zentrum des deutschen Eisenbahnnetzes, welche bei Herstellung einer Zweigbahn nach Nürnberg[10] sich auf einige Stunden reduzieren wird, das alles gibt dieser Stadt den Vorzug vor allen anderen.

An Gebäuden für das Reichsgericht und für die fremden Gesandten fehlt es nicht, waren diese ja bis 1806 auch vorhanden. *„Und selbst für die*

[7] R. Z. Nr. 218, 7. August 1848.
[8] R. Z. Nr. 94, 3. April 1848.
[9] R. T. Nr. 186, 8. Juli 1848.
[10] Die Bahnlinie Regensburg-Nürnberg bestand damals noch nicht.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0060-5
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

Nationalversammlung wäre, wenn es gälte, ein wahrhaft großartiger und majestätischer Bau vorhanden. Jener herrliche, nun in eine Güterhalle umgewandelte Tempel, in dem einst der berühmte Minorite Berthold Lechs vor Tausenden seine begeisterten Reden gehalten, kann mit geringen Kosten zum würdigsten und entsprechendsten Gebäude für die Nationalversammlung umgeschaffen werden, und auf den leicht anbringbaren Galerien wäre Raum für viele Hunderte von Zuhörern vorhanden". Die Regensburger sollen zeigen, daß ihnen etwas daran gelegen ist, ihre Stadt zur Hauptstadt zu machen, sie sollen es dem Reichsverweser, der bald durch Regensburg kommen wird, durch einen freudigen und glänzenden Empfang beweisen.

In den folgenden Wochen und Monaten versuchten die Stadtbehörden wiederholt, durch Adressen an die Nationalversammlung und an das Reichsministerium, diese davon zu überzeugen, daß Regensburg der geeignetste Platz sowohl für die Nationalversammlung wie auch für den Sitz der zukünftigen Reichsregierung sei. Die Stadtväter glaubten zu so hochfliegenden Hoffnungen berechtigten Grund zu haben, hatte doch der Reichsverweser selbst dem Vorstand der Gemeindebevollmächtigten gegenüber bei seiner Durchreise nach Wien geäußert, daß er den Wunsch habe, hier in Regensburg seinen Sitz aufzuschlagen.

Der Vorsteher des Gremiums der Gemeindebevollmächtigten, der Porzellanfabrikant Schwerdtner, hatte als Vertreter der Stadtbehörden den Reichsverweser an der Grenze des Regierungsbezirkes in Neumarkt begrüßt. Am 17. Juli berichtete er darüber in einem Brief seinem Freunde, dem fungierenden Bürgermeister Satzinger[11].

„Mein werter Freund.

Nachdem ich gestern in Neumarkt den Herrn Erzherzog Reichsverweser im Namen der Stadt Regensburg begrüßt, und demselben die Freude geschildert hatte, welche die Nachricht seiner nahen Ankunft bei allen Einwohnern unserer Stadt verbreitete, drückte ich unser aller Bedauern aus, den hohen Fürsten, der mit so großherziger Hingebung seine Ruhe opferte, um die zerstörte Ordnung und Ruhe des Vaterlandes wieder mit kräftigem Arm herzustellen, nur auf so kurze Zeit in unseren Mauern zu besitzen, in der alten Reichsstadt, in welcher seine erlauchten Ahnen Jahrhunderte zum Heile Deutschlands getagt hatten; wobei ich weiters unsere Wünsche äußerte, der Herr Erzherzog Reichsverweser möchte geruhen in der Stadt, welche im Herzen des gesamten Vaterlandes gelegen und sich gewisse Erinnerungen an des alten Reiches Herrlichkeit gewahrt hat, auf längere Zeit womöglich für immer seinen Wohnsitz aufzuschlagen. Der H. Reichsverweser geruhten mir hierauf die Versicherung zu geben, daß er selbst bedaure, diesmal von der gebieterischen Eile gedrängt nicht länger in Regensburg verweilen zu können. Daß er die ausgesprochene Ansicht, welche Regensburg als den geeignetsten Punkt zum Sitz der neuen Reichsverfassung bezeichnet, teile und selbst den Wunsch hege, daß er hier seinen Sitz aufschlagen, daß dieses aber nicht gleich sondern erst später geschehen könne.

Vorstehendes ist das Wesentliche meiner gestrigen Mission, und der

[11] Für das Folgende: R. A. R. 10/9.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0061-1
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

Schluß enthielt des Erfreulichen so vieles, daß ich nicht umhin konnte dir diese Ergebnisse zur allenfallsigen Mitteilung an die übrigen Herren des Magistrats sogleich zu berichten.

Beim Abschied in Straubing gaben auch Se. Majestät der König die angenehme Zusicherung bald länger hier verweilen zu wollen. So hoffen wir denn das Beste für unsere gute Stadt Regensburg und seine Einwohner, die sich auch gestern wieder so gesinnungstüchtig gezeigt hatten.

Mit bekannter Hochachtung und freundschaftlicher Ergebenheit

Schwerdtner".

Satzingers Antwort vom 18. Juli hatte folgenden Wortlaut:

„Auf die schätzbare Mitteilung vom Gestrigen sehen wir uns zum verbindlichsten Danke verpflichtet und beehren uns, hiebei unsere Ansicht dahin auszusprechen, wie wir nicht der Meinung seien, daß jetzt schon wegen Verlegung des Sitzes der Zentralgewalt des deutschen Reiches nach Regensburg öffentlich aufgetreten werden solle, indem dies zur Zeit wenigstens mit dringenden Motiven nicht unterstützt werden könnte u. u. bei anderen Städten in ähnlicher Lage Eifersucht erzeigen würde. Wir könnten daher eine diesfallsige Adresse an die Nationalversammlung oder an des Reichsverwesers Kaiserliche Hoheit nicht bevorworten. Vielmehr glauben wir, es wäre privatim mit dem H. Abgeordneten der Nationalversammlung aus Regensburg ins Benehmen zu setzen und von demselben Gutachten sich zu erbitten, ob und welche Einleitungen jetzt schon zweckmäßig seien und wie diese für Bayern und namentlich für Regensburg höchst wichtige Sache weiter zu behandeln wäre.

Der H. Assessor Schwerdtner werden hiernach in Benehmen mit dem Gremium der H. Gemeindebevollmächtigten diesem Gegenstand weiter Teilnahme widmen und bedürfenden Falles die Mitwirkung des Magistrats veranlassen.

Satzinger".

Die Angelegenheit ruhte nun einige Monate. Am 25. September läßt Satzinger die Magistratsräte und die Gemeindebevollmächtigten zu einer Sitzung zusammenkommen. Er selbst möchte noch abwarten und noch nicht an die Öffentlichkeit treten. *„Ich bin der Meinung, es sei wohl zu erwägen, ob jetzt schon von Seite der Kommunalbehörden Schritte zu tun seien".* In dieser Sitzung ist er auch selbst nicht anwesend. Es wurde die Einberufung einer Bürgerversammlung in den Reichssaal beschlossen. Diese fand am 26. September statt. Das Ergebnis war eine Adresse an die Nationalversammlung folgenden Inhalts:

„Hohe National-Versammlung!

Die Geschicke der deutschen Nation, die ihre nächste Bestimmung von der Hohen Versammlung erhalten, lassen uns wünschen, daß unsere alt-ehrwürdige Stadt, wo das alte deutsche Reich sein Ende fand, auch die Wiege des neuen Reiches werde.

Sollte die Hohe Versammlung sich veranlaßt finden, ihren Sitz zu verändern, so bitten wir, unsere Stadt hiezu zu wählen.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0062-7
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

Wir sind gewiß, daß die Hohe Versammlung nirgends freundlicher und herzlicher aufgenommen sei, und bitten die Hohe Versammlung wolle auch ihrerseits hievon überzeugt sein.

Mit besonderer Hochachtung der Hohen Versammlung

Regensburg, den 26. Sept. 1848

Die Bürgerschaft und Einwohnerschaft von Regensburg".

626 Bürger gaben ihre Unterschriften dazu her. Im Oktober regten die Gemeindebevollmächtigten an, man solle auch noch eine Adresse an das Reichsministerium richten.

Über Weihnachten befand sich der Abgeordnete Regensburgs in Frankfurt, Adolph von Zerzog, in Regensburg. Man hatte mit ihm über diese Angelegenheit gesprochen. Zerzog ist der Ansicht, daß von der Verlegung der Nationalversammlung nach Regensburg nichts Günstiges zu erwarten und überdies der Stadt infolge der dadurch entstehenden Lasten und Opfer wenig gedient sei. Man solle sich aber um die Verlegung des Reichsgerichtes nach Regensburg bemühen. Im übrigen wäre es von Vorteil, wenn sich die Stadt zur Unterstützung ihres Schrittes auch an die kgl. Regierung wendete. Diese Bedenken werden von den Gemeindebevollmächtigten dem Magistrat mitgeteilt, der jedoch anderer Ansicht ist. Die Vorteile, so meint er, die sich ergeben, wenn die Nationalversammlung ihren Sitz nach Regensburg verlegt, überwiegen bei weitem die Nachteile. Daher solle man nur für den Fall, daß eine Verlegung des Parlaments nicht in Frage käme, um Errichtung des Sitzes des noch zu bildenden Reichsgerichts in Regensburg nachsuchen.

So wird im Februar 1849 die kgl. Regierung gebeten, sich der Sache der Stadt Regensburg anzunehmen. Man habe ein Gesuch an das Reichsministerium entworfen, wenn das Staatsministerium des Innern, dem die Kreisregierung in Regensburg dieses Gesuch empfehlen möge, diesem beim Reichsministerium Nachdruck verleihe. Eine Verlegung der Nationalversammlung oder des Reichsgerichtes nach Regensburg bedeute nicht nur für die Stadt, sondern für das ganze bayerische Vaterland eine ehrende Auszeichnung, ganz abgesehen von den materiellen Vorteilen, die damit für die Stadt verbunden wären, wie der Aufschwung des Verkehrs in der Stadt und deren Umgebung, wodurch *„dem so sehr gesunkenen Wohlstande einige Aufhilfe geboten werde"*. Regensburg erkenne dankbar die Wohltaten an, die es der Regierung und besonders seinem Landesvater verdanke, *„gleichwohl bedürfen wir im Vergleiche zu den meisten anderen bedeutenden Städten Bayerns als München, Nürnberg, Augsburg, Würzburg usw. noch ferner kräftige Hilfe, wenn wir einer besseren Zukunft entgegengehen und nicht mehr und mehr einer allgemeinen Verarmung verfallen sollen"*.

Am gleichen Tage richtet der Magistrat ein Schreiben an das Reichsministerium. Die Bitte vom September des vergangenen Jahres wird erneuert, außerdem wird ersucht, daß das Reichsministerium seinen Sitz in Regensburg nehmen möge, falls die Nationalversammlung an Ort und Stelle bliebe. Zur Begründung dieses Antrags werden drei Punkte angeführt.

1. „Vor allem ist es das Gefühl der Ehre und des gerechten Stolzes, welches in jedem Regensburger den Wunsch erglühen läßt, daß, wie in einer Reihe von ver-

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0063-3
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

gangenen Jahrhunderten die höchsten Reichsversammlungen in unsern Mauern stattfanden, auch künftig unsere Stadt gewürdigt werden möge zum Sitz der obersten Versammlung oder Gerichts-Stelle des deutschen Reiches zu dienen.“ Regensburg, das sich in seiner Vergangenheit einen regen Sinn für Freiheit und Recht, für Gesetz und Ordnung bewahrt hat, „wird auch künftig, wir glauben es versichern zu können, sich stets durch tüchtigen und festen Charakter der Ehren würdig zeigen, daß des Vaterlandes Wohl von den höchsten Organen des Reiches in ihrer Mitte beraten und gewahrt werde.“

2. Regensburg erhofft sich in erster Linie einen wirtschaftlichen Aufschwung. „Der Blick in die Vergangenheit führt uns aber leider auch das traurige Bild unserer von Zeit zu Zeit gesteigerten Abnahme von Wohlstand und äußerem Glanze vor. Den um das Beste ihrer Vaterstadt besorgten gemeindlichen Behörden wird es gewiß nicht verargt werden, wenn sie bei dem Wunsche die Hohe Nationalversammlung oder das Reichsgericht in ihrer Mitte begrüßen zu können, sich der freudigen Hoffnung hingeben, daß dadurch nicht bloß die Ehre und der Glanz sondern auch die materielle Wohlfahrt unserer Stadt erhöhet werde.“

3. Punkt drei befaßt sich mit der Schilderung der äußeren Bedingungen, wie sie von einer Stadt, welche Anspruch erhebt, Sitz einer so hohen Behörde zu werden, erfüllt sein müssen. In diesem Punkt, heißt es, steht Regensburg keiner Stadt nach. Am Donaustrom, fast im Herzen Deutschlands gelegen, erleichtert die Lage Regensburgs die Zusammenkunft der Abgeordneten aus allen Teilen Deutschlands. Dazu kommt „eine herrliche Natur und vorzüglich gesunde Luft“. Einen „Frankfurter Putsch“ brauche man nicht zu fürchten. Denn: „Die treue, biedere, kräftige Bevölkerung verscheucht jede Besorgnis, daß es hier ungesetzlichem oder verwerflichem Treiben politischer Leidenschaften je gelingen werde, festen Fuß zu fassen und Erfolg zu erlangen.“ Und falls wider Erwarten tatsächlich einmal das Leben der Abgeordneten bedroht oder sonst die öffentliche Sicherheit gefährdet sein sollte, so würde die Nähe der Festung Ingolstadt immer die Bereithaltung einer entsprechenden Truppenmacht, welche auf der Donau in wenigen Stunden hierher geführt werden könnte, sowie die völlig sichere Aufbewahrung von Archiven und anderen wertvollen Gegenständen möglich machen. Wenn das letzte kleine Stück der Süd-Nord-Eisenbahn fertig gestellt sein wird, verfügt Regensburg über die besten Verbindungen in alle Himmelsrichtungen.

Es mag in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, daß schon mehrere Jahre vorher Regensburg einmal glaubte, Sitz des deutschen Bundes zu werden. Damals, am 19. November 1833, richtete der Magistrat eine Bittschrift an den König, worin er mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln und Worten darum bat, daß eine solche Verlegung nach Regensburg nur geschehen möge, wenn Regensburgs Stellung dadurch nicht von Grund auf geändert würde. Regensburg wolle weiterhin seinem König treu bleiben, es wolle keine freie Reichsstadt mehr werden, wenn letzteres etwa conditio sine qua non für die Verlegung der Bundesversammlung sein sollte. Es wolle auch weiterhin Sitz der kgl. Kreisregierung bleiben, sowie auch sein kgl. Regiment nicht verlieren. Und schließlich wolle es keinesfalls auf seinen großen Mäzen, den Fürsten von Thurn und Taxis, verzichten. Sollte in einem dieser drei Punkte für Regensburg eine Änderung eintreten, so richte man an Se. Majestät die Bitte, dahin zu wirken, daß Regensburg nicht Sitz der Bundesversammlung werde.

Aber weder damals noch heute wurde Regensburg zum zweiten Mal in seiner Geschichte zur Hauptstadt des Reiches. Die Arbeit der Nationalversammlung wurde beendet, ohne noch einmal, wie im September vorigen Jahres, gestört zu werden. Der weitere Verlauf der Dinge machte es jedoch

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0064-9
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

überflüssig, daß man sich in Regensburg noch fernerhin um den Sitz als Hauptstadt des Reiches oder auch nur des Reichsgerichtes bemühte. Das Staatsministerium des Innern hielt die Bemühungen der Regensburger aber für ernst genug, um ihnen durch die kgl. Kreisregierung folgendes Schreiben zukommen zu lassen (am 9. März 1849). *„Der Stadtgemeinde Regensburg ist auf ihre Vorstellung vom 15. Februar laufenden Jahres im bezeichneten Betreffe eröffnen zu lassen, daß dermalen der Zeitpunkt zu einer Bevorwortung des vorgebrachten Gesuches nicht geeignet erscheine, daß aber, wenn sich hiezu eine Gelegenheit darbietet, das unterzeichnete k. Staatsministerium im Benehmen mit jenem des k. Hauses und des Äußeren nicht anstehen würde, dem Wunsche der Stadtgemeinde zu entsprechen".*

Die Stadtbehörden hätten sich in erster Linie für Regensburg einen wirtschaftlichen Aufschwung versprochen. So kann es nicht überraschen, daß man jede Gelegenheit ergriff, die den Stadtvätern geeignet erschien, um auf diesem Gebiet für die Gemeinde eine wirtschaftliche Besserung zu erreichen. Während man sich in Frankfurt um die Verlegung der Nationalversammlung nach Regensburg wie überhaupt um den Sitz der Bundesregierung bemühte, ergriff man zu gleicher Zeit die Gelegenheit, um die neue Institution eines Schwurgerichtshofes für den oberpfälzisch-regensburgischen Kreis in der Kreishauptstadt ansässig zu machen. Die Hauptstadt des Kreises wäre ja auch dazu der geeignetste Platz gewesen. Aber auch hier gelang es schließlich einer kleineren Stadt, der Kreishauptstadt, dessen Stadtbehörden zu langsam waren, den Rang abzulaufen.

Am 19. September 1848 ersuchte man das Staatsministerium der Justiz, die Schwurgerichtssitzungen für den oberpfälzischen Kreis in Regensburg abzuhalten. Für diesen Zweck wolle man gerne den Reichssaal mit den dazugehörigen Nebenräumen zur Verfügung stellen. Da die Stadt in der letzten bewegten Zeit als ein Muster der Ordnung gelten könne, kann auch den Anforderungen für öffentliche Sicherheit völlig genügt werden. Für die vielen Fremden, die diese neue Einrichtung gewiß anlocken wird, stehen insgesamt an die 140 Gasthäuser zur Verfügung. Im Oktober 1849 wurden die Räumlichkeiten auf ihre Tauglichkeit hin überprüft. Ohne einige Umbauten sind sie aber nicht zu gebrauchen. Da sich aber Amberg, noch dazu mit Räumlichkeiten, die nicht weiter umzubauen sind, und auf Grund seiner besseren Lage im Zentrum des Kreises (Einsparung der Reisekosten für geladene Zeugen) ebenfalls bemühte, so ist der Magistrat bereit, diese Lokalitäten zur Verfügung zu stellen, obwohl sie während der Dauer der Schwurgerichtssitzungen der Benutzung durch die Stadt entzogen werden. *„Es ist offenbar, daß durch das Zusammenströmen von Geschworenen, Zeugen, Sachverständigen, Beamten des Gerichtshofes wenigstens 4 mal im Jahre auf mehrere Wochen ein reges Leben und gesteigerter Verkehr für hiesige Einwohner erzeugt wird".*

Den Ausbau der Lokalitäten erwartet man von seiten des Staates. Für kurze Zeit fanden nun die Sitzungen des Schwurgerichtshofes in dem Gebäude der kgl. Kreisregierung statt, wo es aber wegen anderweitiger Verwendung des Saales zu Störungen in der Geschäftsführung kam. Als daher die Verlegung der Schwurgerichtssitzungen nach Amberg beschlossen wurde, richtete die Stadt einen Notruf an das Justizministerium, worin sie auf die drückende Armut in der Stadt hinweist: *„Schon seit Jahren ist der Wohl-*

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0065-4
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

stand der einst so reichen und blühenden Stadt in Verfall, Handel, Gewerbe und Arbeitsgelegenheit haben sich vermindert, und die letzten Zeitereignisse die Nahrungslosigkeit und Armut auf eine schreckhafte Weise vermehrt. Die wenigen bemittelten Einwohner sind nebst den Staatslasten bereits seit dem Jahre 1837 mit hohen Pflichtbeiträgen zur Unterstützung der Bedürftigen belegt; bei allen größeren Unglücksfällen und Bedürfnissen suchen die Beteiligten Hilfe auch hier und finden sie in dem nie ermüdenden Wohltätigkeits-Sinne der hierortigen Einwohnerschaft". Vor allem die Wirte, so heißt es, würden durch die geplante Verlegung des Schwurgerichtshofes nach Amberg um ihr kümmerliches Brot gebracht.

Schließlich erklärte man sich in Regensburg auch bereit, den Reichssaal auf eigene Kosten umzubauen. Ein Kostenvoranschlag wurde der Kreisregierung vorgelegt. Eine kgl. Verfügung vom 5. Mai 1851 befahl aber die Verlegung des Schwurgerichtshofes nach Amberg. Die Angelegenheit war den Regensburgern so viel wert, daß sie sich sogar bemühten, eine Deputation an den König zu bringen, um die Verlegung noch rückgängig zu machen. Man ließ aber die Stadtbehörden wissen, daß nach der kgl. Entschließung eine solche Abordnung keinen Zweck mehr habe.

Die führenden Männer

Es ist bezeichnend für Regensburg, daß der Mann, der im politischen Leben der Stadt in jenen Monaten — und darüber hinaus für die folgenden Jahrzehnte — führend war, der die ersten Wahlklubs im April zusammenrief, der die unzähligen Adressen jener Zeit entwarf, der bei allen öffentlichen Versammlungen und Kundgebungen in Regensburg tonangebender Redner war, der die Volksversammlungen in den ländlichen Bezirken leitete, kurz der spiritus rector dieser redefrohen und begeisterungsfähigen Zeit, kein Regensburger war, überhaupt kein Altbayer war, sondern ein Franke, also aus jenem Teil Neu-Bayerns stammte, in dem das politische Leben jener Zeit ein vielbewegteres war. Dieser Mann war der praktische Arzt Dr. Carl Gerster[1].

Dr. Carl Gerster wurde geboren am 28. April 1813 in Miltenberg am Main in Unterfranken als Sohn eines Hofapothekers. Das Gymnasium besuchte er in Aschaffenburg. In Heidelberg, Erlangen, Würzburg und München studierte er Medizin. 1836 gründete er in München das Corps Franconia, er selbst war routinierter Fechter. Nach seiner Doktor-Promotion trieb er in Würzburg noch weitere medizinische Studien, war in München Assistenzarzt und dann Leibarzt des Fürsten Karl Löwenstein, in dessen Begleitung er 1845 nach Wien reiste. Dort lernte er im Spital der Barmherzigen Schwestern die homöopathische Heilmethode kennen. 1846 ließ er sich als Apostel der Homöopathie, einer damals noch jungen Wissenschaft, in Regensburg nieder und behauptete sich unter großen Schwierigkeiten von seiten der allopathischen Ärzte, der Apotheker wie auch der Behörden. Später wurde er städtischer Armenarzt, Bahnarzt und war schließlich

[1] Für Mitteilungen über Dr. Gerster möchte ich Herrn Sanitätsrat Dr. Raimund Gerster aus Regensburg besonders danken. Herr Dr. Gerster, ein Sohn des redegewandten Dr. Carl Gerster, gestattete mir die Durchsicht der Familienchronik.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0066-0
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

einer der beliebtesten Ärzte in der Stadt. Die allgemeine homöopathische Zeitung brachte nach seinem Tode im Jahre 1892 einen Nachruf, in welchem sie seine Verdienste würdigte[2]. Er war längere Zeit Vorstand des bayerischen homöopathischen Vereins und redigierte von Regensburg aus die homöopathischen Monatsblätter. In Versammlungen, Broschüren und Zeitungsaufsätzen trat er für die neue Wissenschaft ein. Auch in der Naturheilkunde und Hydrotherapie erfahren, wendete er in den letzten Jahren auch den Mesmerismus an, sehr *„zum Staunen der Bevölkerung in vielen Fällen"*, so heißt es in diesem Nachruf. Seine Tätigkeit als „Pillerldoktor" und „Magnetiseur" brachte ihm manchen Spott ein.

Er war einer der populärsten Männer Regensburgs, neben seiner Tätigkeit als Arzt vor allem als der Führer im Sturmjahr 1848 und als ein Redner par excellence. *„Dr. Gerster um an Kreuzer a Red"*, war eine bekannte Redewendung in der Stadt. Es gab keine Versammlungen im Jahre 48, in welcher er nicht seine Hörer für die Ideen der Zeit begeistert hätte. Nicht nur in Regensburg selbst. Wenn irgendwo in einer Landgemeinde eine Volksversammlung abgehalten werden sollte, so wendete man sich an ihn. Mit „deutschem Gruß" empfiehlt sich die Gemeinde Moosbach bei Vohenstrauß dem Dr. Gerster und bittet ihn, zu einer *„salbungsvollen und das Volk für die deutsche Sache begeisternden Ansprache"* zu kommen. Kann Dr. Gerster nicht kommen, schreibt eine andere Landgemeinde, so doch Dr. Pangkofer, der Literat und Publizist. Der „Volksbote" vom 1. Mai 1849 bezeichnet Dr. Gerster als einen Irrwisch, der überall auf Versammlungen sein Unwesen treibt.

In den Monaten April und Mai 1849 vor allem entwickelte er eine fieberhafte Tätigkeit. Er trat energisch für die Anerkennung der Reichsverfassung ein. Für die kgl. Regierung ist er der *„bekannte Dr. Gerster"*, so nennt ihn der Regierungsdirektor von Hohe in den Monaten April und Mai 1849 (darüber noch im letzten Kapitel). Ein guter Freund warnt ihn im Mai 1849, er solle die Stadt sofort verlassen, da er in der folgenden Nacht arretiert und nach der Feste Oberhaus gebracht werden sollte. Im gleichen Monat erhält er einen Warnbrief, in einem schauderhaften Deutsch abgefaßt, von einer Dienstmagd, die erfahren hat, daß sich ein Klub von 50 Männern zusammengetan habe, um ihn aus der Welt zu schaffen. Ursprünglich wollte man ihn vergiften, so schreibt sie, da aber dabei seine Dienstmagd ebenfalls hätte tot sein können, so gab man den Plan auf und gewann nun sechs Burschen, alle ehemalige Zuchthäusler, von denen jeder eine Doppelflinte und zwei Pistolen hat, womit sie ihn und den Dr. Pangkofer erschießen sollen. Wenn sie beide tot sind, bekommen sie zu den 50 Gulden Handgeld noch weitere 400. Jeder hat einen Hausschlüssel, die ein vagierender Schlosser bei einem Landschmied in der Nähe der Stadt gemacht hat. Herr Reitmayr, der Verleger des Tagblatts, ist auch in Gefahr, man will ihm in der Nacht sämtliche Fenster einwerfen.

Einmal, im August 1848, hatte ihm seine Begeisterung einen bösen Streich gespielt. Im August war eine Deputation der Wiener Freikorps auf ihrer Durchreise nach München, wo sie dem Bürger-, Studenten- und Künstlerfreikorps eine deutsche Fahne überbringen wollte, in Regensburg eingetroffen und bei Tegernheim (am sog. Tegernheimer Keller) von den Re-

[2] Allg. homöopath. Ztg. Bd. 124, 12. März 1892.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0067-6
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

gensburgern mit Liedern, Toasts und Reden begrüßt worden. Dr. Gerster hielt dabei die Festrede. Als die Deputation in München eintraf, stellte sich heraus, daß die ganze Sache ein Schwindel war. Der Anführer der Deputation wurde schon seit längerer Zeit von der Polizei gesucht. Er wurde in München verhaftet, die übrigen Mitglieder der „Deputation" verließen die Stadt.

Dr. Gerster trat auch in den folgenden Jahrzehnten als eifriger Redner für ein geeintes Deutschland ein. Vier Jahre vor seinem Tode, im Jahre 1887, erhielt er vom Prinzregenten Luitpold einen Pokal als allerhöchste Anerkennung *„auf dem Gebiete der Rede"*.

Eine Persönlichkeit von ganz anderem Charakter war der Abgeordnete der Stadt Regensburg in Frankfurt, Adolph von Zerzog. Mit seinem vollen Namen Adolph Maria Carl Johann Constantin von Zerzog.

Er wurde geboren am 26. März 1799 in Nürnberg, war Herr zu Nairitz bei Bayreuth. Zerzog war vermählt mit Juliane Christine Friederike von Thon-Dittmer, einer Schwester des Bürgermeisters von Regensburg und späteren Staatsministers Freiherrn Gottlieb von Thon-Dittmer. Durch seine Frau kam er in den Besitz des Gutes Etterzhausen bei Regensburg, das er nicht gerade aufs beste verwaltete. Von 1827, dem Jahre seiner Verehelichung, bis 1846 war er Gutsherr in Etterzhausen, dann zog er mit seiner Familie nach Regensburg, wo er im Hause Lit. J Nr. 37 wohnte. Er war, im Gegensatz zu Gerster, kein Freund von langen und schwungvollen Reden. *„Mit ein paar markanten Worten die Situation zeichnen, so klar, so scharf, so deutlich, daß es nichts mehr daran zu rütteln und zu deuteln gab, das war seine Stärke"*[3]. *„Ein knorriger Eichstamm schon im Äußeren, die sehnige Gestalt im grauen Rock mit grünem Aufschlag, dazu ein schwarzer Tiroler Brustlatz, strotzend von kleinen Silberknöpfen, die graue Hose in Stulpstiefeln steckend, auf dem Kopf, auch im Hochsommer, eine Pelzmütze und über die Schulter den unvermeidlichen Plaid . . ."*[4].

Schon am Tage seiner Wahl hatte er den versammelten Wahlmännern gesagt, daß sie von ihm keine langen und schwungvollen Reden erwarten dürfen. Er hat sein Wort gehalten. Die stenographischen Berichte aus der Paulskirche weisen unter den vielen damals gehaltenen Reden und Ansprachen keine einzige des Regensburger Abgeordneten auf. Für ihn gab es kein langes Debattieren, er hatte für alle Lagen seine fertigen Rezepte in der Tasche, und damit basta.

In einem Parlamentsalbum mutet das Sprüchlein Zerzogs sehr derb an neben den zum Teil hochphilosophischen Eintragungen anderer Mitglieder des Parlaments.

„Ein's muß jetzt der Teufel holen —
Deutschland — oder seine Feinde, —
Aber vorweg recht geschwinde,
Den, der noch was anders meinte.

Frankfurt, 3. März 1849, Adolph von Zerzog, genannt Tschitschkow aus Regensburg".

„Tschitschkow" war Zerzogs Kneipname aus der Zeit seiner Zugehörigkeit zur Erlanger Burschenschaft.

[3] So schildert ihn Dr. Raimund Gerster in „Alt- und Jung-Regensburg", Regensburg 1910, Seite 139.

[4] Raimund Gerster, ebda Seite 139.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0068-2
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

Ein getreues Abbild seines biederen und derben, dabei aber gemütsvollen und auch poesievollen Wesens sind seine Briefe, die er von Frankfurt aus an seine Frau nach Regensburg schrieb[5]. So gern er bei der Sache ist und ein so glühender Patriot er ist, dem nichts über die Einheit Deutschlands geht, die Parlamentsarbeit mit dem stundenlangen Herumsitzen, langem Debattieren um Dinge, die sich seiner Meinung nach doch von selbst verstehen, ist für ihn ein Greuel. Viel lieber macht er mit seinen Kollegen Ausflüge in die schöne Umgebung, von so einer längeren Ferienreise an den Rhein berichtet er seiner Frau: *„Die Rosen blühen, der Weinstock duftet voll Blüte, die Felder voll Korn, die Bäume voll Segen, der Himmel lacht darüber und der alte Rhein rauscht so frisch und fröhlich durchhin, und die Menschen? — — sind voll giftigen Zorns und gönnen griesgrämig einer dem andern nicht sein Erbteil an den Gaben Gottes und hassen und schlagen sich um dummes Zeug, um Tand und leere Worte und Träume und lassen sich narren und hetzen von jedem Toren und Schlingel! — Wär ich unser Herrgott eine Stunde, ich zermalmte all' das mißlungene Lehmgebäck zu Staub und Asche und zerstreute es in alle vier Winde und ließ nichts leben als die Lerchen und Finken und Nachtigallen, die sich doch freuen am grünen Wald und Feld, am blauen Himmel und Strom"*. Woher kommt die Erregung unter die Menschen? *„Weil eine Handvoll Mißgeburten von Dreck und Feuer, halb Esel, halb Tiger, jetzt einmal wieder, wie von je, die große willenlose Menschenherde hetzt und ängstigt und betrügt"*.

Ein andermal läßt er seinen Schmerz darüber aus, daß er in der *„vermaledeiten Küche"* sitzen und sich ärgern lassen muß, während draußen der schönste Herbsthimmel lacht. *„Was war ich doch sonst für ein glücklicher Mensch!"* — *„Wenn ich nur einen Fleck in Deutschland wüßte, wo man gar nichts von den Märzerrungenschaften wüßte! ach! Da muß es sehr schön sein!"* Wenn es ihm gar zu toll wird, läßt er einen kräftigen Fluch, ein *„o du Himmelsakrament"* los, auch wenn der Brief an seine Frau geht. Lieber würde er jetzt bei ihr zu Hause weiterfrieren, schreibt er nach seiner Rückkehr ins Parlament nach den Weihnachtsferien, als in Frankfurt zu sitzen. Am Ende eines jeden Briefes grüßt er liebevoll sein Mamerl (das ist seine Frau) und seine zahlreichen Putzerln, seine Kinder.

Eine richtige Wut hat er, der königstreue Bayer, auf die Republikaner. Die Frechheit der Linken kennt keine Grenzen mehr, schreibt er im Oktober nach Hause. Wer das mit ansehen muß, der darf sich gratulieren, wenn seine *„Lunge und sein übriges Ingeräusch"* noch an der alten Stelle sitzt. An Derbheit kann er es aber, wenn auch nicht bei gleicher Gesinnung, mit ihnen aufnehmen. Deshalb wurde er *„nach sorgfältigen Erkundigungen, ob ich entschieden grob genug sei"*, in den Ausschuß aufgenommen, der über die Ungezogenheiten der Linken aburteilen soll. *„Die Hundeschlingel von Republikanern lassen ihre kommunen Lügen überall ausbreiten und füllen die ehrlosen Lokalblätter zum Überlaufen damit an; man muß alles anwenden, um die Wahrheit triumphieren zu machen, was heut zu Tage ein viel schwereres Stück ist, als zu allen Zeiten vorher"*.

[5] Zum Teil im Besitz des Stadtarchivs Regensburg. — Vgl. P. Wentzke, Bayerische Stimmen aus der Paulskirche. Die Septembertage 1848, in: Bayern. Staat und Kirche, Land und Reich = Archiv und Wissenschaft, Schriftenreihe der archivalischen Zeitschrift Band 3 S. 423 Anm. 1.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0069-0
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

Noch mehr schimpft er über die Presse, nie hat es bisher in der Geschichte ein Beispiel einer ähnlichen Verworfenheit in der Presse gegeben, wo jetzt die niedrigsten Naturen ihr Unwesen treiben. *„Diese Lumpenhunde von Zeitungsschmierern sollte man so lange auf ihre Lügenrüssel hauen, bis sie ganz unbrauchbar gedroschen sind"*. Am *„Joch der Neuzeit"* tragen die Journalisten die meiste Schuld. Da lobt er sich die Leute in Dinkelsbühl, wovon ihm der Abgeordnete Raumer erzählte. Dort kündigte einer an, daß er jeden Mittwoch die Reichstagszeitung vorlesen werde. Am ersten Abend kamen drei, das zweite Mal niemand mehr.

Als im September Auerswald und Lichnowsky den aufgehetzten Volksmassen zum Opfer fielen, schreibt er, daß er nicht eher ruhen könne, bevor nicht für die beiden Rache genommen sei. Daß Österreich noch solche *„Eisenköpfe"* hat wie Windischgrätz, ist ein wahres Glück für dieses Land. Was wird er wohl mit Blum und Fröbel in Wien machen? *„Ich wüßte es wohl!"* Beide sind für ihn *„Schlingel"*. Er stimmt gegen eine Totenfeier für Blum, da man zu einer noch größeren Begriffsverwirrung des Volkes mit beitrage, wenn man die Opfer seiner Revolution so behandelt. *„Ich bedaure seinen Tod sehr tief, aber eben so seine Handlungsweise!"*

Wenn man es nur mit lauter Ländern wie Bayern zu tun hätte! Er ist alle Tage zehnmal froh darüber, daß er dort zu Hause ist, wo zufriedene, nichts weniger als neuerungssüchtige Menschen wohnen, wo es alle Freiheiten gibt, die ein vernünftiges Land verlangen kann, mit geordneten Gesetzen und Finanzen. *„ . . . aber dies furchtbar unterwühlte Rheinland, dies notige Sachsen, dies starre Preußen und dies arme zerrissene, herrenlose, studenten-verworrene Österreich! . . ."*.

Über Österreich schreibt er im Dezember: *„Von einer Unterordnung unter das Reich will es entschieden nichts wissen und wird nie und nimmer sich von einer Zentralgewalt etwas befehlen lassen, oder Gesetz annehmen. Das ist mir alles recht und ich wünsche es nicht anders — aber es soll einmal sagen, daß es dies will und was es will. Hierüber aber sich zu äußern weiß es mit der größten diplomatischen Feinheit zu vermeiden und es ist sonnenklar, daß es sich jetzt ungestört ordnen will, ohne sich über seine Stellung zu uns zu äußern. Wenn es dann wieder fest und stark ist, dann will's erst kommen und uns diktieren, wie die Sache werden muß. Dann wird es aber unsere Einheit, ohne an die Spitze zu kommen, nimmermehr fertig werden lassen, wenn sie nicht schon fertig ist"*.

An der Spitze des Reiches soll Preußen stehen, freilich jammern da gleich die Bayern und reden von Preußischwerden und lassen sich lieber totschlagen, und die Pfaffen lärmen, als ob der Himmel auch preußisch werden sollte. Preußen allein, als die stärkste Macht, bietet die Garantie gegen Anarchie im Innern wie gegen Bedrohung von Außen her. Im übrigen steht es für ihn fest, daß Preußen vom Schicksal dazu ausersehen ist, an die Spitze des Reiches zu treten, wenn auch erst nach Jahrzehnten, denn daß man in der Paulskirche nichts erreichen wird, weiß er bestimmt. Was nützt die deutsche Gründlichkeit und philosophische Konsequenz? *„Die Tatsachen richten sich nicht nach Modellen. Verfassungen sind gar geschwinde ausgeheckt, aber es gilt hier wieder meine alte Stiefeltheorie: „Die schönsten und besten helfen dem nichts, der sie nicht anziehen kann" "*.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0070-1
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

Wenn er auch manchmal seiner Phantasie freien Lauf läßt und in Einheitsträumen schwelgt, so ist er, der nüchterne Mann mit seiner Stiefeltheorie, ein Feind jeder politischen Romantik. *„Ich weiß nicht, wie man an die Spitze einen Mann von nur moralischem Gewicht wünschen kann, wie man glauben kann, daß aus Deutschland etwas werden kann, wenn sich der Staat, der die Hälfte des Ganzen ist, zurücksetzen lassen soll? Wen unbewußte Sympathien und Antipathien mehr leiten, als die verständige Anschauung wirklicher Zustände, mit dem ist nicht zu reden".*

Im Februar schreibt er, es sei wahrscheinlich, daß die Versammlung ergebnislos auseinandergehen werde, die großen Herren werden sich vergnügt die Hände reiben, und die Philister froh sein, daß sie in ihrer Ruhe nicht gestört werden und Bayern und Schwaben bleiben können wie bisher. Im März: *„Deutschlands Schicksal hängt an einem Haar. . . . Wenn ihr ein Stoßgebet für's Vaterland habt, so ist's jetzt gut angewandt".* Dann im April: *„Der König (Friedrich Wilhelm IV.) ist ein unentschlossener Mann und in der Hand undeutscher Männer . . .". „Die Fürsten haben die Rettung im Reiche nicht erkannt und werden noch ein paar Jahre sich der Täuschung hingeben, sie hätten alles hübsch in statu quo. Dann wird's aber mit Schrecken gar werden, denn niemand wird sich noch einmal von ihrer Perfidie täuschen lassen, mit der sie zehn Monate uns gegen ihre Feinde kämpfen ließen, um uns dann wegzuwerfen, weil wir fragen: weshalb wir das getan haben?"* Und in Bayern sieht man nicht weiter, als eine mäßig lange Nase reicht, und die Bayern bilden sich ein, alle Welt denkt so wie in der Gegend zwischen Freising und München. Friedrich Wilhelm hat alles verdorben, er will aus der Hand des Volkes keine Krone nehmen, *„er will durchaus von Gottes Gnaden sein und nur durch die Stellvertreter Gottes auf den Thron gehoben werden. Er will eine Verfassung, woran er gar nichts gemacht hat, nicht annehmen! Vielleicht fällt ihm noch ein, daß die ersten Kronen doch wohl nicht vom Himmel auf die Fürstenköpfe gefallen sind und daß die oft und dick besagte Vereinbarungstheorie grauer ist als alle anderen Theorien".*

Am 3. Mai schreibt er nach Hause: *„Wir sind natürlich seit der preußischen Ablehnung am Ende und werden wohl ein Mittel finden uns auf würdige Weise zu trennen. Ich bin, wie sich von selbst versteht, fest entschlossen, treulich mit meiner Partei zu halten und auszuhalten bis zum Ende".*

Regensburg hatte mit Adolph von Zerzog einen Mann in die Paulskirche gewählt, auf den die Stadt stolz sein konnte. Er vertrat seinen Wahlkreis bis zum bitteren Ende würdig.

Die Errichtung eines geeinten deutschen Vaterlandes, um die man sich in Frankfurt fast ein Jahr lang bemühte, war ihm ein ernstes Anliegen. Er trat mit seiner ganzen Persönlichkeit, die offen, aufrecht, ohne Falsch war, für dieses hohe Ziel ein. Die Ideen, die er bereits in seiner Erlanger Studentenzeit als Mitglied der Burschenschaft empfangen hatte, blieben auch in späteren Jahren in ihm lebendig.

Als Parlamentarier fühlte er sich bei Abstimmungen nur seinem Gewissen gegenüber verantwortlich. Es wurmte ihn, daß er bei der Abstimmung über den preußisch-dänischen Waffenstillstandsvertrag mit der Linken, die er haßte wie die Pest, stimmen mußte, aber als echter Deutscher konnte er

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0071-7
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

nicht anders handeln, auch wenn seine eigenen Parteifreunde anderer Meinung waren.

Er war bayerischer Abgeordneter, hatte aber nur Verachtung für diejenigen seiner Landsleute, denen es an Verstand fehlte, einzusehen, daß man dem Ganzen zuliebe eben Opfer bringen müsse. Auch in einem unter Preußens Führung geeinten Deutschland — und daß Preußen einmal die Führung übernehmen werde, stand für ihn fest — werden die Bayern Bayern bleiben dürfen.

Seine Briefe, in einer bilderreichen Sprache geschrieben, machen uns diesen Mann sympathisch. Wir haben aber auch allen Grund, seine politische Einsicht, sein gesundes Urteil zu bewundern. Von Anfang an hatte er einen klaren Blick für die Schwächen der Paulskirche. Für Utopien war in seinem Gehirn kein Platz. Sein praktischer, auf das tatsächlich Erreichbare gerichteter Sinn haßte endloses Debattieren, wodurch man das hohe Ziel, die rasche Einigung des Vaterlandes, aus den Augen verlor und dem Gegner die Möglichkeit gab, seine Kräfte zu sammeln. Aus seinen Briefen spricht die bange Sorge eines Vaterlandsfreundes, es möge am Ende alles umsonst gewesen sein.

Wäre der Paulskirche ein Erfolg beschieden gewesen, hätte sich Regensburg und Bayern im Parlament eines geeinten Reiches keinen Mann wünschen können, der wärmer für die gesamtdeutschen Belange eingetreten wäre, als Adolph von Zerzog[6].

Die politischen Vereine

Während der Vorbereitungen zur Wahl eines Abgeordneten im April hatte man schon an die Gründung eines fortschrittlichen Vereines gedacht. Im Mai äußerte sich Dr. Gerster im Tagblatt[1] zur Gründung eines Vereins. Die Bildung eines Fortschrittvereines scheine ihm im Interesse des Vaterlandes und unserer jungen Freiheit, sowie der Kräftigung eines nationalen Bewußtseins im Volke als Bildungsschule notwendig. *„Aber mein Streben und Handeln hat so vielartige Deutung erfahren, daß ich das undankbare Geschäft der Mitwirkung zur Bildung eines solchen Vereins von würdigeren und verständigeren Männern übernommen zu sehen erwarte“.*

Da sich diesem undankbarem Geschäft in den nächsten Monaten niemand unterziehen wollte, so dauerte es noch geraume Zeit, bis man zur Gründung von Vereinen schritt. Bevor sich aber die Masse der *„fortschrittlich gesinnten“* Männer Regensburgs im *„Verein für deutsche Einheit und Freiheit“* zusammengeschlossen hatte, entstanden zuerst noch andere Vereinigungen.

Als erster trat am 8. September der „Volksverein“ ins Leben. *„Durchdrungen von dem Bedürfnis gegenseitigen Austausches der politischen An-*

[6] Aufschlußreiches über die bayerischen Abgeordneten in der Paulskirche — darunter auch Adolph von Zerzog — in der Darstellung des Paul Wentzcke, Bayerische Stimmen aus der Paulskirche, Die Septembertage 1848, in: Bayern. Staat und Kirche, Land und Reich, in: Archiv und Wissenschaft, Schriftenreihe der archivalischen Zeitschrift, Band 3 Seite 423 ff.

[1] R. T. Nr. 130, 10. Mai 1848 (Beilage).

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0072-3
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

sichten und Überzeugungen, durchdrungen von der Notwendigkeit eines gemeinsamen Festhaltens an den Verheißungen und Errungenschaften in den glorreichen Tagen der Erhebung im März d. J. und deren Schutz gegen Reaktion, wie gegen Gesetzlosigkeit, erfüllt von dem gemeinsamen Streben der deutschen Volksstämme und Lande Verlangen und der deutschen Fürsten Worte von deutscher Einigkeit und Einheit auch zu verwirklichen und zwar auf volkstümlicher Grundlage und für die so eben angegebenen Zwecke mit vereinten Kräften zu wirken, hat sich ein politischer Verein hier gebildet unter dem Namen Volksverein in Regensburg und Stadtamhof"[2].

Damit hat also die Stadt bewiesen, daß in ihr nicht mehr *„Zopftum und Reaktion"* herrsche, daß ihre Bewohner nicht weniger an den großen Fragen der Zeit teilnehmen als die Bewohner anderer Städte. Sofort ergibt sich auch für den neuen Verein, der jetzt schon an die 200 Mitglieder zählt — die öffentliche Versammlung findet jeden Freitag bei Herrn Hüttenmeier statt — die Gelegenheit, bei einem wichtigen Ereignis in die Öffentlichkeit zu treten.

Der Abschluß des Waffenstillstandsvertrages mit Dänemark ist ein willkommener Anlaß, sich mit einer Adresse der Nationalversammlung bemerkbar zu machen[3]. Aus dem Munde der Abgesandten des Parlaments, die den Reichsverweser in Wien von seiner Wahl benachrichtigten, habe man bei deren Aufenthalt in Regensburg vernommen, daß es die Nationalversammlung für wünschenswert halte, wenn das Volk ihr seine Wünsche, Hoffnungen und Befürchtungen kundgebe. Das erste Lebenszeichen des Volksvereins solle daher die Aussprache freudiger Anerkennung und freudigen Danks an die Nationalversammlung sein, vor allem an jene Männer, die dem schimpflichen Waffenstillstandsvertrag mit Dänemark die Anerkennung versagten.

Als dann in Frankfurt Unruhen ausbrachen und man glaubte, daß der Zeitpunkt für die Verlegung der Nationalversammlung günstig sei, ist es wieder zuerst der Volksverein, der zu diesem Zwecke eine Bürgerversammlung einberuft. Die Angelegenheit wurde aber dann von den städtischen Behörden selbst in die Hand genommen. Für den Ausschuß des Vereins zeichnet jetzt Dr. Gerster als derzeitiger Vorsitzender. Bald darauf wendet sich der Volksverein an die vereinigte Linke der deutschen Nationalversammlung, die aus Anlaß des Waffenstillstandsvertrages in einer Ansprache an das deutsche Volk das Verhalten derjenigen Abgeordneten brandmarkte, die für die Annahme des Vertrages stimmten. Der Regensburger Verein spricht diesen Männern seine Anerkennung aus für ihr Verhalten, er ist überzeugt, *„daß Deutschlands Einheit und Freiheit nicht eher reine Wahrheit werde, bis nicht die Mehrheit des Parlaments vom Geiste der vereinigten Linken beseelt sein wird"*. Über dieses Telegramm ist man aber in Regensburg sehr unwillig. Das Verhalten des Volksvereins wird mit Empörung zurückgewiesen, da er Majoritätsbeschlüsse nicht anerkenne und damit die Bevölkerung Regensburgs, die zu $^{9}/_{10}$ jedem wühlerischen Treiben abhold ist, diffamiere.

[2] R. Z. Nr. 263, 22. September 1848.
[3] R. T. Nr. 252, 12. September 1848.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0073-8
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

Inzwischen erfolgte in der R. Z. ein Aufruf zur Bildung eines fortschrittlichen Vereins. Schon früher, in Nr. 254, war auf die Notwendigkeit der Bildung eines solchen Vereins in Regensburg hingewiesen worden, ohne daß ein Erfolg zu verzeichnen gewesen wäre. „Wachet auf, ihr Träumer und Schläfer! Ermannt Euch und seid wachsam, tätig und einig! — Damit euch die Ereignisse nicht nochmals übereilen, überstürzen und erdrücken!“[4] Warum kommt es nun hier nicht zu einer solchen Vereinigung, wie es an anderen Orten schon längst geschehen ist?

„Weil Keiner von Allen den Männern der Wissenschaft und Lehre, der Gewerbe und Verwaltung, des Handels und der Wehre, — wenn auch befähigt und politisch gebildet, — den festen Willen hat, sich mit andern gleich Befähigten an die Spitze zu stellen und die erste Leitung zu übernehmen; weil jeder von ihnen fürchtet, im öffentlichen Leben zu verlieren an Ruf, Ansehen und Einfluß, und dabei nicht bedenkt, daß Ansehen, Einfluß und Anerkennung der Einzelnen nur mehr im öffentlichen Leben gewonnen werden können, daß dieses selbst aber erst jetzt seine volle Ausbildung, seine volle Geltung erlangen kann und muß; — weil Jeder fürchtet, eine persönliche Anfeindung, einen Parteikampf hervorzurufen, ohne zu erwägen, daß heut zu tage reine Farbe bekannt werden, jeder eine Partei ergreifen, jede Halbheit verschwinden muß; — weil endlich Keiner sich loszureißen vermag von seinen Gewohnheiten, seiner Behaglichkeit und Bequemlichkeit, und Jeder der geheimen Hoffnung lebt, die Tage der Aufregung würden bald vorüber gehen, die Tage der Ruhe wiederkehren und ihm gestatten, das behagliche Leben fortzusetzen.

Die Kurzsichtigen! Sie bedenken nicht, daß die Zeit der Ruhe vorüber ist, die der Bewegung begonnen hat, daß wir nicht am Ende, nicht in der Mitte, erst im Anfang der Bewegung stehen, daß nicht Monden, daß Jahre verschwinden werden, ehe die gewohnte Ruhe, der gewohnte Friede wieder eintreten, ja daß diese vielleicht nimmer in alter Weise wiederkehren! Die Kurzsichtigen, die Fanatiker der Ruhe, — wie sie anderswo genannt wurden, — bedenken nicht, wie eben ihre Ruhe, ihre Lethargie ihnen nur Nachteile bringen muß, wie jeder Stunde Zögerung Verlust und jeder Aufschub, jeder Stillstand Rückschritt ist, — Gewinn nur für die entgegenstehenden Elemente der Aufregung, der Wühlerei und des Umsturzes.

Den Vorwurf des Stillstandes, des Rückschrittes, den beschämenden Vorwurf der Ruhe um jeden Preis kann und darf aber die Mehrzahl der Bewohner Regensburgs nicht auf sich nehmen; — diese überwiegende Mehrheit muß endlich zur Einsicht, zur Überzeugung, zur Klarheit kommen! Um dazu aber beizutragen ergeht an Euch Männer von Regensburg nochmals die dringende Mahnung: wachet auf aus Eurem Schlummer, Eurer Trägheit und Gleichgültigkeit! Legt ab diesen Hang zum leeren Zuschauen, Bedenken und fruchtlosen Bekritteln! Ermannt Euch rasch! — ich beschwöre Euch, — und vereinigt Euch endlich zu einem stattlichen Banner moralischer Kraft und Einigkeit, einer starken Stütze der bestehenden Organe für Deutschlands Einheit, Größe und Macht!“

Dieser Aufruf fand auch großen Anklang in den Herzen der Regensburger. Viele Männer wären stündlich dazu bereit, heißt es einige Tage später in der Presse, die Frage ist nur, wo und um wen soll man sich zusammentun? Einige Tage vorher, am 15. Oktober, dem Geburtstag der Königin, hatten sich mehrere Männer aus Regensburg und Stadtamhof zusammengeschlossen und hatten einen *„Verein für konstitutionelle Mo-*

[4] R. Z. Nr. 289, 17. Oktober 1848 (Beilage).

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0074-4
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

narchie und religiöse Freiheit" gebildet[5]. Man hatte bereits einen Ausschuß gewählt, der mit dem Münchner Verein gleichen Namens in Verbindung getreten war. Aber diese Vereinigung hatte keinen langen Bestand. Als ein paar Tage später zur Bildung eines neuen Vereins aufgerufen wurde, erklärte sich *der „Verein für konstitutionelle Monarchie und religiöse Freiheit"*, der eben seine Statuten veröffentlichen wollte, für aufgelöst, um den 64 Mitgliedern, die sich diesem Verein seit seiner Gründung angeschlossen hatten, die Möglichkeit zu geben, sich der neuen Vereinigung anzuschließen und um keine Zersplitterung innerhalb der Bürgerschaft hervorzurufen, da beide Vereinigungen die gleichen Ziele verfolgten. Die bisherigen Mitglieder dieses Vereins, die sich zur Vertretung ihrer politischen Ansichten dem neuen Verein anschließen können, konstituieren sich, um ihre Bestrebungen für die Begründung und Erhaltung vollständiger und wahrer religiöser Freiheit und für die Wahrung der positiven Rechte aller christlichen Konfessionen nicht aufgeben zu müssen, als Pius-IX.-Verein und treten mit dem Zentralverein in Mainz in Verbindung. Die Vorstände des Pius-Vereins in Regensburg sind v. Baumgarten und Dr. Schmitz, kgl. Lyzealprofessor.

Der Ausschuß des neuen Vereins, der später den Namen *„Verein für deutsche Einheit und gesetzliche Freiheit"* führte, lädt Ende Oktober zum Beitritt alle ein, die sich mit den vorläufigen Programmpunkten einverstanden erklären:

1. Deutschlands Einigung, die Verwirklichung eines großen, nach Innen glücklichen nach Außen starken und geachteten Vaterlandes;
2. Anerkennung der Zentralgewalt und Festhalten an den Beschlüssen der Nationalversammlung;
3. Im engeren Vaterlande Wahrung der konstitutionellen Monarchie, so wie der bereits anerkannten Volksrechte und ungehemmte Entwicklung der verfassungsmäßigen Freiheit;
4. Achtung der Gesetze, Aufrechterhalten von Ordnung durch Verhütung oder Unterdrückung rechts- und gesetzwidriger Vorgänge, indem nur unter strengster Achtung von Gesetz und Ordnung wahre Freiheit erhalten und erweitert, die Wohlfahrt aller Klassen durch gegenseitiges Vertrauen gesichert und das Glück des Vaterlandes erstrebt werden kann[6].

Der neue Verein umfaßt die beiden Nachbargemeinden Regensburg und Stadtamhof. Unter den 30 Gründungsmitgliedern befinden sich die Ärzte Dr. Herrich, Dr. Popp; die Advokaten Thoma, Dr. Klingsohr, Rudhart; ein Geistlicher, der Kanonikus Hemauer; der Rechtsrat Schubarth; eine Anzahl von Bürgern, darunter der Bleistiftfabrikant J. Rehbach, der Buchhändler Pustet, sowie eine Reihe von Handwerksmeistern. Die Einzeichnungslisten wurden am 10. November vorläufig geschlossen, in den folgenden Tagen fand die Wahl des Ausschusses und die Beratung über die Statuten des Vereins statt, die von Dr. Pangkofer verfaßt wurden[7].

[5] R. Z. Nr. 294, 22. Oktober 1848.
[6] R. Z. Nr. 297, 26. Oktober 1848.
[7] Für die Tätigkeit der Vereine aus dieser Zeit kommen als Quelle nur die Zeitungen in Frage. Die vorhandenen Akten über die Vereine wurden dem Magistrat vom kgl. Stadtkommissariat abverlangt und kamen nicht mehr zurück. R. A. R. 259/1. Sie konnten weder im Staatsarchiv in Amberg noch im Hauptstaatsarchiv in München festgestellt werden.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0075-0
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

Der Ausschuß des Vereins enthält seit Ende November die Namen folgender Regensburger Bürger: Dr. Gerster (Arzt), Brauser (Großhändler), Halenke (Rauchwarenhändler), Hemauer (Kanonikus), Dr. Pangkofer (Literat), Dr. Popp (Arzt), Niedermayer (Mechanikus), Dr. Herrich (Arzt), Chr. Rehbach (Fabrikant), Sauer (fürstl. Thurn und Taxis'scher Baukondukteur), Thoma (Advokat). Die Ärzte Dr. Popp und Dr. Herrich erklären Mitte Dezember ihren Austritt aus dem Verein, weil innerhalb des Vereins eine *„ihren Ansichten geradezu widerstrebende Richtung sich geltend macht"*[8].

Der Verein zählte in den folgenden Monaten ungefähr 500 Mitglieder. Der früher gegründete „Volksverein" erklärte sich im Januar 1849 für aufgelöst. Eine Anzahl seiner Mitglieder war schon von Anfang an dem neuen Verein beigetreten. Zur Haltung politischer Zeitschriften und zur Unterstützung politischer Flüchtlinge bleibt aber der ehemalige Volksverein weiterhin als sog. Lese- und Unterstützungsverein bestehen. Nach der Rückeroberung Wiens zahlte der Verein mehrfach Beiträge an Flüchtlinge. Die Mitglieder, die monatlich einmal zusammenkommen, zahlen einen Beitrag von drei Kreuzern monatlich.

Der Verein für deutsche Einheit und gesetzliche Freiheit entfaltete seine Haupttätigkeit in den Monaten März und April des Jahres 1849, wo er für die Annahme der Reichsverfassung in Adressen und Volksversammlungen, nicht nur in Regensburg, sondern auch in der näheren Umgebung, eintrat. Auf seine Veranlassung hin fand am 22. April 1849 ein Zusammentreffen der politischen Vereine von Regensburg, Straubing und Landshut in Mallersdorf statt, zugleich mit einer Volksversammlung. Ähnliche Zusammenkünfte fanden in diesen bewegten Tagen auch noch an anderen Orten in der Umgebung Regensburgs statt, so z. B. in Burglengenfeld und Mintraching. Die Redner auf diesen Versammlungen waren aus den Reihen des Regensburger Vereins stets Dr. Gerster und Dr. Pangkofer.

Auch nachdem das Werk der Paulskirche gescheitert war, blieb der Verein in Regensburg noch am Leben. Im Sommer 1849 finden regelmäßig Zusammenkünfte statt, die letzte wohl am 1. August. Ein Jahr später, am 11. Juni 1850, muß die Stadt an die Regierung über die in ihrem Bereich bestehenden politischen Vereine berichten. Es heißt in dieser Meldung, daß seit länger als einem Jahr keine Versammlung mehr stattgefunden habe, *„und scheint der Verein überhaupt seit dieser Zeit gänzlich untätig zu sein"*[9]. Sein Programm hatte er den neuen Zeitverhältnissen angepaßt. Als Grundsätze gelten: Vollste politische Freiheit innerhalb der bestehenden und weiter auszubildenden Gesetze; die Einheit Deutschlands gilt es zu fördern, ebenso die Erstrebung einer starken Zentralgewalt, geschaffen unter Mitwirkung der nationalen Volksvertretung; Feststellung der deutschen Reichsverfassung durch eine nächste Nationalversammlung. Die Intelligenz, Ärzte, Advokaten, findet man nicht mehr im Ausschuß, der nur die Namen von Handwerksmeistern enthält. Den Vorsitz führt ein Drechslermeister aus Stadtamhof.

In erster Linie einen religiösen Zweck, dann aber auch einen religiös-politischen, verfolgt der Pius-Verein, dessen Gründung schon erwähnt

[8] R. T. Nr. 348, 17. Dezember 1848.
[9] R. A. R. 259/1.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0076-6
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

wurde[10]. Die Mitglieder des Vereins müssen der katholischen Kirche angehören. In religiöser Beziehung erkennt er die vollkommene Gleichberechtigung der seit 200 Jahren in Deutschland bestehenden drei christlichen Konfessionen an. Er huldigt dem Grundsatz der kirchlichen Freiheit und Autonomie und fordert vom Staat in diesen bewegten Zeiten den äußeren Schutz der Kirche, wie er ihn jeder anderen zu Recht bestehenden Gesellschaft gewährt. In religiös-politischer Hinsicht hält er daran fest, *„daß die Macht der Fürsten und der Obrigkeit von Gott gesetzt ist, um die Völker zu regieren, und daß die Völker um Gottes willen zum Gehorsam gegen das Gesetz, zur Untertänigkeit unter Recht und öffentlicher Ordnung, und zur Ehrerbietung gegen die Obrigkeit verpflichtet sind"*.

Eine sehr umfangreiche Tätigkeit entfaltet im Jahre 48 der Gewerbeverein. Man war der Ansicht, daß im kommenden Reichsgrundgesetz die völlige Gewerbefreiheit verkündet werde, wogegen der Gewerbeverein entschieden Stellung nahm. Im Namen sämtlicher Gewerbevereine der Oberpfalz, die sich dem Regensburger Verein angeschlossen hatten, richtete dieser am 9. Juli eine Adresse an die Nationalversammlung. Der Verein erklärt sich einverstanden mit den Grundsätzen, welche von einer Versammlung des norddeutschen Handwerker- und Gewerbestandes am 10. Juni in Hamburg festgelegt worden waren. Die Regensburger Handwerker und Gewerbetreibenden wenden sich scharf gegen die Gewerbefreiheit, sie fordern, daß dieselbe, soweit sie in Deutschland besteht, durch einen besonderen Paragraphen des Reichsgrundgesetzes aufgehoben werde. Sie erklären sich für mündig und befähigt, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln, auch die der sozialen Frage selbst vorzunehmen. Sie zeigen der Nationalversammlung an, daß sie zu dem am 15. Juli in Frankfurt beginnenden Handwerker- und Gewerbekongreß einen Abgeordneten schicken werden. Der Regensburger Gewerbeverein steht mit den Vereinen von München, Augsburg, Nürnberg, Dresden, Leipzig und Hamburg in Korrespondenz. Als Abgeordneter zum Handwerker- und Gewerbekongreß wurde gewählt der Drechslermeister L. Niedermayr aus Stadtamhof. Die Instruktionen, die man ihm nach Frankfurt mitgab, enthalten 21 Paragraphen.

Der Gewerbekongreß in Frankfurt hat zu veranlassen, daß zu dem in der Nationalversammlung gebildeten Ausschuß für Industrie und Gewerbe eine permanente Kommission von Abgeordneten des Gewerbekongresses hinzugezogen wird. Gegen alle Beschlüsse, welche von der Nationalversammlung in Sachen der Industrie und des Handels gefaßt werden, hat der Abgeordnete Verwahrung einzulegen, falls keine Vertreter des Kongresses beigezogen werden. Dem Abgeordneten wird eingeschärft, gegen jede Art der Einführung von Gewerbefreiheit zu protestieren. Auch der Nachweis der Gewerbstüchtigkeit genüge nicht zur Erteilung von Gewerbefreiheit. Sie verlangen eine Gewerbeverleihung durch Konzession der Gemeindebehörden (je nur eine Konzession für einen Gewerbsmann) nach vorherigem Nachweis der Befähigung, Vernehmung der Innung und Erwägung des Bedürfnisses. Die Gewerbe gleicher Beschäftigung sind zu Innungen zu vereinigen, die sich selbst ihre Statuten geben können. Jedem Gewerbe steht freieste Entwicklung zu innerhalb seines Wirkungskreises. Jedoch darf jeder Gewerbsmann

[10] Seine Statuten im R. T. Nr. 315, 14. November 1848.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0077-2
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

nur eine Werkstätte und einen Verkaufsladen haben. Außerdem wird gefordert Schutz gegen die Konkurrenz des Auslandes durch hohe Schutz- und Rückzölle schon gefertigter Ware, dagegen die freie Einfuhr aller ausländischen Rohstoffe, die für die Produktion notwendig sind, sowie der unentbehrlichen Nahrungsmittel[11].

So sehr sich der Gewerbeverein in diesem Punkt für die Aufrechterhaltung des Bestehenden und gegen die geringfügigste Lockerung im Gewerbsleben ausspricht, um so eifriger begrüßt er sonst die Errungenschaften der letzten Monate. In einem umfangreichen Wahlmanifest anläßlich der Landtagswahlen anfangs Dezember 1848 legt er seine Ansichten nieder[12]. Was Bayerns Stellung zu Deutschland betrifft, so ist es als Teil des Gesamtvaterlandes der gesetzgebenden wie der exekutiven Reichsgewalt untergeordnet. Gefordert wird ausdrückliche und unbedingte Anerkennung der Nationalversammlung wie der Zentralgewalt. Weiterhin: *„Unverweigerliche und sofortige Abtretung derjenigen Selbständigkeit, deren Aufgebung die deutsche Nationalversammlung zur Gründung der Einheit Deutschlands für notwendig erachten und die Zentralgewalt fordern wird“* und *„Niederkämpfung aller etwaigen Sonderinteressen und Sonderbestrebungen, die zum Widerspruch gegen die Beschlüsse der deutschen Nationalversammlung führen würden“*.

Alle von der deutschen Nationalversammlung festgesetzten Grundrechte sollen sofort nach ihrer Publikation in Bayern gesetzliche Geltung haben. Die Landesverfassung soll im Sinne und Geiste der Frankfurter Parlamentsbeschlüsse umgebildet und neu gestaltet werden. Gefordert wird die Umbildung der Kammer der Reichsräte in einen aus den Volksvertretern hervorgegangenen Senat zur Vertretung und Wahrnehmung der entschiedenen Interessen im Staats- und Volksleben (Kirche, Schule, Handel und Gewerbe, Großgrundbesitz usw.). Gefordert wird außerdem unbedingte Freiheit der Volkskammer, Gesetzesvorschläge zu machen, unter Beschränkung der Einsprache des Senats und der Krone; unbeschränktes Steuerbewilligungs- und Steuerverweigerungsrecht, Prüfung und Feststellung aller Staatseinnahmen und Ausgaben; ein neues volkstümliches Wahlgesetz mit direkten Wahlen und erleichterter Wahlart durch Einteilung der Wahlbezirke in kleinere Distrikte; jährliche Einberufung des Landtags mit dreijähriger Finanzperiode. Für den Staatshaushalt wird gefordert: grundsätzliche Sparsamkeit überall, Besteuerung nach dem Grundsatze der gleichmäßigen Heranziehung aller Steuerfähigen und der erhöhten Beteiligung bei erhöhter Fähigkeit, Minderung der Zivillisten und Apanagen, so wie der großen Besoldungen und Pensionen der hohen Staatsbeamten, Vermeidung unnötigen Aufwandes, namentlich bei allen öffentlichen Bauten, Eisenbahnen, Militäreinrichtungen usw.; Beschränkung auf das Nützliche und Notwendige.

Das Jahr 1849 war auch das Entstehungsjahr eines Arbeiterbildungsvereines, der aus dem Gesellenverein hervorging und sehr bald schon 700 Mitglieder zählte. Er möchte dem Arbeiter *„wahre wissenschaftliche Bildung“* verschaffen und ihn mit jenen Kenntnissen bekanntmachen,

[11] R. T. Nr. 200, 22. Juli 1848.
[12] R. T. Nr. 330, 29. November 1848.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0078-7
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

„die für sein ganzes Leben erfolgreich sein können, um den Arbeiter dadurch auf jene Stufe zu bringen, die ihn berechtigt auf gleiche Höhe mit den übrigen Staatsbürgern gestellt zu werden . . .“[13]. Die Zeit der großen Entfaltung dieser Vereine kam aber erst später.

Auswirkungen der Revolution auf die Oberpfalz

Im Gegensatz zu den benachbarten Franken ist der Oberpfälzer, von Natur aus spröde und wortkarg, in jenen bewegten Wochen und Monaten ein Muster konservativer Gesinnung. Er weiß mit dem Neuen wenig anzufangen. Das Wort Revolution kennt er kaum. Was er in diesen Wochen und Monaten vernimmt, legt er auf seine Art aus. Über alles geht ihm die Anhänglichkeit zu seinem Herrscherhaus. Er möchte am Altüberlieferten festhalten, wenn es auch da und dort seit Jahr und Tag drückende Mißstände gibt, für deren Abschaffung gerade jetzt der günstige Augenblick gekommen ist.

Über die Stimmung im Regenkreis, der heutigen Oberpfalz, geben einige Berichte Aufschluß, die von der königlichen Regierung in Regensburg nach München gehen[1]. Im Dezember des Jahres 1844 schreibt der Regierungspräsident Frh. von Zu-Rhein, daß man mit der Haltung der Bevölkerung im oberpfälzisch-regensburgischen Kreise im ganzen zufrieden sein kann. Wohl tauchen hie und da Symptome teilweiser Mißstimmung auf, die aber in materiellen Verhältnissen wurzeln. So kommt es alljährlich zu Unruhen kleineren Ausmaßes wegen der Abgabe der benötigten Waldstreu. Es liegt kein Grund zur Befürchtung vor, daß irgendeine Aufregung politischer Natur tiefere Wurzeln gefaßt habe. Das gleiche wurde von Männern bezeugt, die der Regierungspräsident als Bevollmächtigte beauftragte, die öffentliche Meinung zu erkunden, vor allem in den gegen Böhmen gelegenen Grenzstreifen.

Der Regierungspräsident, der es, wie die folgenden Zeilen beweisen, sehr ernst nimmt, nicht nur in der Feststellung des Gegebenen, sondern noch mehr in seiner Sorge um die Beseitigung der Mißstände, die sich aus der materiellen Not der Bevölkerung ergeben, weist auf die Gefahr des Kommunismus hin. *„Jenes Evangelium, welches die Kommunisten predigen, findet überall seine Jünger, wo das Maß der Not vollgestrichen ist, und den Regierungen möchte es um so schwerer werden, auf anderem Wege, als dem der größtmöglichen Förderung der materiellen Volks-Interessen dem Umsichgreifen dieses Dogmas, welches eine Reformation des 19. Jahrhunderts herbeizuführen droht, Schranken zu setzen, als nach einer jüngsten Mitteilung, welche ich dem Präsidium der kgl. Regierung von Schwaben und Neuburg verdanke, die Organe des Kommunismus nun nicht mehr die schwache Außenseite der Gesetzwidrigkeit vorzukehren beabsichtigen, sondern vielmehr von den leitenden Ausschüssen in Zürich die Weisung erhalten haben, sich äußerlich eines geregelten Lebens zu befleißigen, damit die entsprechenden Behörden nicht an unbedeutenden Zufälligkeiten einen*

[13] R. T. Nr. 91, 1. April 1849.
[1] HStM, MInn 45782.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0079-6
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

willkommenen Anlaß finden, sie als Anhänger einer Sekte zu befehden und zu verfolgen, während denselben vor allem zur Aufgabe gesetzt wird, des Schutzes der Gesetze teilhaftig zu werden, und im stillen desto sicherer wirken zu können". Auch in der Presse wird zu diesem Problem Stellung genommen. Das Wort Kommunismus — damals noch ein Schlagwort — wird von den meisten als Gespenst an die Wand gemalt. Die R. Z.[2] spricht von Begriffsverwirrungen zwischen Mein und Dein, wie sie in jüngster Zeit emporgetaucht sind. Mögen es nur solche sein und kein praktischer Radikalismus, den man Kommunismus nennt. Der Gegensatz zwischen arm und reich zwar hat immer bestanden und wird auch in Zukunft bestehen, etwas anderes aber als Armut ist der Pauperismus, die Volkskrankheit unserer Tage, sie entsteht aus dem Anwachsen künstlicher Bedürfnisse[3].

Im November 1844 schickt der Regierungspräsident den Regierungsrat Schubart in die Landgerichtsbezirke Neustadt, Tirschenreuth, Waldsassen, Kemnath und Eschenbach. Er meldet darüber, *„daß in den nördlichen Teilen des Regierungs-Bezirkes eine nicht unbedeutende Mißstimmung bestehe, und namentlich Verhältnisse daselbst unter schlichten Landleuten mit Bitterkeit zur Sprache gebracht werden, deren Kunde auf eine nicht begreifliche Weise dahin gelangt sein müsse".*

Ein anderer Bericht im gleichen Monat führt die Unzufriedenheit in diesem nördlichen Teil der Oberpfalz auf die materielle Notlage des Volkes zurück. Es zeigt sich gerade in diesen Bezirken bei zunehmender Bevölkerung auch eine starke Auswanderungslust. Von diesen Gegenden aus bestehen auch Verbindungen mit Oberfranken. *„Bis tief in die Schluchten der Waldgebirge, in Einzelhütten, wohin früher kaum die Kunde von größeren Weltereignissen drang und die Bewohner, unbekümmert um das, was außer ihrem engen Kreise geschah, ruhig und zufrieden ihrem Gewerbe nachgingen, hört man jetzt Anordnungen der Staatsregierung mit Bitterkeit besprechen und von Verhältnissen reden, deren Kenntnis wohl erst seit kurzem in diese Hütten gekommen ist . . . Das Wort „Revolution", fremd dem deutschen Herzen, wie der deutschen Zunge, hört man nicht selten aus dem Munde des schlichten Landmanns, der die Schreckenstat nicht kennt, die dieser Wortbegriff in sich schließt".*

Im Revolutionsjahr richten die Abgeordneten der Oberpfalz einen Antrag an den Landtag, in dem sie die Mißstände in diesem Teil Bayerns ausführlich schildern und zugleich die Bitte aussprechen, beim König um baldigste Abhilfe nachzusuchen[4]. Auf den meisten Staatswaldungen, besonders im Kreise Oberpfalz-Regensburg, haften von jeher bedeutende Forstdienstbarkeiten. Die ländliche Bevölkerung ist auf die sich daraus ergebenden Bezüge von Holz- und Waldstreu angewiesen, diese machen

[2] R. Z. Nr. 97, 6. April 1848.

[3] Ein Artikel „Aus der Oberpfalz" mit der Überschrift „Luxus" (R. Z. Nr. 154, 3. Juni 1848) befaßt sich mit einer der „größten, ernstesten Fragen unserer Zeit", mit dem Verhältnis zwischen Arbeit und Lohn. Der Sozialismus, dessen Aufgabe die Aufhebung des Proletariats sei, will nicht nur eine Linderung der Not herbeiführen durch Wohltaten und Opfer der Liebe, sondern eine gründliche Heilung durch Beseitigung des Mißverhältnisses zwischen der Arbeit und ihrem Lohn, zwischen dem Arbeitsverdienst und dem Preise der Subsistenzmittel.

[4] R. T. Nr. 88, 28. März 1848 (Beilage).

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0080-7
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

einen beträchtlichen Teil des Vermögens der Landbewohner aus und sind notwendig und unentbehrlich zur Bewirtschaftung ihres Grundeigentums. Bis zum Jahre 1805 wurden diese Bezüge an Holz und Streu aus den landesherrlichen Waldungen oder aus Kirchenbesitz, der später Staatseigentum wurde, regelmäßig gewährt. Später schränkten die Finanz- und Verwaltungsbehörden diese Bezüge auf mancherlei Art ein, dann ging man immer weiter, und schließlich wurde das uralte Recht der Landbevölkerung auf diese Bezüge gänzlich bestritten. Die Bevölkerung führte gegen den kgl. Fiskus eine Reihe von Prozessen, die viele kgl. Beamte und Richter fast ausschließlich beschäftigten und deren Ende in vielen Fällen auf Jahre hinaus noch nicht abzusehen war.

Die Bezüge wurden immer mehr eingeschränkt. War es der Bevölkerung früher erlaubt, ihre Arbeiten in den Waldungen selbst zu verrichten, so wurden diese nunmehr vom Forstpersonal ausgeführt, wofür die Bevölkerung bedeutende Ausgaben zu leisten hatte, z. B. für Holzhauerlohn und Stockgraberlohn. Diejenigen, denen das Forstpersonal nicht gut gesinnt war, wurden gezwungen, ihre Bezüge, soweit man sie ihnen nicht ganz vorenthalten konnte, aus sehr weit entlegenen Waldungen zu holen oder zu einer ungünstigen Jahreszeit, obgleich diese Abgaben rechtzeitig und aus benachbarten Gemeinden hätten geschehen können. *„Jahrhunderte hatten die jetzt zum Staatseigentum gehörigen landesherrlichen und vormaligen Kloster-Waldungen ausgereicht, um den Forst-Berechtigten aus denselben zu gewähren, was ihnen gebührte, und noch überdies die nötigen Besoldungshölzer und Bauhölzer, sowie an nicht eingeforstete Untertanen einen Teil ihres Holzbedarfs aus denselben käuflich abzugeben. Dennoch wurde gewöhnlich die Zurückweisung oder Verkürzung der Forst-Berechtigten mit dem Vorgeben zu rechtfertigen gesucht, daß der Waldstand die von den Berechtigten verlangten Abgaben an Holz und Streu nicht gestatte, während man nicht selten gleichzeitig beträchtliche Quantitäten Holz aus den mit den Dienstbarkeiten belasteten Waldungen an Holzhändler oder andere Spekulanten käuflich abgab, und den Preis hiefür durch öffentliche Versteigerung möglichst hinauftrieb“.*

Seit dem Jahre 1819 sind unzählige Vorstellungen und Beschwerden wegen solcher Beeinträchtigungen der den Untertanen zustehenden Forstrechte an die Stände gelangt. Oft wurden diese auch beim König von den Ständen befürwortet. Aber Abhilfe geschah nur in einzelnen Fällen und ganz ungenügend. Durch diese ungerechten Maßnahmen werden gerade die Landbewohner, der Kern der Bevölkerung Bayerns, benachteiligt. Wäre ihre Treue und Anhänglichkeit dem König gegenüber nicht so tief verwurzelt, so müßte sie durch solche Maßnahmen schon längst wankend geworden sein.

Der Landtag wolle daher folgende Punkte bei Se. Majestät befürworten:

1. Vorläufig sollen alle Forstberechtigten in den Staatswaldungen wieder in den Besitz der Bezüge von Holz und Streu gesetzt werden, wie derselbe zu Anfang des Normaljahres 1805 war und aus den forstamtlichen Rechnungen und Quittungen ersichtlich ist.
2. Die noch laufenden Rechtsstreite über Forstrechte sollen möglichst durch billige Vergleiche oder Zugeständnisse, nach dem Normalstand des Jahres 1805, beendigt werden.
3. Die Bezüge an sämtliche Bedürftige sollen ohne Unterschied des Grundbarkeits-

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0081-3
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

verhältnisses um billige Forsttaxe abgegeben werden. Die Versteigerungen sollen aufgehoben werden.
4. Die Berechtigten sollen Holz und Streu möglichst aus den zunächstliegenden Waldungen erhalten.
5. Das Holzhauen und Stockgraben auf Forstregie soll eingestellt werden. Den Berechtigten soll es überlassen bleiben, die ihnen gebührenden Bezüge an Holz und Stöcken selbst zu hauen oder durch ihre Hausgenossen forstordnungsmäßig hauen zu lassen.

Über ihre ländlichen Bedürfnisse hinaus nahmen die Oberpfälzer kaum einen Anteil an dem Geschehen der Zeit. Die kgl. Proklamation vom 6. März über die Freiheit der Presse legen sie so aus, *„als sei hiedurch die Aufhebung der Steuern, eine Tilgung aller Schulden, eine Verjagung der Israeliten aus dem Lande, ein freier Bezug von Streu und Holz, eine Entbehrlichkeit der Rechtsanwälte und dgl. bewilligt worden“*, so heißt es in einem Schreiben an das Ministerium[5]. *„Ihre Tendenz ist Pressefreiheit, wie dieses Wort aus einem folgenschweren Irrtum der Landmann interpretiert, nämlich Befreiung von dem, was ihn seiner Meinung nach preßt und drückt ...“*, so schreibt der Landrichter von Nabburg[6].

Die R. Z. schreibt im März, auf den Versammlungen könne man von den Landleuten so manches Mißverständnis hören. Unter Wahlfreiheit meinen sie „Waldfreiheit“, d. h. die Erlaubnis, Streu und Holz nach Belieben in den Staatswaldungen zu sammeln, unter Preßfreiheit, daß man jetzt wegen der Steuern und Abgaben nicht mehr gepreßt werden dürfe[7].

In der Gemeinde Namsreuth[8] im Landgerichtsbezirk Sulzbach kommen die Gemeindemitglieder zusammen und beschließen, daß sie die gegenwärtige redefreie Zeit benützen wollen, um verschiedene Lasten, die ihnen vom Staat auferlegt werden, abzuschütteln. Auch das Amt eines Gemeindevorstehers gehört dazu, diese Ämter müßten daher abgeschafft werden, da sie der Gemeinde nur unnötige Kosten verursachten.

Die Gemeinde Mittelreinbach[9] im Landgerichtsbezirk Sulzbach bringt ihre Forderungen in einem zehn Punkte umfassenden Programm vor.

1. Befreiung von den Beiträgen zur Bezirks-Umlage;
2. Abschaffung des Distriktswegemachers, indem die Gemeinde ihre Straßen in einem guten fahrbaren Zustand erhalten will;
3. Aufhebung der Hebammenbesoldung;
4. Aufhebung der Totenbeschau („Möchte wohl einer von den Beschwerdeführern lebendig begraben werden?“, so fragt die Regierungsbehörde zurück);
5. Aufhebung der Hundevisitation (denn der Tierarzt bezeichnet höchstens die Farbe, das Geschlecht und die Rasse des Hundes, so lautet die Begründung der Gemeinde);
6. Aufhebung der Fleischbeschau;
7. Vornahme der Feuerbeschau durch einen Sachverständigen und um geringe Kosten;
8. Aufhebung der Gemeindevorstände und Einführung einer einfacheren Gemeindeverwaltung;

[5] BStA, KdI 13685.
[6] BStA, KdI 9765.
[7] R. Z. Nr. 83, 23. März 1848 (Beilage).
[8] BStA, KdI 9765.
[9] BStA, KdI 9765.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0082-8
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

9. Diejenigen Gemeindemitglieder, welche Holz- und Streurechte haben, wünschen ihre früheren älteren Rechte ohne Verkürzung wieder zu erhalten;
10. Sämtliche Gemeindemitglieder wünschen ohne Baupläne ihre Bauten ausführen zu dürfen.

Ähnlich lauten die Beschwerden fast aller anderen Gemeinden. In dem Ort Hochdorf bei Wörth wünscht man gar, daß die Männer die *„gespitzten Messer"* tragen dürfen, daß wieder zum Wetter geläutet werden dürfe, kleine Bauten, wie Backöfen und Schupfen, sollten an keine Baugenehmigung gebunden sein. Im Grunde handelt es sich durchwegs um Polizeigesetze, die man als lästig betrachtet, die aber zum großen Teil zum Wohle der ländlichen Bevölkerung geschaffen sind. *„Glückliches Land, wo solche Beschwerden in den Vordergrund treten"*, meint der Landrichter von Nabburg.

Freiwilligenverbände zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung, die fast nirgends ernstlich gestört wurde, werden, nach dem Vorgang der Städte, auch in den ländlichen Gemeinden gebildet[10]. Die Bewaffnung für diese Verbände, die meist nur wenige Mann stark sind, erbittet man von der Kreisregierung aus dem Zeughaus in Amberg. Den Offizieren im Bezirk Vilseck wird der Eid abgenommen, daß sie keiner vom Staate nicht gebilligten Gesellschaft angehören: *„Wir schwören zu Gott, daß wir zu keiner geheimen Gesellschaft oder irgendeiner geheimen Verbindung, deren Zweck dem Staate unbekannt, von demselben nicht gebilligt, oder dem Interesse des Staates fremd ist, gehören, noch gehören werden, so wahr uns Gott helfe und sein heiliges Evangelium*[11].

Wie sehr die ländliche Bevölkerung jeder gewaltsamen Ruhestörung abhold ist und wie sehr sie trotz vieler Beschwerden ihren Grundherrn die Treue hält, ergibt sich aus einem Bericht[12] des Landrichters von Burglengenfeld, der von einem bedauerlichen Mißverständnis berichtet, wodurch der Staatsmanister Frh. von Gise[13] auf seinem Schloß Teublitz in seiner Ruhe gestört wurde.

Es war nämlich im März 1848 das Gerücht verbreitet worden, daß das Schloß des Freiherrn von Leuten aus Burglengenfeld zusammen mit Einwohnern von Teublitz in Brand gesteckt werden würde, woraufhin der Schloßherr abreiste. Ein Bürger aus Burglengenfeld war mit seiner Landwehrflinte nach Teublitz geeilt, um dem Freiherrn gegen die Aufrührer beizustehen. Vor dem Orte Teublitz war er auf einige Bauern gestoßen, welche die anrückenden Burglengenfelder von ihrem Vorhaben, das Schloß zu überfallen, abbringen wollten. Als der Bürger aus Burglengenfeld sagte,

[10] Freiwillige Sicherheitswachen bestanden nach einer Meldung vom 12. April 1848 in den Städten: Regensburg, Amberg, Stadtamhof, Hilpoltstein, Nabburg, Hemau, Kemnath, Sulzbach; dazu in den Märkten: Waldsassen, Nittenau, Riedenburg.

[11] BStA. KdI 9765.

[12] BStA, KdI 9765.

[13] August Freiherr von Gise ist 1783 in Regensburg als Sohn des Reinhard Edler von Koch auf Teublitz geboren. Vom letzten Sprossen des Gise'schen Geschlechts wurde er adoptiert. Von 1832 bis 1846 leitete er das bayer. Staatsministerium des K. Hauses und des Äußern. Er war der erste protestantische Minister in Bayern. W. Schärl, Die Zusammensetzung der bayerischen Beamtenschaft von 1806 bis 1918. (= Münchener Historische Studien, Abt. Bayer. Geschichte Bd. I), München 1955, S. 40, 93.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0083-4
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

„ich bin schon da und die andern kommen gleich nach", sahen die Teublitzer in ihm ihren Feind, fingen an Sturm zu läuten und bewaffneten sich mit Heu- und Mistgabeln, Äxten und Dreschflegeln und gaben zu verstehen, daß sie jeden totschlagen werden, der das Schloß ihres Gutsherrn feindlich angreifen wolle. Erst ein Abgeordneter des Landgerichts klärte schließlich das Mißverständnis auf.

Bei den Übertretungen der Polizeistunde, Störungen der Nachtruhe usw., wie sie besonders an Sonn- und Feiertagen im Monat März und in den folgenden Monaten sehr häufig vorkommen, handelt es sich wohl meist um die üblichen ländlichen Schlägereien, die freilich in der Zeit der freien Meinungsäußerung, der Versammlungsfreiheit und Volksbewaffnung noch mehr gefördert werden. *„Freilich scheint der Freiheitsschwindel besonders unter jungen Leuten immer mehr überhand zu nehmen"*, schreibt der Landrichter aus Riedenburg. Leicht scheint es ein Vorstand eines so großen ländlichen Bezirks damals nicht gehabt zu haben. Der Landrichter des Bezirks Sulzbach berichtet am 31. März von einer großen Unruhe unter der Bevölkerung. Die Nachricht von einer Invasion aus Frankreich hat sich mit Blitzesschnelle und übertreibenden Zusätzen über das Land verbreitet und Furcht und Unruhe hervorgerufen.

Der Durchzug eines kgl. Infanterieregiments bestärkte das Landvolk in der Meinung des bereits ausgebrochenen Krieges. Da während des Tages alles auf den Feldern ist, so ist es schwer, der Bevölkerung die Regierungsbeschlüsse zu verkünden, wodurch sie in Unsicherheit versetzt wird, was ein paar *„Brauseköpfe"* benützen, um auch die Bessergesinnten zu verwirren und in Aufregung zu stürzen. *„Zum Schlusse kann ich nur bemerken"*, schreibt der Landrichter, *„daß die Geschäfte eines Landgerichts in seiner Doppeleigenschaft als Justiz- und Polizei- resp. Administrativ-Behörde fast alles Maß und die gewöhnlichen Kräfte überschreiten, indem jetzt Jedermann alles und mit einem Male will"*.

Leicht mochte es nicht immer gewesen sein, der aufgehetzten Bauernscharen Herr zu werden. Am 21. Mai meldet das kgl. Rentamt Sulzbach, daß sich an die 300 Bauern aus den nördlichen Gemeinden eingefunden hätten. Sie forderten zum Teil alte Rechte aus dem Jahre 1808, wobei sie die Vorlage der Besitzurkunden aus diesem Jahre verlangten. Man mußte den Forderungen nachgeben und *„dergleichen Fassionen aufschlagen, worin allerdings Forstrechte wenigstens fatirt sind"*. Schließlich verlangte man sogar die Vorlage eines Vormerkungsbuches aus dem Jahre 1766. Als man dieses verweigerte, ertönte von allen Seiten Geschrei: *„Dieses Buch muß her! Wir bleiben so lange stehen, bis es herbeigeschafft wird"*. Man mußte wieder nachgeben und schickte einen Schreiber in die Registratur. Die Bauern waren aber so mißtrauisch, daß zwei Mann als Begleitung mitgingen, um zu verhindern, daß das Buch beiseite geschafft werde. Nun wollten sie eine Abschrift haben, nachdem sie zuerst die Absicht hatten, das Buch mitzunehmen; beides wurde verweigert. Schließlich mußte man ihnen aus dem Buch vorlesen. Als man auf mancherlei Einschränkungen stieß, wollten sie von diesen durchaus nichts wissen und schenkten diesen Stellen kein Gehör. Man zweifelt, ob es in einem Wiederholungsfall gelingen werde, die Anführer im Zaum zu halten und stellt daher den Antrag, die Bauern zu beschwichtigen.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0084-0
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

Man vermutet, daß die Bevölkerung von Aufwieglern zu diesem Vorgehen aufgereizt werde, und wünscht sehr um Vollmachten, um die Urheber ausfindig zu machen. Tatsache ist es, daß die Bevölkerung in ihrem Verhalten von dem benachbarten Franken beeinflußt wird. So findet man Ende April auch ein Flugblatt *„Das deutsche Volk an den sogenannten deutschen Bundestag"*, das in mittelfränkischen Städten häufig zirkulierte und in Abschriften auch über die Grenze gelangte. Dem Inhalt nach besteht dieses Flugblatt aus den üblichen Vorwürfen und Anschuldigungen deutschen Fürsten gegenüber, wie sie auch in der Presse jener Zeit üblich sind. Unter den Bauern kommt es an vielen Orten zu Drohungen gegen das verhaßte Forstpersonal. Die Bauern drohen, sich das ihnen gebührende Holz selbst zu fällen, falls es nicht freiwillig verabreicht werde.

Im Bezirk Cham schenkt man dem benachbarten Böhmen besondere Aufmerksamkeit. Mehrmals verbreiteten sich Gerüchte über Unruhen jenseits der Grenze. Als man einmal befürchtete, daß in den Städten Glattau, Neumarkt und Taus Unruhen ausgebrochen seien, stellte sich dann später heraus, daß es in den ersten beiden Städten völlig ruhig geblieben war, was die Stadt Taus betraf, so hatte man hier lediglich dem Augustinerprior eine großartige Katzenmusik veranstaltet, weil er der Bürgerwehr für ihre Waffenübungen die Abtretung eines Feldes verweigert hatte. Auf böhmischer Seite bedauerte man sehr, die bayerischen Gemüter in Aufregung gestürzt zu haben. Zur Beruhigung hatte die Stadt Taus einen Abgeordneten über die Grenze nach Furth im Wald geschickt mit einem Schreiben des Magistrats von Taus an den Magistrat von Furth. Der Magistrat von Taus drückt sein Bedauern darüber aus, daß sich Gerüchte von zu befürchtenden Überfällen böhmischerseits verbreitet hätten, er lädt den Magistrat von Furth ein, sich durch Abgeordnete von der gegen Bayern herrschenden guten Gesinnung zu überzeugen. Gegen Ruhestörer wird energisches Einschreiten zugesichert. Trotzdem bleibt man auf der Hut, und das Landgericht Cham hat Maßnahmen getroffen, um von der Grenzstadt Furth über aufrührerische Bewegungen längs der Grenze, die die Sicherheit der Grenzbewohner gefährden könnten, sofort Nachricht zu erhalten. Eine große Gefahr sieht man in dem Umstand, daß auf böhmischer Seite viele Fabrikarbeiter brotlos geworden sind.

Zum Schutz der Grenze ist man auf die Landwehr der Stadt Furth angewiesen, da die Aufstellung eines Freikorps in Furth an der Teilnahmslosigkeit der Bewohner scheiterte, es meldeten sich dazu ganz im Gegensatz zu anderen viel kleineren Ortschaften nur *„20 taugliche Individuen"*, die nunmehr die Landwehr verstärkten. Für den Fall einer Bedrohung der Grenzen war für Furth und die umliegenden Gemeinden, die sehr weit voneinander entfernt sind, ein Alarmsystem ausgebildet worden. Als in Prag Unruhen ausbrachen, wird man in Furth immer ängstlicher, man erwartet einen Einfall der Tschechen und bemüht sich eifrigst, die fehlenden Waffen für die Gendarmerie zu besorgen. Eine unentgeltliche Überlassung von Waffen wird aber vom Kriegsministerium abgelehnt.

Das Wort „Revolution" scheint es der Landbevölkerung besonders angetan zu haben. Es hatte einen dunklen und unheimlichen Klang. Viele werden es kaum richtig aussprechen können. In Kirchenthumbach findet man an der Kellertür des Pfarrers einen Zettel angeklebt: *„Da nun in vielen Ort-*

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0085-6
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

schaften bei jetziger Zeit Revolution ist, so soll man auch in Tumbach das gleiche tun. 40 Personen seien schon dazu bereit, und wenn sich die reichen Einwohner nicht anschließen wollen, werden sie es fühlen müssen, NN.". Man fürchtete eine förmliche Verschwörung und beauftragte die Gendarmeriestation mit *„Klugheit und Vorsicht den Verfertiger dieses Anschlages auszuspähen, und alle nicht angesessenen oder in schlimmen Vermögensverhältnissen befindlichen Einwohner zu Kirchenthumbach insgeheim genau zu beobachten . . .*".

Die vorgesetzten Stellen nehmen solche Äußerungen sehr ernst, als handle es sich um höchst wichtige Begebenheiten. Als in einer Nacht eine Anzahl von Burschen in betrunkenem Zustand lärmend und schreiend durch den Marktflecken zog mit dem Ausruf: *„Es lebe die Freiheit und Gleichheit*", verlangt das Innenministerium darüber einen ausführlichen Bericht.

Aus Pressath[14] wird 1850 anläßlich eines Überfalls auf einen Stadtschreiber gemeldet, daß seit März 1848 keine Polizeistunde mehr eingehalten wurde und daß man allen Maßnahmen der Polizei Widerstand leiste. Aus dem gleichen Orte heißt es: *„Der Tuchmacher Johann Sebastian Waldemann aus Pressath, der sich in den Märztagen des Jahres 1848 wegen seinen ungünstigen Vermögensverhältnissen jener Sippschaft angeschlossen hatte, die in dem Umsturze des Thrones und der Verfassung ihr Heil gefunden hätte, hat von dem fraglichen Momente an allen öffentlichen Bediensteten, die nicht seinen Zwecken fröhnen, blutige Rache geschworen*".

Im Landgerichtsbezirk Kemnath versammelten sich im Monat März 1848 eine Anzahl Bauern vor dem kgl. Rentamt. Man hatte Nachricht erhalten, daß sie das Rentamt und Forstamt stürmen wollten, um sich der Hypothekenbücher zu bemächtigen, und hatte Landwehr und Freikorps zum Schutze herangezogen. Die Versammelten beschränkten sich aber darauf, durch abgeordnete Vertreter dem Landrichter ihre Beschwerden vorzutragen, die ähnlich lauten wie in anderen Bezirken. Die Anzahl der Waldfrevel hat so überhand genommen, daß man bei der Abhaltung des Waldrügetermins täglich nur ein Revier vornehmen kann, manchmal ist die Zahl der angezeigten Frevler eines Reviers so groß, daß man zu ihrer Aburteilung zwei Tage braucht.

Ende März kam es noch einmal zu größeren Unruhen vor dem Rentamt. Als man die Demonstranten mit der Beruhigung entlassen wollte, daß die kgl. Regierung die vorgebrachten Beschwerden berücksichtigen werde, äußerten einige *„unter Aufschlagen auf den Amtstische*", daß ihnen damit nichts geholfen sei, *„da es bei der kgl. Regierung ebenso ist, wie es in der Heiligen Schrift beim falschen Propheten heißt: „Sie gehen einher wie die reißenden Wölfe in Schafskleidern" und man ist gerade so verraten wie Jesus durch Petri verraten worden ist. Wir brauchen alle diese Schreibereien nicht, sondern wollen die Grundbücher, worin unsere Rechte beschrieben sind, vorgezeigt wissen und wenn uns dieselben nicht augenblicklich herbeigeschafft werden, so brauchen wir Gewalt, denn in euern Büchern und Katastern könnt ihr hineinschreiben und geschrieben haben, was ihr wollt . . .*". Diese Bücher wären nicht mehr wert als vernichtet zu werden. Zur Bestreitung der laufenden amtlichen Ausgaben ist das Landgericht demnächst auf

[14] BStA, KdI 9765/6.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0086-1
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

einen Vorschuß von mehreren tausend Gulden aus der Kreiskasse angewiesen, weil die Grundpflichtigen der Meinung sind, sie brauchten nichts mehr zu bezahlen, bis die Verhältnisse neu geregelt seien.

Die Kemnather Bürger selbst richten eine Ergebenheitserklärung an den Thron, die von Treue- und Anhänglichkeitsbeteuerungen strotzt. *„Der Wiederschein eines über Deutschland aufgegangenen freundlichen Sternbildes ist auch an dem Horizonte der deutschen oberpfälzischen Gaue sichtbar, und verkündet als eine am blauen Himmelszelte ausgestreckte Trophäe in Flammen-Schrift die echt konstitutionelle Freiheit der deutschen Völker . . . Die Freude, welche der bekannte große deutsche Dichter als einen schönen Götterfunken bezeichnet, die Freude, welche die wahrhaft königliche Proklamation vom 6. März dieses Jahres in allen Gemütern hervorgerufen, ist zum Enthusiasmus gesteigert; allein eben diese erwärmte Gefühlsbewegung kann nach dem Maßstabe der verschiedenen Temperamente, wenn sie nicht gezügelt wird durch die Obhut ruhiger Überlegung, oft willenlos den Funken zur Flamme entzünden und auf Abwege führen, zu Demonstrationen und Aufregungen veranlassen, welche sich nimmer mit den Begriffen von wahrer Freiheit, Recht und Ordnung vereinen . . . Der Allmächtige wolle es verhüten, daß auch hier bei uns in Kemnath und Umgegend die Schranken gesetzlicher Ordnung durchbrochen werden . . . Gut und Herzblut dem deutschen Könige Ludwig und seinem Allerdurchlauchtigsten Hause, Gut und Herzblut dem deutschen, dem bayerischen Vaterlande! Reiner Sinn für wahre konstitutionelle Freiheit, Recht, Gesetz und bürgerliche Ordnung! . . .“*

In Neumarkt wird im März ein Aufruf erlassen, der die Bevölkerung zur Ruhe und Besonnenheit ermahnt: *„Vielseitig hat man die unangenehme Wahrnehmung machen müssen, daß der Inhalt der allerhöchsten Proklamation Seiner Majestät unseres allergnädigsten Königs vom 6. d. Mts. unrichtig aufgefaßt und insbesondere das Wort Freiheit ganz falsch gedeutet werde, indem gar viele der Meinung sind, daß nun Jeder handeln könne, wie ihm beliebt. — Hauptbedingung der wahren Freiheit bleibt immer die Notwendigkeit, die allerhöchsten Verordnungen und Gesetze strenge und gewissenhaft zu beobachten, die Person und das Eigentum jeden Mitbürgers zu achten und es ist gegenwärtig, wie bisher die unerläßliche Pflicht der Behörde, zum Schutze derselben gegen Übelgesinnte und Übertreter der Gesetze mit strenger Strafe einzuschreiten. Man vertraut zu dem stets bewährten, rechtlichen und guten Sinne des bei weitem größeren Teils der Untertanen des Landgerichtsbezirks . . .“*.

Die vielen Forstfrevel besonders in diesem Bezirk haben ihre Ursache in der Armut der Bevölkerung. Viele sind auf das Sammeln von Leseholz zur Deckung des Brennholzbedarfes angewiesen. Die Armut der Bevölkerung ist der Grund für die Unzufriedenheit. Die Gemeinde Pyrbaum[15] im Landgerichtsbezirk Neumarkt beschwert sich, daß ihr Streubedarf für ihre 1200 Tagwerk Grund in einem Kasten verabreicht wird, *„durch dessen Herumschleppen Menschen und Tiere gequält werden, und der uns überdies noch Strafe zuzieht, indem, wenn er nur einen Finger breit überfüllt ist, sich jedes Gemeindeglied Unannehmlichkeiten aussetzt“*. So entlädt sich

[15] BStA, KdI 9765/10.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0087-7
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

der ganze Haß auf das Forstpersonal. Die Holzfrevel in dieser Gegend sollen nach einer Meldung des Landgerichts Hilpoltstein einer förmlichen Devastation des Waldes gleichkommen. Die Forstbediensteten, die bei den Einwohnern eine Haussuchung abhalten, um nach dem geraubten Holz zu fahnden, müssen unverrichteter Dinge wieder abziehen, da sich die Bewohner, mit Heugabeln, Hacken und Prügeln ausgerüstet, ihnen entgegenstellten und sie beschimpften.

Gegen das Dorf Schwarzach, vier Stunden von Neumarkt entfernt, mußte sogar ein Truppenaufgebot eingesetzt werden. Bewohner dieses Ortes hatten im Mai größere Holzfrevel begangen. Eine Kommission des Landgerichts wollte darauf eine Haussuchung durchführen. Sie wurde aber von den Einwohnern, von denen sich ein Teil mit Äxten bewaffnet hatte, daran gehindert. Ein Bauer sagte dabei, sie wollten nicht mehr dem König, sondern für Frankreich gesinnt sein. Alle Bewohner dieses Dorfes werden als gut bemittelt geschildert, so daß von einem Notfall nicht gesprochen werden konnte. Daraufhin wurde ein Exekutionskommando in Stärke einer Kompanie aufgeboten, welches die Haupträdelsführer verhaftete. Der Regierungskommissär ließ die Einwohner vor dem Exekutionskommando zusammenkommen und verkündete, daß dieses nicht eher abziehen werde, bevor nicht das entwendete Holz zurückgegeben worden wäre. Die Kosten waren von der Gemeinde zu tragen, 300 Gulden mußten sofort entrichtet werden.

Bevor die Truppen zurückgezogen wurden, hielt der Regierungskommissär vor den Vorstehern und Abgeordneten aller Gemeinden des Landgerichtsbezirks, die zu diesem Zwecke erscheinen mußten, eine Ansprache. Sie mußten geloben, daß sie in Zukunft zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in ihren Gemeinden getreulich mitwirken und Aufwiegelungen nicht nur kein Gehör geben, sondern die Anstifter dem kgl. Landgerichte anzeigen werden; daß sie Wünsche, Bitten oder Beschwerden gegen die obrigkeitlichen Verfügungen nur auf gesetzlichem Wege vorbringen, in keinem Falle aber zur Selbsthilfe oder zur Auflehnung gegen die Obrigkeit greifen werden; daß sie gegen die Verfügungen des Forstamtes sich keinen Widerstand oder sonstige Ausschreitungen erlauben werden und nicht dulden werden, daß die Forstfrevel in den Staatswaldungen immer mehr überhand nehmen werden; und schließlich mußten sie geloben, daß die zu allen Zeiten in den Herzen der Oberpfälzer festgewurzelte Treue und Anhänglichkeit an den König und das angestammte Herrscherhaus auch in allen Gemeinden des Landgerichts Neumarkt fortbestehen werde und daß sie durch kein Ereignis in dieser festen Treue wankend gemacht werden würden. Die Hauptanführer wurden wegen des Verbrechens des Tumultes 1. Grades und des Verbrechens der Majestätsbeleidigung 2. Grades zu fünf Jahren Arbeitshaus verurteilt.

Zu groben Ausschreitungen gab auch das Gesetz vom 4. Juni 1848 über die Aufhebung des Jagdrechts auf fremdem Grund und Boden Anlaß. Die Landbewohner hielten sich für berechtigt, in ganzen Banden überall nach Belieben Wild schießen zu dürfen, sehr zum Schaden der bisherigen Pächter und Jagdeigentümer.

Im Bezirk Waldmünchen machte sich der Pfarrer zum Vertreter der Interessen seiner Untertanen. Als er eben seine Schulmesse gelesen hatte, kam ihm eine Anzahl seiner Bauern entgegen, die nach dem Gute ihres

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0088-3
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

Grundherrn, des Freiherrn von Voithenberg auf Gut Herzogau, unterwegs waren. Es handelte sich um die Bewohner des Ortes Gleißenberg. Sie hatten eine Wut auf die Glashütte, genannt die Kesselhütte, auf dem Boden ihres Grundherrn, weil diese alljährlich 2000 Klafter des besten Holzes bekam, während sie selbst das nötigste Holz nicht einmal für Geld erhalten konnten. Der Pfarrer wollte, nach seinen eigenen Angaben, die er zu seiner Rechtfertigung der Regierung gegenüber machte, mit zwei Bauern zum Gute seines Grundherrn, aber es schlossen sich immer mehr an, die seiner Aufforderung, zurückzubleiben, keine Folge leisteten. Der Pfarrer selbst hatte einen besonderen Haß auf die Glashütte nicht allein wegen der Verkürzung der Holzbezüge zum Nachteil seiner Gemeinde, sondern vor allem wegen der durch die Beschäftigung vieler heimatloser Individuen hervorgerufenen unehelichen Geburten. Schon vorher sollen die Gleißenberger durch ihren Pfarrer, der der Meinung war, daß gegenwärtig die beste Zeit sei, um Forderungen zu erheben, zu Exzessen aufgefordert worden sein. So forderte er auch in seiner Unterredung mit dem Freiherrn, die Kesselhütte eingehen zu lassen und das Gebäude abzubrechen, sonst könne er für nichts einstehen.

Als sich dann das Gerücht verbreitete, der Pfarrer sei verwundet, strömte ein Haufen von Burschen, Weibern und Kindern nach Herzogau, bewaffnet mit Sensen, Krautmessern, Dreschflegeln, Knütteln usw., die er nur mit Mühe zur Umkehr bewegen konnte. Der rührige Pfarrer mußte sich bald darauf um ein Benefizium umsehen, da er für den Posten eines Seelsorgers seiner vorgesetzten Behörde nicht mehr tauglich erschien. Gerade für diesen Vorfall geht aus den Akten hervor, daß die Bauern dieser Ortschaft nicht so sehr aus eigenem Antrieb handelten. Zu diesen Unruhen kam es erst, als einige Bauern aus den Zeitungen vernahmen, daß in Nürnberg Bauern vor dem Forstamt erschienen waren, um ihre Rechte geltend zu machen.

Zu den Unruhen, die auch im fürstlich Thurn und Taxis'schen Herrschaftsgericht Wörth im März 1848 ausbrachen und auf die bereits hingewiesen wurde, schreibt das Regensburger Tagblatt: *„Das Jammergeschrei der Bauern der Oberpfalz (einer im allgemeinen unfruchtbaren Gegend, da der Boden im Durchschnitt kaum das fünffache Korn hervorbringt, mit 140 Patrimonialgerichten) nach Waldstreu, hat seine mittelbare Ursache in den unerschwinglichen Feudallasten, welche dieselben zwingen, sogleich nach der Ernte, nicht nur das Getreide, sondern auch das Stroh, welches als Streu verwendet werden sollte, zu veräußern, um ihre Gutsherrschaft befriedigen zu können“*[16].

Politische Vereine bestanden nirgends in der Oberpfalz. Im Auftrage eines Regierungsrundschreibens vom 15. Oktober 1848 erstatten alle Stadtmagistrate und Landgerichte Anzeige über die in ihrem Bezirk bestehenden politischen Vereine. Von überallher kommen Fehlanzeigen. Die Art und Weise, wie mancher Landrichter seine Meldung kommentiert, ist oft sehr ergötzlich[17].

So heißt es aus Neustadt a. d. W.: *„Der hiesige Landgerichtsbezirk hat das große Glück, bisher von allen politischen Vereinen befreit, daher*

[16] R. T. Nr. 94, 3. April 1848 (Beilage).
[17] BStA, KdI 13688.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0089-1
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

auch in sich noch ungeteilt geblieben zu sein. Nur ergießen sich unberufene politische Kannegießereien manchmal in Zechhäusern über Zeitungsartikel, woraus sie Weisheit zu schöpfen wähnen, die aber mit dem Bierdampfe über Nacht verraucht".

Waldmünchen kennt nur einen *„Erheiterungs-Verein"*, der nur Geselligkeit ohne politische Färbung im Auge hat, wobei höchstens über Tagesereignisse gesprochen wird, man drückt seinen Schmerz und sein Bedauern über die Wirren und vorkommenden Greuelhandlungen aus. *„Man wünscht Ruhe, Ordnung und Friede unter dem Schutze der Gesetze. Alles geht seinen Geschäften gerne und freudig nach, und bedauert höchstens, daß die Zeitereignisse schon manchmal Stocken in dem Geschäftsverkehr hervorbrachten".*

„Von Volks- oder Gottes-Gnaden?" betitelt sich eine christlich-politische Bauernpredigt, die der konservative Pfarrer Anton Westermayer[18] am 22. Januar 1849 in Laaberberg (Lkrs. Rottenburg) gehalten hat.

„Mich hat es schon längst frappiert, daß bis zur Stunde noch keine Schrift oder Predigt obige Frage zu beantworten versucht hat. Es ist gerade, als ob die neuen Staatskünstler mit ihren revolutionären Theorien alles niedergeschrien hätten, weil sich kein Mensch rührt, um ihrem Geschrei das ruhige einfache Wort der hl. Schrift entgegenzuhalten . . . Man hat die Behauptung aufgestellt und stellt sie noch auf, daß die Könige und Fürsten alle ihre Macht nur vom Volke haben und daß damit die Fürsten nur die ersten unter ihres Gleichen, nur die obersten Beamten des Volkes seien. Für das Volk ist eine solche Behauptung natürlich ungemein schmeichelhaft, die gemeinen Leute, natürlich das faule liederliche Gesindel, machten sich ganz gewaltig breit und pochten auf ihre Majestäts- oder Souveränitätsrechte, wie man jetzt sagt, und oft genug lassen sie sich dahin verleiten, daß von ihnen die Fürsten ihre Gewalt haben, daß sie, das Volk, ihre Rechte nur den Fürsten übertragen hätten. Kein Wunder, wenn unter solchen Umständen niemand mehr gehorchen, keine Obrigkeit mehr anerkennen will; denn jeder glaubt ein Stück von der Majestät, von der Herrlichkeit in sich zu haben und im Gefühle seiner Hoheit den Gehorsam verweigern zu dürfen, namentlich in Punkten, wo seine eingebildete Hoheit sich beleidigt fühlt . . . Die Obrigkeit, die besteht, ist von Gott . . .

Diese Leute leben von der Anarchie wie vom täglichen Brote; und wenn sie einmal ans Ruder kommen, so schlagen sie im Namen des souveränen Volkes allen die Köpfe ab, die ihnen im Weg stehen. Und diese Zeit wird kommen, sagt ihr Prophet Heine (= Heinrich Heine), überall wenigstens sehen wir die Linken den Sieg davontragen, überall sehen wir, wie sie fest geschlossen der bisherigen Ordnung entgegentreten und durch ein unbegreifliches, aber schreckliches Verhängnis die meisten Fürsten wie blind zusehen, wie ihre Feinde überall Minen anlegen, um die Monarchien Deutschlands in die Luft zu sprengen. Ein neuer schrecklicher Kampf steht bevor, der entweder mit der roten Republik oder der russischen Knute endigt. Und das alles, weil die Massen durch und durch verdorben und der-

[18] Anton Westermayer, Von Volks- oder Gottes-Gnaden? Beantwortet in einer christlich-politischen Bauernpredigt am 3. Sonntag nach Epiphanie. Regensburg 1849. Verlag von Georg Joseph Manz.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0090-6
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

maßen um ihren Glauben an Gott gebracht sind, daß sie von Gehorsam um Gottes und des Gewissens willen nichts mehr wissen wollen, sondern vom wahren Haß gegen die Obrigkeit entbrannt sind . . .".

Der Ausklang der Bewegung 1849

Schon im November 1848 erklärte sich das Tagblatt bereit, auf Grund eines Aufrufes der „Deutschen konstitutionellen Zeitung" in München, Spenden für die Hinterbliebenen Robert Blums anzunehmen. Im Januar 1849 wurde die Sammlung abgeschlossen, im ganzen waren 192 Gulden und 24 Kreuzer eingegangen. Seit November veröffentlichte das Tagblatt wöchentlich mehrere Male die eingegangenen Spenden, die Namen der Spender werden nicht genannt, dafür aber patriotisch verbrämt. *„Für die Kinder der deutschen Nation"* spendet jemand 1 Gulden und 48 Kreuzer, ein anderer gibt 30 Kreuzer und schreibt dazu: *„Ein schwacher Kaiser sucht durchs Morden sich die Liebe seiner Landeskinder zu erwerben. Doch die Nemesis erreicht gewiß den Mörder Windischgrätz"*. Ein anderer, der ebenfalls 30 Kreuzer spendet, schreibt dazu: *„Sorgt für mein Weib und Kind, sprach Winkelried, als er starb im Kampfe gegen einen Habsburgischen Tyrannen"*.

Die Sammlung für die deutsche Flotte hatte im Juli 1848 im ganzen Kreis 2921 Gulden und 29 Kreuzer eingebracht, Regensburg allein ist an dieser Summe mit 1600 Gulden beteiligt. Auch die Regensburger Frauen brachten aus dem Ertrag einer Verlosung nahezu 700 Gulden für die deutsche Flotte zusammen, den zehnten Teil davon erhält die städtische Armenkasse.

Am 10. Februar fand auch endlich die Bürgermeisterwahl statt, nachdem fast ein Jahr lang die Stelle unbesetzt war. Gewählt wurde der bisherige erste rechtskundige Magistratsrat Georg Satzinger. In sein Amt wurde er am 31. März durch den kgl. Stadtkommissär eingeführt. *„Der neue Amtsvorstand ist als ein tätiger, geschäftstüchtiger, wohlwollender und humaner Beamter bekannt"*[1]. Der Zeit entsprechend erwartet man von ihm die Einführung der öffentlichen Sitzungen des Verwaltungssenats und des Armenpflegschaftsrats, der einzigen Körperschaften, die ihre Sitzungen noch hinter verschlossenen Türen hielten, im letzteren Falle wohl auch berechtigt, da es sich für die davon Betroffenen um ein höchst peinliches Verfahren handelte. Sonst hatte man den Zeitforderungen schon Zugeständnisse gemacht. Am 19. Dezember war die erste öffentliche Sitzung des Magistrats, die seitdem jeden Dienstag stattfand, der Raum für die Zuhörerschaft erwies sich anfangs als zu klein. Einige Tage später, am 22. Dezember, hielten auch die Gemeindebevollmächtigten ihre erste öffentliche Sitzung, die nun jeden ersten und dritten Freitag im Monat stattfand. Das Interesse an diesen Verhandlungen, deren Öffentlichkeit man mit soviel Stimmaufwand gefordert hatte, schwand, nachdem die erste Neugier befriedigt war. Was die Magistratssitzungen angeht, so wird festgestellt, *„wie sich ein großer Teil der Magistratsräte bei der öffentlichen*

[1] R. T. Nr. 91, 1. April 1849.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0091-2
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

Beratung schweigsam verhält, wie das Grab, oder wie höchstens einer derselben durch unverständliches Murmeln andeutet, daß er nicht schlafe". Man kann dagegen bei der geheimen Sitzung im Nebenzimmer trotz der Doppeltüren und der dicken Mauern nicht selten ein lebhaftes Debattieren hören, so daß man den Eindruck bekommt, als spiele sich das Wichtigste in der geheimen Sitzung ab[2]. Großen Zuspruch haben die Gerichtsverhandlungen des kgl. Kreis- und Stadtgerichts, die seit dem 7. Februar auch öffentlich sind. Der Zuschauerraum ist viel zu klein. Die erste Schwurgerichtssitzung für den Kreis Oberpfalz-Regensburg fand schon am 20. August 1848 statt.

Da die Grundrechte des deutschen Volkes, wie sie im Dezember 1848 in Frankfurt veröffentlicht wurden, zwanzig Tage nach ihrer Verkündigung, also am 18. Januar 1849 in allen deutschen Ländern zur Geltung kommen sollten, so wurde auf Anregung des Vereins für deutsche Einheit und gesetzliche Freiheit eine öffentliche Feier anläßlich ihrer Einführung abgehalten. Diese Feier *„zur Rechtsgültigwerdung der Grundrechte des deutschen Volkes"* fand am 21. Januar statt, ein Festkomitee aus mehreren Bürgern Regensburgs und Stadtamhofs übernahm die Organisation. Der Festzug ging vom Rathaus über die Steinerne Brücke nach Stadtamhof, dann wieder zurück und durch die Straßen der Stadt zum Neuen Hause und zum Jakobsplatz, wo Dr. Gerster eine Ansprache hielt, welche die Bedeutung des Tages würdigte. Abends versammelte man sich im festlich geschmückten Saal des Neuen Hauses, im Saale die Männer, die Frauen auf der Galerie. Gesänge, Musikstücke und dazwischen Ansprachen, gehalten von Dr. Gerster, Dr. Pangkofer und von Dr. Popp, versetzten die Menge in eine gehobene Stimmung, *„so daß die Anwesenden das Bewußtsein inniger Verbrüderung durch die Erwerbung des neuen Gesetzes im begeisterten Herzen von dannen trugen"*[3]. Die Teilnehmerzahl war groß, jedoch bemerkt die Presse am nächsten Tag, daß die Häuser der Adeligen und Geistlichen, im Gegensatz zu den Häusern der Bürger, kaum einen Flaggenschmuck zeigten, weil sie sich, so heißt es, durch die Bestimmungen der Artikel 2, 5 und 6 des Grundgesetzes nicht auf das angenehmste berührt fühlen.

Nachdem die Regierung keine Miene machte, die Grundrechte anzuerkennen, richtete der *„Verein für deutsche Einheit und gesetzliche Freiheit"* anfangs Februar eine entsprechende Adresse an die Kammer der Abgeordneten. Das bayerische Volk erwarte mit Zuversicht die unverzügliche und ungeschmälerte Einführung und Rechtsgültigmachung der Grundrechte durch die bayerische Regierung, indem sie dieselben einfach, wie das Einführungsgesetz dies auch bestimme, als bereits zu Recht bestehend anerkenne. Die Presse ist ungehalten darüber, daß der König in seiner Thronrede anläßlich der Eröffnung des Landtages die Grundrechte einfach totgeschwiegen habe. Eine gegenteilige Adresse wird von einigen Regensburger Bürgern ebenfalls an die Abgeordnetenkammer gerichtet mit dem Inhalt, daß sich jedem Vaterlandsfreunde Bedenken aufdrängen bei der durch den Verein für deutsche Einheit und gesetzliche Freiheit angestrebten unbedingten Annahme der Grundrechte, auch sollten die Stimmen we-

[2] R. T. Nr. 45, 14. Februar 1849.
[3] R. Z. Nr. 23, 23. Januar 1849.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0092-7
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

niger nicht für die Meinung der ganzen übrigen Bevölkerung gehalten werden[4]. Diese Adresse wurde in einer großen Anzahl von Exemplaren von Haus zu Haus getragen, und das Tagblatt beschwert sich darüber, daß man auf solche Weise Unterschriften für eine Sache sammle, von der der größte Teil der Unterzeichneten gar nichts verstünde[5]. Es heißt in dieser Adresse, daß die Unterzeichneten feierliche Verwahrung dagegen einlegen, daß die Grundrechte gemäß der von der Mehrheit der Kammer ausgesprochenen Ansicht bereits gesetzliche Geltung erlangt hätten, darüber könne nur auf verfassungsmäßigem Wege durch beide Kammern unter Zustimmung der Krone entschieden werden. Durch die unbedingte Annahme der Grundrechte würde Bayern in folgerichtiger und letzter Konsequenz zu einer bloßen deutschen Provinz herabgewürdigt werden.

Wenn sich solche Stimmen erheben und wenn von der Regierung nichts unternommen wird, was die deutsche Einheit fördern könne, ist es verständlich, daß man am 6. März, als der *„Verein für deutsche Einheit und gesetzliche Freiheit“* mit politischen Reden und Gedichten sich Rechenschaft ablegte über das seit einem Jahr Erreichte, nicht recht froh wurde. *„Der Rückblick um ein Jahr, der Vorblick in die Zukunft ließ die Gefühle der Freude beim Feste nicht vorherrschend werden“*[6].

Erregung kam erst wieder im April unter die Gemüter, als es um Annahme oder Ablehnung der Reichsverfassung ging und als man mit Spannung nach Berlin blickte und auf des Königs Antwort wartete. Zerzog hatte im April seinen Wählern die fertige Verfassung *„hingeworfen“*[7].

„Da habt Ihr die Verfassung des deutschen Reiches! — Sie wird nicht allen Leuten recht sein. — Dies habe ich aber noch bei allen Dingen erfahren, — auch bei denen, die unser Herrgott gemacht hat — und wenn das ihr einziger Fehler ist, so geht's wohl an!

Daß wir eine Verfassung zu Stande bringen, die vierunddreißig Fürsten recht ist und den Franzosen und Russen dazu — und am Ende gar noch allen Krittlern und Schnüfflern des Kontinents — das haben wir uns gar nicht angemaßt. Vernünftige Menschen werden bedenken, wie und wann sie gemacht wurde, und daß es nicht ist, wie mit einem Hute, den sich jeder für seinen eigenen Kopf bestellen kann!

Sie macht die Deutschen zu einem Volke und gibt uns eine vernünftige Vertretung beim Reiche — ich meine, das wäre die Hauptsache. — In der Hand des Volkes liegt es ganz allein, Männer zu wählen, die mutig und verständig genug sind, zu ändern, was sich nicht bewährt und zu bessern, was nicht gut sein mag. — Rom ist auch nicht in einem Tage gebaut. —

Wir haben geglaubt, daß es Fürsten gibt, die die Ehre und Macht Deutschlands höher achten, als den Flitter eingebildeter Hoheit. — Wir vertrauen unserem Volke, daß es auch noch was anderes für die Einheit des Vaterlandes tun will, als singen und trinken!

Sollten wir uns geirrt haben, so haben doch wir nicht die Schuld, wenn

[4] R. Z. Nr. 60, 1. März 1849.
[5] R. T. Nr. 1. März 1849.
[6] R. T. Nr. 67, 8. März 1849.
[7] R. Z. Nr. 114, 25. April 1849.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0093-3
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

von der Revolution nichts übrigbleibt, als Bettler und die Verachtung des Auslandes!

Nehmt Euch unsere braven Reichstruppen zum Muster droben an der See, — die keinen Partikularismus kennen, als den, daß ein Regiment tapferer dreinschlägt für's Reich als das andere!"

So einfach lagen die Dinge aber nicht. Die Staatsregierung hatte am 23. April in einem Erlaß bekannt gemacht, daß sie der Nationalversammlung allein, ohne die Zustimmung der Fürsten, nie das Recht zugestehen könne, die deutsche Reichsverfassung festzulegen. Die Wahl eines Erbkaisers, den Ausschluß Österreichs könne die bayerische Regierung nie billigen. Außerdem schaffe die Verfassung einen Einheitsstaat mit einer starken Zentralgewalt, die einzelnen Staaten wären nicht viel mehr als Verwaltungsbezirke. Beide Kammern hätten sich erst kürzlich gegen die Errichtung eines Erbkaisertums ausgesprochen, wie auch gegen die Abtrennung Österreichs. Dieser Erlaß war dem Magistrat in 25 Abdrucken zur ungesäumten Verteilung an die Gemeinden des Amtsbezirkes zugeteilt worden. Es wurde jedoch beschlossen, die Sache ad acta gehen zu lassen, da die Erklärung bereits in den Zeitungsblättern veröffentlicht worden war und weil man die Gemüter nicht noch mehr erregen wollte[8].

Bei der Mehrheit der Bevölkerung hatte der Beschluß der Nationalversammlung über die Errichtung eines erblichen Kaisertums keinen Anklang gefunden, so meldet der Regierungsdirektor und stellvertretende Regierungspräsident von Hohe am 4. April nach München. Vier Wochen später schreibt er: *„Der Sinn des großen Haufens ist wandelbar. Kaum war die Erklärung Euerer Kgl. Majestät Gesamt-Ministerium verkündet, so war auch schon wieder die Regsamkeit der Partei, die sich den Verein für Freiheit und Einheit nennt, bemerklich.*

Diese kleine aber äußerst rührige Partei weiß sich durch das vielverbreitete Regensburger Tagblatt und in öffentlichen Versammlungen die Sympathie der untersten Arbeiterklassen zu sichern, und durch solche jede andere Meinung niederzuhalten, daß sie in öffentlichen Versammlungen gar nicht laut werden kann.

Die Frage über Annahme oder Nichtannahme der Reichsverfassung weiß sie mit der Frage über Freiheit oder absolute Herrschaft der Art in Zusammenhang zu bringen, daß sie bei einem großen Teil der Bevölkerung eine Unbehaglichkeit erweckt, die die Ansicht von der Notwendigkeit einer raschen Verbesserung der dermaligen Erwerbs-, Handel und Kredit gefährdenden Zustände erzeugt, und eine öffentliche Meinung bildet, deren Leitstern die Meinung dieses Vereins und resp. jene der Kleindeutschen ist"[9].

In einer Reihe von Adressen sprach sich der Verein für deutsche Einheit und gesetzliche Freiheit für eine rasche Annahme der Reichsverfassung aus. In einer Volksversammlung im Reichssaale wurden zwei Adressen beschlossen, eine an den König und eine an die Nationalversammlung. In der ersten heißt es, daß die Krone in einem entscheidenden Augenblick des Beirates entbehrt, da der Landtag aufgelöst ist. Die Mehrheit des bayerischen Volkes sieht in der Versammlung zu Frankfurt das vollberechtigte

[8] R. A. R. 10/9.
[9] HStM, MInn 45540.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0094-9
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

Organ, der Zukunft Deutschlands die gesetzliche Grundlage zu geben. Die Verfassung muß angenommen werden, damit der deutschen Revolution ein Ende gemacht wird. Die Nationalversammlung dagegen wird aufgefordert, stark und fest zu bleiben in einem Augenblick, wo sich überall rückschrittliche Gesinnung bemerkbar macht. Diese beiden Adressen wurden am 23. April beschlossen.

Der Verein geht noch weiter und richtet am 29. April einen öffentlichen „Mahnruf an die Abgeordneten der bayerischen Volkskammer". Dieser Aufruf soll von den Redaktionen der bayerischen Blätter aufgenommen werden. Die bayerische Regierung halte durch neuerliche Vertagung die Vertreter des Volkes absichtlich vom Throne fern, weil sie die Stimmen derselben nicht vernehmen will, aber sie soll sie dennoch hören müssen, *„damit ihr der letzte Vorwand des Widerstandes entgehe. Tretet darum selbständig zusammen, macht euer Recht geltend zur Ehre, zum Frommen Bayerns und überhebt das Volk der Notwendigkeit der Tat, oder heiligt die Tat, wenn sie unvermeidlich werden sollte. Wie euer Ausspruch lauten wird, das bayerische Volk weiß es, und vertraut auf die Pflichterfüllung seiner Vertreter"*[10]. In einer Adresse an die Württembergische Kammer wird das tapfere Schwabenvolk zur Annahme der Reichsverfassung durch seinen König beglückwünscht.

Außerhalb Regensburgs fanden in diesen Wochen auf die Initiative des Regensburger Vereins hin Versammlungen in mehreren Landgemeinden statt. Den stärksten Zustrom hatte eine Volksversammlung in Mallersdorf, die sich an eine Tagung der fortschrittlichen Vereine Regensburgs, Landshuts und Straubings anschloß. Vor 1500 Menschen sprach man von dem Balkon des säkularisierten Mallersdorfer Klosters aus über die Notwendigkeit der sofortigen Annahme der Reichsverfassung. Für Regensburg sprachen wieder Dr. Gerster und Dr. Pangkofer. Ohne Adressen ging es natürlich auch hier nicht ab. Auf dem Lande bestaunte man dieses Ereignis wie ein Weltwunder.

Die Regensburger Zeitung erhält aus Mallersdorf folgenden Bericht:

„Wir haben gestern hier etwas Niedagewesenes erlebt, eine Volksversammlung. Obschon die Witterung ungünstig, war doch die Bevölkerung der Umgegend zahlreich vertreten. Die Vereine von Regensburg, Landshut und Straubing, welche dort für eine deutsch- und volkstümliche Politik wirken, haben durch einen Ausschuß aus ihren Abgesandten die Leitung der Verhandlungen übernommen. Die Reden wurden im Freien gehalten von einem offenen Bogengange aus, und enthielten in volkstümlicher Sprechweise die nötigen Erläuterungen über die deutschen und bayerischen Zustände, und führten endlich zu dem Ziele, daß die Versammlung mit freudiger Zustimmung zwei Adressen annahm und unterzeichnete. In der ersten wird der König gebeten, die Reichsverfassung anzuerkennen, in der zweiten der Reichstag aufgefordert, an ihr unverbrüchlich festzuhalten . . ."[11].

Gegen diese *„ambulirenden Volksbeglücker"* wendet sich ein Artikel aus Mallersdorf, der sich an die Erklärung der bayerischen Regierung zur Reichsverfassung anschließt. Unter dem Motto *„Das ist der Volkswille"* ver-

[10] R. T. Nr. 117, 29. April 1849.
[11] R. Z. Nr. 113, 24. April 1849.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0095-5
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

suche man vor allem das Landvolk für seine Zwecke zu mißbrauchen. *„Auffallend, widerlich und als eine kecke Lüge erscheint jetzt selbst dem einfachsten Landmann dieses Losungswort, nachdem selbst unberufene Emissäre, wie in dieser Gegend vor kurzem geschehen ist, dem Landvolke sich aufdringen, seinen Volkswillen durch ihre trügerischen Vorspiegelungen und Verheißungen, gleich als trügen sie die huldvolle Fortuna schon in ihren Taschen, die man gleichwohl beim ersten Anblick an ihnen selbst vermißt, zu ihren Selbstzwecken auszubeuten suchen, und deswegen keinen Anstand nehmen, ihre Listen den Bauernburschen und Minorenen zur Unterschrift vorzulegen"* [12].

Volksversammlungen dieser Art fanden in den nächsten Wochen in verschiedenen Bezirken statt.

Bereits Anfang März war dem ersten Bataillon des Infanterieregiments Gumppenberg der Befehl zugegangen, sich in Marschbereitschaft zu halten, so daß es binnen drei Tagen in Nürnberg sein könne, falls dort Unruhen ausbrächen. In Regensburg sah sich der Regierungspräsident genötigt, die Beurlaubten einzuberufen, weil sowohl auf die Landwehr wie auch auf die Stadtwehr in diesen Tagen kein Verlaß war. Landwehr und Stadtwehr, *„in welche der bekannte Dr. Gerster als Führer erwählt wurde"* [13], richteten beide eine Adresse an den König, worin sie sich auf den Standpunkt stellen, daß die Reichsverfassung Rechtsgültigkeit erlangt habe und daß man sich diese nicht mehr nehmen lassen werde. Die Landwehr betont, daß sie Maßregeln, welche der Anerkennung der Reichsverfassung entgegentreten, niemals die Hand bieten könne. *„Es gewinnt den Anschein, daß auch bei uns in Regensburg die Sonderbündler nur ein kleines Feld einnehmen; die Einheitsidee macht Riesenschritte und wird mit Recht als der einzige Anker bei den Stürmen unserer Zeit erkannt"*, so schreibt die Presse anfangs Mai [14].

Inzwischen hatte sich das Gerücht verbreitet, daß die Stadtwehr am 13. Mai auf die Verfassung vereidigt werde, was aber in Wirklichkeit nicht geschah. Die Kreisregierung hätte sich beim Ausbruch von Unruhen in keiner angenehmen Lage befunden. Landwehr und Stadtwehr hatten sich für die Annahme der Reichsverfassung ausgesprochen, die Bevölkerung stand unter dem Einfluß des Vereins für deutsche Einheit und gesetzliche Freiheit. *„Kommt es demungeachtet zur Tat, und vermag ich solche nicht mehr durch wohlwollende Belehrung niederzuhalten, so werde ich nicht wie die Berliner in die Luft schießen lassen, um Unschuldige zu treffen, sondern auf die Rädelsführer losgehen, und treu meiner beschworenen Pflicht mich eher in tausend Stücke zerreißen lassen, als dulden, daß die Stadt Regensburg durch Auflösung der gesetzlichen Ordnung den übrigen Teilen der Oberpfalz ein böses Beispiel gebe . . . Die konservativ-liberal gesinnten Staatsbürger erwarten eine gemeinsame Tat der Fürsten für die deutsche Sache"*, so schreibt v. Hohe nach München [15].

Ein bewaffnetes Eingreifen wurde jedoch nicht notwendig. Die Bevöl-

[12] R. Z. Nr. 138, 19. Mai 1849.
[13] HStM, MInn 45540.
[14] R. T. Nr. 127, 9. Mai 1849.
[15] HStM, MInn 45540.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0096-1
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

kerung blieb ruhig. Am 19. Mai nachts 1/2 12 Uhr versuchten einige Individuen das Pulvermagazin zu überfallen. Sie wurden durch einige Schüsse der verstärkten Wache verscheucht, ohne daß jemand auch nur verwundet worden wäre.

Wie standen nun die städtischen Behörden zu dieser Angelegenheit? Die Gemeindebevollmächtigten hatten sich am 4. Mai — mit 21 gegen 5 Stimmen — für die Annahme der Reichsverfassung entschieden und mit der gleichen Stimmenmehrheit den Magistrat ersucht, eine Bürgerversammlung zur Beratung über eine an den König zu richtende Adresse einzuberufen. *„Wohl erwägend, daß es zwar in derartigen Fragen nicht wohl Sache der über den Parteien stehenden städtischen Kollegien resp. Behörden sein könne, sich unter Aufnahme der hierin sich teilenden Ansichten, an die Spitze zu stellen, mit einem Worte Partei zu ergreifen, glaubte man aber auch die so vielseitig kundgegebenen Äußerungen bezüglich der Tagesfragen, nicht unbeachtet lassen zu sollen . . .“*[16].

Vom Magistrat wurde dieser Antrag mit 8 gegen 5 Stimmen abgelehnt. Erstens sei der Landtag ohnehin für den 15. Mai einberufen, zweitens seien die Gemeindebevollmächtigten im Zweifel über die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit einer Adresse, deswegen wollen sie die Entscheidung einer Bürgerversammlung anheimstellen, vor allem aber sei der Magistrat ein Verwaltungsamt und die mit Polizeiaufgaben betraute Regierungsbehörde und habe seine Unabhängigkeit politischen Ansichten gegenüber zu wahren. Drittens käme es bei einer Bürgerversammlung zu einer Teilung der Parteien, und es könne nicht die Aufgabe des Magistrats sein, einem solchen Widerstreit Nahrung zu geben.

Während die Gemeindebevollmächtigten sich bei ihren Unternehmungen von dem Verein für deutsche Einheit und gesetzliche Freiheit beeinflussen ließen, holte sich der Bürgermeister seine Direktiven von der kgl. Kreisregierung[17]. Die Elemente, aus denen der Magistrat zusammengesetzt ist, sind den in der Paulskirche gefaßten Beschlüssen nichts weniger als hold, schreibt das Tagblatt zur Ablehnung des Magistrats[18].

Von Hohe hatte dem Bürgermeister ein gedrucktes Exemplar der Reichsverfassung ausgehändigt, damit er sich den notwendigen Überblick über deren Inhalt verschaffen könne. Außerdem wurde ihm auch eine gedruckte Abschrift der Antwort eines unterfränkischen Abgeordneten bei der Nationalversammlung übergeben, die dieser einem Volksvereinsausschuß seines Wahlbezirkes erteilt hatte, als man ihn zu einer Volksversammlung einlud. Darin wird die Ablehnung der Reichsverfassung damit begründet, daß Preußen ein starkes Übergewicht in einem zentralistischen Einheitsstaat, wie er sich auf Grund der Reichsverfassung ergibt, erhalte. Die Frage müsse vielmehr durch eine gesetzliche Entwicklung gelöst werden. Wie

[16] R. A. R. 10/9.

[17] „Ich (v. Hohe) habe sowohl den Bürgermeister, der mich im vertraulichen Wege um Direktiven für sein Benehmen bat, als auch den Vorstand der Gemeindebevollmächtigten auf ihre Pflicht beschworen, auf das Gemeindeedikt und auf das Initiativ-Gesetz vom 4. Juni 1848 hingewiesen, und die Erwartung ausgesprochen, daß sie ihre Stellung über den Parteien und damit ihre Wirksamkeit zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu wahren wissen.

[18] R. T. Nr. 124, 6. Mai 1849.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0097-7
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

wenig die Bevölkerung geneigt war, eine gegenteilige Belehrung anzunehmen, schreibt von Hohe, geht daraus hervor, daß selbst der Redakteur der Regensburger Zeitung, also doch des gemäßigteren Blattes im Vergleich zum Tagblatt, sich weigerte, den Inhalt dieser Antwort, von der ihm auch ein Abdruck übergeben wurde, in seine Spalten aufzunehmen, daß außerdem alle Bekanntmachungen und Ansprachen im Sinne der Staatsregierung noch am gleichen Tage, an welchem sie an die Mauerecken angeschlagen worden waren, wieder entfernt wurden.

Am 11. Mai ging von den Gemeindebevollmächtigten noch einmal die Anregung aus, zusammen mit dem Magistrat in einer gemeinsamen Sitzung über die Einberufung einer allgemeinen Bürgerversammlung zu beraten, was vom Magistrat wieder, mit 6 gegen 5 Stimmen, abgelehnt wurde. Damit hatten sich die Stadtbehörden endgültig gegen die Annahme der Reichsverfassung ausgesprochen. *„Man darf sich über dieses Resultat wahrlich nicht wundern, denn der Magistrat, welcher unter dem 30-jährigen Druck der Bevormundung seine ganze administrative und politische Selbständigkeit eingebüßt hat, glaubt ein Verbrechen zu begehen, wenn er sich für die Anerkennung der deutschen Reichsverfassung ausspricht. Auch könnte ja die gute Stadt Regensburg durch solche freisinnige Demonstrationen leicht in den Geruch demokratischer Aufregung kommen, und um dieses zu verhüten, wird der Magistrat sich lieber als eine Korporation anfeinden lassen, die mit der Richtung, welche der Geist der Zeit genommen, entschieden im Widerspruch steht, darum in altgewohnter und beliebter Weise jeden Gegenstand von irgend einer Erheblichkeit und Bedeutung den Augen der Beurteilung der Öffentlichkeit entziehen und sich freuen darüber, wie der abgestorbene Zopf des alten Pfahlbürgertums wieder so herrlich zu gedeihen beginnt“*, so schreibt das Tagblatt[19].

Weder in Regensburg, noch in der gesamten Oberpfalz, kam es zu ernsten Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung. Kleinere Tumulte werden nur aus dem von Regensburg nur wenige Kilometer entfernten ehemaligen Herrschaftsgericht Wörth gemeldet, wo die großenteils armen Gemeinden, wie im Vorjahr, die Gelegenheit zu Übergriffen gegen die Behörden für günstig hielten, da die Entsendung einer Militärmacht nicht zu fürchten war. Volksversammlungen werden aus der nördlichen Oberpfalz gemeldet, so z. B. aus dem Bezirk Vohenstrauß am 17. Mai, wo man Anschluß an den Märzverein, Annahme der Grundrechte und unbedingte Anerkennung der Reichsverfassung und Vereidigung auf dieselbe forderte. Am 20. Mai konnte die Regierungsbehörde nach München melden, daß eine Störung nicht mehr zu befürchten wäre. An diesem Tage kamen der Stadtkommandant, die Bürgermeister von Regensburg und Stadtamhof, der dortige Landgerichtsvorstand sowie das Offizierskorps der Landwehr im Regierungsgebäude zusammen. Die Offiziere der Landwehr sicherten an diesem Tage ihre Unterstützung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe zu. Von Hohe schreibt am 24. Mai nach München: *„Ich vertraue fest auf den gesunden Sinn der Bürgerschaft dahier, daß sie falschen Gelüsten in ihrem eigenen wohlverstandenen Interesse mutig und nachdrucksam entgegentreten werde, habe übrigens die Überzeugung, daß, wenn für die Regierung aus-*

[19] R. T. Nr. 131, 13. Mai 1849.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0098-3
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

wärtige Hilfe nötig wäre, solche im äußersten Falle auf einen Aufruf an die Bauern der Oberpfalz und Niederbayerns rasch erfolgen würde"[20].

Die R. Z. bringt noch einen düsteren Ausblick in die Zukunft des Vaterlandes, das jetzt wieder der Willkür der Fürstendynastien ausgeliefert ist[21]. Das deutsche Volk hätte sich einmütig um seine Nationalversammlung scharen müssen, dann wäre der Ausgang nicht zweifelhaft gewesen. Nun aber, nachdem der Plan der Nationalversammlung durch offenen Aufruhr und Barrikadenkämpfe durchkreuzt ist, sind den Regierungen die Mittel in die Hand gegeben, diesen Widerstand mit Waffengewalt niederzuschlagen. Allein die Unfähigkeit der Fürsten, die seit 1815, ja seit Jahrhunderten bewiesen haben, daß sie eine vernünftige Einigung Deutschlands nicht zustande bringen, habe dieses Werk in die Hände des Volkes gelegt. Nun wird es wohl zu einer von den Fürsten oktroyierten Verfassung kommen, ein nutzloses Machwerk, eine bloße Stilübung der Minister. Wenn diese Einheit dann als ein Werk der Fürsten vollendet sei, dann beginne der erneute Kampf des Volkes, die Verfassung vom 28. März 1849 Schritt für Schritt Wirklichkeit werden zu lassen.

Am 3. Juni ruft der Verein für deutsche Einheit und gesetzliche Freiheit noch einmal die Bevölkerung auf. Regensburg ist in Frankfurt nicht mehr vertreten, nachdem Adolph von Zerzog seine Vollmachten niedergelegt hat. In die Paulskirche, wo nur noch wenige, an der Spitze der greise Uhland, ausharren, müssen neue Männer gewählt werden, um das Werk zu vollenden. Die Regierung müsse schleunigst zur Anordnung neuer Wahlen veranlaßt werden, geschehe dies nicht, so müsse man selbständig handeln.

„Auf! Die Pflicht ruft, — die Ehre heischt, — das Vaterland ist in Gefahr!" So schließt dieser letzte Aufruf des Regensburger „Vereins für deutsche Einheit und gesetzliche Freiheit".

[20] HStM, MInn 45540.
[21] R. Z. Nr. 148, 30. Mai 1849.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0099-1
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01810-0100-7
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg